Stadtparlament Winterthur

Protokoll der **24./25. Parlamentssitzung**
des Stadtparlamentes im Amtsjahr 2021/2022
vom 28. März 2022

von 16.15 bis 18.35 Uhr und 20.00 bis 22.15 Uhr

AXA Arena, Winterthur-Grüze

Vorsitz: M. Sorgo (SP)

Protokoll: A. Furrer

Entschuldigt: 24. Sitzung: U. Glättli (GLP)

24./25. Sitzung: M. Bollmann (SVP), M. Gross (SVP); J. Fehr (FDP),
Z. Dähler (EDU), L. Jacot (SP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 22./23. Sitzung	
2.*	22.9	Neuerlass einer Organisationsverordnung des Stadtparlaments (OV Parl) und Aufhebung der Geschäftsordnung des Stadtparlaments sowie des Reglements über das Verfahren der Untersuchungskommission zur Klärung besonderer Vorkommnisse in der Stadtverwaltung	F. Helg
3.*	22.16 (DFI)	Auffrischung Stadtparlamentssaal: Nachtrags- und Zusatzkredit von Fr. 947'200 für die Neuinstallation digitaler Medien (AV-Technik) (Projekt-Nr. 13358)	Ch. Griesser
4.*	22.13 (DKD)	Begründung der Motion M. Della Vedova (GLP), I. Kuster (die Mitte), U. Hofer (FDP) und D. Oswald (SVP) betr. Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft	
5.	19.140 (DKD)	Beantwortung der Interpellation U. Bänziger (FDP), A. Zuraikat (CVP), M. Reinhard (SVP) und B. Huizinga (EVP) betr. Massnahmen zur Unterstützung Angebot Wasserstoff-Tankstellen	
6.	20.7 (DKD)	Beantwortung der Interpellation M. Steiner (SP), R. Keller (SP), M. Bänninger (EVP), R. Hugentobler (Grüne/AL), U. Glättli (GLP) und M. Della Vedova (GLP) betr. kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer im Kanton Zürich	

7. 20.53 Beantwortung der Interpellation K. Gander (Grüne/AL) betr. Tiny Houses im Vormarsch – auch in Winterthur? (DKD)
8. 19.139 Beantwortung der Interpellation G. Gisler (SVP), S. Müller (EVP), A. Zuraikat (CVP) und Y. Gruber (FDP) betr. Videoüberwachungssystem für das Schulhaus Gutschick (DSS)
9. 20.79 Beantwortung der Interpellation Ch. Maier (FDP), M. Wäckerlin (PP), G. Gisler (SVP), A. Zuraikat (CVP/EDU), D. Roth-Nater (EVP) betr. Positive Corona-Erfahrungen sichern und für Schul-Regelbetrieb nutzen (DSS)
10. 20.115 Beantwortung der Interpellation A. Zuraikat (CVP), M. Wegelin (SVP), M. Della Vedova Mumenthaler (GLP), K. Gander (AL), D. Roth-Nater (EVP) und Ch. Maier (FDP) betr. Generationen im Klassenzimmer – Seniorinnen und Senioren in der Schule (DSS)
11. 19.58 Antrag und Bericht zum Postulat U. Glättli (GLP), B. Zäch (SP) und K. Frei Glowatz (Grüne/AL) betr. Mattenbach revitalisieren und vernetzen (DB)
12. 19.135 Beantwortung der Interpellation M. Nater (GLP), M. Bänninger (EVP), B. Zäch (SP), Z. Dähler (CVP/EDU), M. Gross (SVP) und R. Heuberger (FDP) betr. transparente Investitionsplanung für städtische Bauprojekte (DB)
13. 20.21 Antrag und Bericht zum Postulat U. Glättli (GLP und Junge Grünliberale), B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP) betr. Zugangsschranken abbauen – Integration ermöglichen (DSU)
14. 20.57 Antrag und Bericht zum Postulat F. Heer (Grüne/AL), U. Bänziger (FDP), A. Gütermann (GLP), B. Huizinga (EVP) L. Jacot-Descombes (SP) und H. R. Hofer (SVP) betr. Pyrolyse - negative Emissionstechnologie (DSU)
15. 20.54 Antrag und Bericht zum Postulat B. Helbling-Wehrli (SP), F. Heer (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP), M. Reinhard (SVP), S. Kocher (GLP), U. Bänziger (FDP) und A. Geering (CVP/EDU) betr. Pandemieplanung, Führung eines Notfall-Lagers (Schutzanzüge, Masken, Desinfektionsmittel etc.) (DSU)
16. 19.134 Beantwortung der Interpellation M. Reinhard (SVP) betr. Velokontrollen und Verkehrsregeln in der Stadt Winterthur (DSU)

** an dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Guten Nachmittag miteinander. Ich begrüsse Euch und Sie alle ganz herzlich zur 24. und 25. Sitzung des Amtsjahres 2021/22 des Winterthurer Stadtparlaments.

Wir haben einige Entschuldigungen: Entschuldigt für beide Sitzungen sind Matthias Bollmann (SVP), Michael Gross (SVP); Jan Fehr (FDP), Zeno Dähler (EDU), Lea Jacot (SP). Urs Glättli (GLP) ist für die Nachmittagssitzung entschuldigt. Und Felix Landolt (SP) kommt ca. 30 Minuten verspätet. Sonst sind mir keine weiteren Entschuldigungen bekannt.

Wir müssen heute auch niemand aus dem Rat verabschieden und es gibt auch niemanden, den wir begrüssen dürfen.

Filme und/oder Fotos-/Bildaufnahmen sind mir keine angemeldet worden.

Ich habe noch ein paar Hinweise: Zum einen ist die Behördeninitiative für das Covid-19-Hilfspaket für das Gewerbe – viele von Euch haben es wahrscheinlich schon mitbekommen, die haben wir ja dem Kantonsrat überwiesen – die ist dort abgelehnt worden. Zudem ist gegen den Beschlussantrag zur Regelung vom Stadtparlament zum Übergang von der neuen Schulorganisation ein Rechtsmittel gegen den Beschluss erhoben worden. Da das Rechtsmittelverfahren noch läuft, das einfach zur Information an das Parlament, mehr Auskunft kann ich dazu aber nicht gegeben.

Dann ist wieder wie immer der Vorstosstisch, auch wenn wir sonst ja eigentlich keine spezielle Massnahmen mehr haben zu Covid-19, der Vorstosstisch bleibt bestehen, einfach auch aufgrund der grossen Abstände. Ich bitte Euch, da im Verlauf des Abends die Vorstösse zu unterschreiben.

Die Essenspause findet wieder im Restaurant L'Arena statt, im anderen Gebäude da drüben. Ihr habt ja schon Euer Menü wünschen können, Vegi oder nicht Vegi. Ich bitte alle, die gewünscht haben, sich auch an ihren Wunsch zu halten. Alle, die nicht geschrieben haben, bekommen einfach das Fleisch-Menü. Ich bitte Euch auch zu berücksichtigen, dass nicht ganz alle Sonderwünsche, die auch noch gekommen sind, berücksichtigt werden konnten. Für das Salatproblem gab es aber eine Lösung.

Wir haben heute ja wieder bis um 20 Uhr Pause. Grund ist, dass die IFK noch eine Sitzung hat, die haben die Sitzung wie immer im Presse-Raum auf der linken Seite, und werden dann etwa um 19:15 Uhr zum Nachtessen kommen.

Das wären alle Informationen zur heutigen Sitzung.

Fraktionserklärungen

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Fraktionserklärungen oder persönliche Erklärungen sind mir keine bekannt.

Traktandenliste

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Ich gehe gleich weiter zur Bereinigung der Traktandenliste.

Als erstes wird vor den offiziellen Traktanden die dringliche Interpellation behandelt werden. Die ist Euch allen noch zugestellt worden.

Zudem ist mir ein Absetzungsantrag für das Traktandum 13 angekündigt worden. Ich weiss nicht, ob der immer noch Bestand hat. Felix Helg, kannst Du das kurz begründen?

F. Helg (AK): Frau Präsidentin, ich weiss nicht, ob ich jetzt da die richtige Person bin, diesen zu begründen. Ich habe in meiner Funktion als AK-Präsident, der das andere Geschäft, die parlamentarische Initiative zum gleichen Thema, behandelt, angeregt, dass man dann das Postulat mit dem gleichen Thema an der nächsten Sitzung zusammen mit dieser parlamentarischen Initiative behandeln könnte.

Aber federführend wären dann wahrscheinlich die Erstunterzeichner von diesem Postulat und ich möchte dem natürlich nicht vorgreifen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Danke. Grundsätzlich macht das ja Sinn, wenn man die beiden Vorstösse zusammennehmen würde. Gibt es da von den Postulanten/-innen einen Gegenantrag oder sonst ein Antrag aus dem Parlament, der dem Absetzungsantrag nicht zustimmen möchte? Wenn das nicht der Fall ist, dann habt Ihr dem zugestimmt und dann werden die beiden Geschäfte an einer nächsten Sitzung zusammen behandelt.

Weitere Wünsche zu den Traktanden sind mir nicht bekannt.

Dringliche Interpellation betreffend Gaslieferung aus Russland (Parl.-Nr. 2022.20)

Parlamentspräsidentin M. Sörgo: Darum gehe ich jetzt gleich weiter zu der dringlichen Interpellation betreffend Gaslieferungen aus Russland, eingereicht von Iris Kuster (Die Mitte/EDU) und Franziska Kramer (EVP). Hier jetzt die Bitte an Iris Kuster, die Dringlichkeit zu begründen.

Es geht jetzt im Moment nur um die Dringlichkeit.

I. Kuster (die Mitte): Guten Abend miteinander, geschätzte Anwesende. Wir sehen und hören jeden Tag, was der Krieg in der Ukraine anrichtet und es zeigt sich: Wir alle finanzieren diesen Krieg in Russland mit, vor allem mit unserem Bezug von Gas aus Russland. Wenn wir wirklich weg wollen vom russischen Gas, müssen wir jetzt anfangen zu planen und vor allem zu handeln. Es laufen Bestrebungen auf allen Ebenen (europäisch, Bundesebene), aber auch wir, Stadtrat, Parlament und die Bevölkerung in Winterthur müssen unseren Beitrag leisten und uns dort, wo wir können, dafür einsetzen. Wir müssen jetzt handeln und wir müssen jetzt wissen, was der Stadtrat gedenkt zu tun, damit wir im kommenden Winter nicht wieder vor dem gleichen Dilemma stehen.

Deshalb besteht jetzt während dem Sommer Handlungsbedarf auf allen Ebenen, auch in der Stadt Winterthur. Ich bitte Euch um Unterstützung der Dringlichkeit und danke allen, die dieser zustimmen.

Parlamentspräsidentin M. Sörgo: Vielen Dank, dann stimmen wir gleich über die Dringlichkeit dieser Interpellation ab.

Wer der Dringlichkeit zustimmen möchte, der soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Der Dringlichkeit wurde grossmehrheitlich zugestimmt.

Dann die Frage an den zuständigen Stadtrat Stefan Fritschi, ob er die Interpellation gerade mündlich beantwortet.

Stadtrat S. Fritschi: Ja gerne, ich würde sie gleich beantworten.

Ja, es ist keine einfache Situation, in der wir drinstecken und ich glaube, ich kann Ihnen allen versichern, dass die Situation, wie sie Putin angezettelt hat in der Ukraine, dass das natürlich absolut verwerflich ist und ich das in keiner Art und Weise unterstützen will. Trotzdem ist die Fragestellung nicht so einfach zu beantworten. Ich versuche, ein paar Punkte aufzunehmen, die in der dringlichen Interpellation gestellt worden sind.

Zum einen muss ich sagen: Wir in Winterthur haben einen Biogasanteil von durchschnittlich 33 Prozent. Das ist schweizweit ein absolutes Maximum. Es ist mir kein anderer Energieversorger bekannt, der durchschnittlich so viel Biogas verkauft. Das ist darauf zurückzuführen, dass wir in den letzten Jahren stetig den Biogasanteil erhöht haben. Also dieser Anteil, die 33 Prozent, sind einmal save. Die sind sicher, was Russland betrifft, also das Biogas kommt nicht aus Russland, sondern aus allen anderen Regionen, aber nicht aus Russland. Dann haben wir den Rest. Das ist dann noch zwei Drittel. Übrigens: Die Branche strebt an, dass man in ein paar Jahren einen Anteil von 30 Prozent haben soll in der Schweiz. Also wir haben dieses Ziel schon seit einem Jahr erreicht, mit 33 Prozent, und haben es sogar übertroffen.

Stadtwerk Winterthur hat keine Direktverträge mit dem russischen Staat für die Lieferung von Gas. Winterthur und damit Stadtwerk Winterthur beschafft ihr Gas auf den internationalen Energiehandelsmärkten und bekommt das Gas deshalb über die Handelspartner. Die Schweiz selbst hat keine nennenswerten Erdgasvorkommen. Das ist Euch ja allen bekannt. Sie muss darum den Bedarf fast ausschliesslich über den Import decken. Im Gegensatz zum

Strom ist beim Gas die genaue Herkunft nicht bestimmbar. Es gibt also keine Herkunftsnachweise wie beim Strom. Man kann nicht genau sagen, von wo das Gas kommt. Es gibt kein Herkunftszertifikatsystem. Trotzdem kann man natürlich davon ausgehen – weil man weiss, wie viel die ganze Schweiz aus Russland bezieht – wir rechnen damit, dass wir in Winterthur auch etwa den gleichen Anteil aus Russland beziehen. Die Schweiz hat etwa einen Anteil von 40 Prozent aus Russland. Wenn man jetzt sieht, dass wir zwei Drittel von diesem Gas, das wir verkaufen, fossil haben, dann kann man von diesen zwei Drittel etwa 40 Prozent anschauen. Also ungefähr unter einem Drittel des Gases, das wir verkaufen, ist in diesem Fall aus Russland.

In der Zwischenzeit hat es aber deutliche Anstrengungen gegeben von unseren Lieferanten und da sind wir im regen Austausch. Das Gas soll von alternativer Herkunft beschafft werden als von Russland. Wir gehen deshalb davon aus, dass in der Zwischenzeit schon einige Prozent mehr vom Gas, das wir beschaffen, aus nicht-russischen Gebieten stammen. Es ist aber sicher nicht so einfach, wie Sie sich vorstellen können. In dieser Zeit, in der wir jetzt stecken, hat es noch andere Länder und andere Regionen, die sich vom russischen Gas abkoppeln wollen. Wir wissen es von Deutschland, das war ja letzte Woche in den Medien, und auch von anderen Regionen, die sich natürlich von Russland abkoppeln wollen. Das hat natürlich zur Folge, dass alles nicht-russische Gas umso schwieriger zu beschaffen ist und auch umso teurer wird. Die Stadt Winterthur darf sich rühmen, weil wir eine der progressivsten Gasstrategien von allen Schweizer Städten haben und auch leben. So erstaunt es nicht, dass wir im letzten Jahr das erste Mal mehr Heizungen mit erneuerbaren Energieträgern bewilligt haben als Öl- und Gasheizungen zusammen.

Ich muss noch schnell zurückkommen auf den Beschaffungsprozess für Erdgas. Es ist natürlich so, dass die ganze Beschaffung sehr komplex ist und sie muss auch national angeschaut werden. Winterthur mit seinem international gesehen verschwindend kleinen Handelsvolumen kann hier alleine nicht viel ausrichten. Es ist auch wichtig, dass die Fachverbände, und da denke ich an der VSG (also der Verband schweizerische Gasindustrie) und an den Bund, dass sie diese Fragen klären. Wie können wir uns vom russischen Gas abkoppeln? Und die beiden und auch andere Verbände suchen aktuell gemeinsam nach Lösungen für die ganze Branche, wie wir uns von Russland unabhängig machen können.

Was aber in Winterthur im Kleinen gemacht werden kann, haben wir selbstverständlich versucht zu machen. Am 4. März haben wir der Winterthurer Gaskundschaft mit einer Medienmitteilung einen Weg aufgezeigt. Die Medien haben die Mitteilung auch aufgegriffen. Um einen Gasbezug aus Russland auszuschliessen, empfiehlt Stadtwerk Winterthur allen Kunden und Kundinnen, das Gas Gold zu beschaffen. Das kann man auch in Prozent beschaffen, man muss es nicht gleich zu 100 Prozent kaufen. Man kann auch nur so viel aufstocken, wie man wirtschaftlich tragen kann. Dieses Produkt besteht zu 100 Prozent aus Biogas. Bis letzte Woche haben rund 100 Haushalte das Biogas höhergewichtet und haben mehr Biogas beigemischt und haben damit teilweise oder vollständig auf das Produkt E-Gas Gold gewechselt.

Die zweite Frage: Welche Möglichkeit sieht der Stadtrat, um den Ersatz von Gasheizungen auf dem Stadtgebiet zu beschleunigen? Die grössten Anreize, Gasheizungen durch CO₂-ärmere Wärmeversorgungen zu ersetzen, sind – neben dem Aspekt, für den Klimaschutz etwas zu tun – die aktuell hohen Preise für die fossilen Brennstoffe Heizöl und auch Gas. Und mit dem Kauf von Gas und Öl keine autokratischen oder menschenverachtenden Regierungen finanziell zu unterstützen.

Mit dem Geld, mit dem wir Gas aus Russland beschaffen, kann natürlich Russland den Krieg in der Ukraine mitfinanzieren. Das schleckt keine Geiss weg. Stärkere Anreize als die aktuellen moralischen und finanziellen Anreize für einen Wechsel der Wärmeversorgung können wir uns gar nicht vorstellen. Es sind also wichtige Faktoren, um in Zukunft vom Gas wegzukommen.

Der Stadtrat hat sich schon lange vor dem Ukraine-Konflikt aus klimapolitischen Gründen für eine Gasrückzugstrategie entschieden. Und wir haben das auch in einer Postulatsantwort, der Postulatsantwort betreffend langfristiger Ausstieg aus der Erdgasversorgung von 8 April

2020, öffentlich dargelegt. So werden seit rund 2 Jahren nur noch in Ausnahmefällen neue Gasanschlüsse und vornehmlich nur noch für Prozess-Gas, das heisst für Gas für industrielle Prozesse, genehmigt. Weiter hat das Stadtparlament letztes Jahr die Verordnung betreffend der Abgabe von Gas insofern angepasst, dass für Gasheizungen, die nach dem 1. Januar 2022 eingebaut worden sind, im Fall einer Stilllegung der Zuleitung keine Restwertentschädigung mehr beansprucht werden kann. Wie gesagt haben wir eine sehr progressive Gasstrategie und da können wir wirklich stolz darauf sein. Im Gegensatz zu vielen Regionen in der Schweiz und gesamthaft muss man sagen, dass in der Schweiz das Gasvolumen immer noch wächst – weltweit sowieso. Bei uns werden Gasleitungen zurückgebaut. Wir haben schon über 10 Prozent der Gasleitungen zurückgebaut.

Und damit wird auch der Bedarf und das Verkaufsvolumen zurückgehen. Mit der Annahme vom kantonalen Energiegesetz durch die Zürcher Stimmbevölkerung wird der Ersatz von Öl- und Gasheizungen nur noch in Ausnahmefällen erlaubt sein. Der Ersatz von einem fossilen durch ein erneuerbares Heizsystem ist aufgrund von verschiedenen Förderungen schon heute in der Regel wirtschaftlich attraktiv. Der Artikel im Landboten der letzten Woche mit dem Titel "Wer jetzt eine Wärmepumpe will, muss monatelang warten" hat aufgezeigt, dass es aktuell einen regelrechten Boom auf nicht-fossile Wärmelösungen gibt und mit langen Lieferfristen für Wärmepumpen gerechnet werden muss.

Der Stadtrat freut sich über diese Entwicklung im Sinne seiner energie- und klimapolitischen Zielsetzung ausserordentlich. Er sieht jedoch keine Notwendigkeit und auch keine rechtliche Möglichkeit, kurzfristig weitere, noch stärkere Anreize zu setzen beziehungsweise weitere Massnahmen zu ergreifen.

Kurzfristig können wir übrigens alle etwas machen, und zwar indem wir zu Hause die Raumtemperatur senken, wenn geheizt werden müsste. So bringt die Reduktion der Raumtemperatur um 1 Grad Celsius eine Einsparung von rund 7 Prozent Energie. Auch ich selbst habe vor einer Woche den Gashahn abgestellt bei mir zu Hause. Und nehme deshalb in Kauf, dass ich zwischendurch am Morgen kalt duschen muss.

Dritte Frage: Sieht der Stadtrat die Möglichkeiten, die Produktion von Biogas insbesondere bei Kompogas Winterthur AG, bei der jetzt die Stadt Aktionärin ist, bereits auf die Heizsaison 2022/23 auszubauen? Die Auslastung von der Kompogas Winterthur AG beläuft sich heute auf praktisch 100 Prozent. Eine etwas höhere Gasproduktion auf der bestehenden Anlage wäre nur erreichbar, wenn das angelieferte Gärgut einen höheren Energieinhalt aufweisen würde, also wenn beispielsweise mehr fetthaltige Speisereste oder weniger Gartenabfälle angeliefert würden. Genau da liegt der limitierende Faktor. Diverse Studien zeigen, dass sich das Potenzial für inländisches Biogas aus Abfall, Kläranlage und dergleichen auf rund 10 bis 15 Prozent vom heutigen Gasabsatz beschränkt. Das, weil nicht mehr vergärbare Material vorhanden ist. Ich will aber damit natürlich nicht auffordern, dass man jetzt mehr Essensreste in den Grünabfall wirft. Das wäre dann also wirklich nicht die Idee vom Ganzen. Aktuell bezieht Stadtwerk Winterthur jährlich rund 8 Gigawattstunden Biogas von der Kompogas Winterthur AG. Das entspricht rund 2 Prozent vom Gasverbrauch der Stadt Winterthur. Selbst wenn das Potenzial mit einer zusätzlichen, vergleichbar grossen Anlage verdoppelt würde, wäre der Anteil immer noch bei erst 4 Prozent vom städtischen Gasverbrauch. Der Bau einer weiteren Biogasanlage ist nur schon aufgrund von den notwendigen Bewilligungen sehr zeitaufwändig. Zudem müssten die für die Finanzierung notwendigen Mittel beschafft werden. Mangels genügend vergärbarem Material aus der nahen Region wäre der Nutzen einer zusätzlichen Anlage überdies sehr fragwürdig.

Eine weitere Biogasproduktion befindet sich aktuell in der ARA Hard. Allerdings wird das dort produzierte Faulgas vor Ort in einem Blockheizkraftwerk verwertet und der produzierte Strom wird dann für die Anlage selbst von der ARA genutzt.

Ich hoffe, ich habe da mit der Beantwortung von diesen 3 Fragen ein paar Klärungen bringen können. Und wir bleiben dran und hoffen natürlich, dass wir in der nächsten Zukunft immer unabhängiger werden von russischem Gas.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank, Stefan Fritschi, für die Beantwortung dieser Interpellation. Wird das Wort gewünscht im Plenum für die inhaltliche Diskussion? Dann wäre das jetzt möglich. Ja, Iris Kuster.

I. Kuster (die Mitte): Ja, die grosse Diskussion nicht. Ich möchte dem Stadtrat nur danken, dass er die Notwendigkeit zu handeln erkannt hat und dass die Situation schwierig ist und es freut mich zu hören, dass 100 Personen schon Gold beziehen, dass es doch etwas bewegt und dass wir alle eigentlich das Gute wollen. Sei es für das Klima oder vor allem jetzt für den Frieden in der Ukraine. Danke.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dann hat als nächstes das Wort Franziska Kramer-Schwob (EVP).

F. Kramer-Schwob (EVP): Geschätzte Anwesende. Als EVP freuen wir uns speziell über den von bürgerlicher Seite lancierten Stupser zum Ersatz von Gasheizungen und haben deshalb diese IP gerne unterstützt.

Es gibt zwar keine Bestimmbarkeit für die Herkunft von Gas, aber Biogas kommt nie aus Russland, so wie wir jetzt gehört haben. Das spricht aus unserer Sicht ganz stark für Biogas. Wir haben jetzt auch gerade gehört, es gäbe zu wenig Kompost. Wenn ich richtig informiert bin, kann man aber auch aus Gülle Biogas oder Gas herstellen. Und mindestens der Bauer in Hegi hätte noch genug Gülle übrig, so oft wie er die Felder güllt. Und vielleicht gäbe es auch hier noch Potenzial.

Natürlich geht es immer auch um die Kosten. Ein Gerücht besagt, dass grosse Verwaltungen vor Inkrafttreten des Energiegesetzes noch schnell ihre Gas- und Ölheizungen ersetzen. Damit bestrafen sie auch die Mieter. Wir appellieren deshalb ausdrücklich an das Gewissen der Verwaltungen von Winterthur, umzudenken und in Heizungen mit erneuerbaren Energien zu investieren – aus Gründen des sozialen Gedankens wegen den steigenden Gas- und Ölpreisen, aber auch wegen dem Klima und damit wir nicht aus Russland Gas beziehen müssen. Danke vielmals.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank, dann hat das Wort Martin Zehnder (GLP).

M. Zehnder (GLP): Guten Abend miteinander. Ich verstehe ja, dass in einer Zeit wie dieser jetzt die in der Interpellation gestellten Fragen aufkommen. Aber schon seit der Klimadebatte ist klar, dass wir weg vom Erdgas müssen. Und in einem Postulat ist ja auch ein Bericht dazu gefordert worden. Da geht es vor allem ums CO₂. Der Handlungsbedarf ist schon lange klar und den Biokunden ist auch schon lange klar, dass es nicht genug Biogas für alle Gaskunden gibt, also Biogas, das aus Schweizer Produktion kommt. Es sind nicht die Anzahl Anlagen, die entscheidend sind, sondern es ist die Menge an Biomaterial, das zu Gas umgeformt werden kann.

Aber warum sollen diese Fragen mit internationalen Brisanz, die jetzt sowieso in allen Medien gestellt werden, auch im Winterthurer Parlament den Stadtrat und die Verwaltung in einer Extraschleife beschäftigen? Immerhin ist ja erst am 4. März vom Stadtrat eine Medienmitteilung zu genau diesen Themen veröffentlicht worden. Ich verstehe nicht ganz, warum es die Mitte da nicht bei einer emotionalen Fraktionserklärung belassen konnte.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank, dann hat das Wort Reto Diener (Grüne).

R. Diener (Grüne): Danke vielmals. Geschätzte Anwesende. Aus der Sicht von den Grünen/AL gibt es auch nicht viel dazu zu sagen: Wir haben halt einfach zu lange gewartet, schlicht und ergreifend. Wir haben schon vor Jahren gefordert, dass der fossile Ausstieg, vor allem zwecks CO₂-Reduktionen, wie schon von Martin erwähnt worden ist, vorangetrieben wird. Deshalb haben wir auch das Postulat eingereicht, das doch eine relativ breite Unterstützung hatte. Aber es hat sicher nicht von allen hier eine Unterstützung gegeben.

Jetzt ist halt das Ganze ein bisschen rascher gekommen und unerwartet und hat uns auf dem falschen Fuss erwischt. Man kann natürlich diese Fragen schon stellen, zu Recht. Nur: Das nützt im Moment nicht viel. Diese Fragen hätten wir vor 10 Jahren stellen und beantworten müssen. Damals, als wir Grüne schon auf diese Themen aufmerksam gemacht haben. Rascher wird man jetzt nicht viel machen können, ausser das, was Stadtrat Stefan Fritschi zu Recht gesagt hat: Wir können unseren Verbrauch etwas reduzieren. Ich habe das auch gemacht. Ich habe bei mir deshalb die Temperatur zurückgedreht. Oder man könnte auf Biogas umstellen. Ich habe das auch schon gemacht, aber nicht erst jetzt, sondern schon vor Jahren. Ich beziehe den Rest, den ich noch brauche für mein isoliertes Haus, mit Biogas, was die Wärme betrifft, und was die Solaranlage auf dem Dach nicht genügend liefert. Andere Möglichkeiten haben wir nicht. Wir sehen es, wir wissen es, wir haben es gehört: 1 Grad Raumtemperaturreduktion bringt bereits 5 bis 7 Prozent Energieverbrauchsreduktion. Das ist happig, das ist nicht Nichts. Wir sehen auch, wahrscheinlich etwa ein Drittel kommt noch aus Russland. Also wir könnten hier schon ein bisschen reduzieren. Im Übrigen, das ist auch richtig ausgeführt worden, wir kaufen das Gas nicht direkt in Russland. Wir wissen nicht so ganz genau, wo es herkommt. Auch vom Biogas wissen wir es nicht hundertprozentig gesichert. Aber es ist so, wir müssen aus dem fossilen Gas aussteigen und das ist die Aufgabe, die wir uns zu stellen haben für die nächsten Jahre. Mindestens bis 2040 muss das vollzogen sein. Danke für die Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut, jetzt sind mir keine weiteren Wortmeldungen mehr bekannt aus dem Parlament. Möchte der Stadtrat Stefan Fritschi auch nicht mehr darauf erwidern? Gut, dann haben wir die dringliche Interpellation erledigt und abgeschrieben.

1. Traktandum

Protokoll der 22./23. Sitzung

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen jetzt wieder zur ordentlichen Traktandenliste und zum Traktandum 1, dem Protokoll der 22. und 23. Sitzung. Gibt es da noch Anmerkungen? Wenn dem nicht der Fall ist, dann ist das Protokoll so genehmigt.

2. Traktandum

Parl-Nr. 2022.9: Neuerlass einer Organisationsverordnung des Stadtparlaments (OV Parl) und Aufhebung der Geschäftsordnung des Stadtparlaments sowie des Reglements über das Verfahren der Untersuchungskommission zur Klärung besonderer Vorkommnisse in der Stadtverwaltung

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dann kommen wir zum nächsten Geschäft, dem vermutlich ausführlichsten Geschäft des heutigen Abends, zum Traktandum 2, dem Neuerlass der Organisationsverordnung des Stadtparlaments und der Aufhebung der Geschäftsordnung des Stadtparlaments sowie dem Reglement zum Verfahren der Untersuchungskommission zur Klärung von besonderen Vorkommnissen in der Stadtverwaltung. Wie gesagt, es ist ein relativ ausführliches Geschäft, weil es ja darum geht, dass eigentlich das alles geregelt wird, wie wir hier im Parlament zusammenarbeiten. Deshalb hier kurz ein paar grundsätzliche Informationen zum Ablauf: Das Geschäft wird jetzt dann einleitend vom Kommissionsreferenten und AK-Präsidenten Felix Helg vorgestellt. Nachher wird es noch ein paar wenige Informationen/Bemerkungen von Seiten der Parlamentsleitung geben. In diesem Teil ist noch keine Diskussion vorgesehen.

Nachher werden wir dann zur Detailberatung übergehen und dort auch zu den Abstimmungen zum Geschäft. Wir machen das anhand von den Anträgen in der Synopse. Das ist aufgeteilt in 5 Bereiche. Das wird Felix Helg nachher noch näher erklären. Die AK-Mitglieder und der Stadtpräsident sind da schon vorgängig informiert worden. Wenn wir die ganze Synopse bereinigt haben, werden wir am Schluss über die 3 Weisungsanträge abstimmen. Das einmal so ganz grob zum Ablauf. Es wird zwischendurch nochmals kurze Erklärungen geben. Jetzt gebe ich aber gerne das Wort Felix Helg zum Vorstellen von diesem Geschäft.

F. Helg (AK): Ja, Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, jedes Parlamentsmitglied hat wohl seine eigenen Vorstellungen, wie ein Parlamentsbetrieb ablaufen soll. Darum ist eine Totalrevision der rechtlichen Grundlagen zum Parlamentsbetrieb mit einigen Risiken verbunden. Man läuft Gefahr, die Büchse der Pandora aufzumachen. Ich darf aber vorausschicken, dass das Geschäft kein Unheil ausgelöst hat. Die Diskussionen in der Aufsichtskommission waren zwar intensiv, wir haben uns aber in der Vorbereitung rasch in den meisten Punkten zu konsensualen Lösungen oder zumindest zu Lösungen durchringen können, die von der Minderheit mitgetragen werden konnten.

Jetzt aber der Reihe nach. Die Gründe für die Totalrevision der Geschäftsordnung, das ist auf der nächsten Seite in der Präsentation aufgeführt, liegen gemäss Auffassung der Parlamentsleitung zusammengefasst darin, dass der bisherige Erlass mehrfach geändert worden ist, er ist in die Jahre gekommen. Die Übersichtlichkeit ist aufgrund von den vorgenommenen Revisionen beeinträchtigt und die Systematik ist nicht mehr vollumfänglich gegeben.

Eine Totalrevision kann auch Anlass sein, verschiedene Revisionspunkte in einem Gesamtzusammenhang zu prüfen. So hat die Parlamentsleitung das Kommissionssystem unter die Lupe genommen und in ihrem Vorschlag eine 4. Sachkommission aufgenommen. Weiter soll eine Vorprüfung von Vorstössen möglich sein. Auch die Anpassung der Fristen für parlamentarische Vorstösse hat den Gegenstand der Weisung von der Parlamentsleitung gebildet. Die Fragestunde soll formalisierter ablaufen und nicht mehr zwingend zweimal pro Jahr stattfinden. Im Weiteren hat sich die Parlamentsleitung für eine Redezeitbeschränkung ausgesprochen und nach dem Willen der Parlamentsleitung soll die bisher separate Regelung zur parlamentarischen Untersuchungskommission PUK in die Organisationsverordnung integriert werden. Im Gegenzug kann das Reglement über das Verfahren der Untersuchungskommission zur Klärung besonderer Vorkommnisse in der Stadtverwaltung vom 21. Januar 1991 aufgehoben werden. Nicht Gegenstand dieser Totalrevision sind spezielle Regelungen zum Parlamentsbetrieb in Notlagen, weil die kantonale Rechtslage für ergänzende kommunale Regelungen momentan noch unklar ist.

Die Parlamentsleitung hat bei der Erarbeitung des Entwurfs das Rad nicht neu erfinden müssen. So gibt es vom kantonalen Gemeindeamt eine Mustervorlage zu einem Organisationserlass Gemeindeparlamente. Dieses Muster bildete die Basis für die Ausarbeitung des vorliegenden Entwurfs.

Dann ein bisschen zur Vorgeschichte: Vorauszuschicken ist, dass das Stadtparlament erst vor kurzem, am 27. September 2021, einer Änderung der Geschäftsordnung zugestimmt hat und dort die zwingenden Anpassungen an die neue Gemeindeordnung, die das Volk am Freitag, am 26. September 2021, angenommen hatte, vorgenommen hat. Es ging dort im Wesentlichen um die beiden Vorstossarten Jugendvorstoss und Vorstoss von Ausländerinnen und Ausländern sowie um terminologische Anpassungen. Bekanntlich hat man dort von der Begriffsbezeichnung "Grosser Gemeinderat" zu "Stadtparlament" gewechselt. Im Übrigen haben aber weder das totalrevidierte kantonale Gemeindegesetz vom 20. April 2015 noch die Gemeindeordnung der Stadt Winterthur zu weitergehenden Änderungen direkten Anlass gegeben.

Die Vorlage, die wir heute behandeln, hat eine längere Vorgeschichte. Bereits im Jahr 2019 hat sich die Parlamentsleitung für eine Totalrevision der Geschäftsordnung ausgesprochen. Darüber ist die AK orientiert worden. Am 27. Januar 2020 hat sich die AK dahingehend geäussert, dass sie an sich eine Teilrevision bevorzugen würde und dass man die nach der Totalrevision der Gemeindeordnung an die Hand nehmen sollte. Die Parlamentsleitung hat in

der Folge aber an ihrer Ansicht festgehalten, dem Stadtparlament eine Totalrevision der Geschäftsordnung vorzulegen. Die Eckpunkte der Totalrevision hat sie im Spätherbst 2021 der interfraktionellen Konferenz unterbreitet. Ausserdem konnte sich der Stadtrat zum Vorentwurf schriftlich äussern. Die Ergebnisse dieser Konsultationen sind schliesslich in den Weisungsantrag eingeflossen, den die Parlamentsleitung am 26. Januar 2022 verabschiedet hat.

Zu den Kommissionsberatungen auf der nächsten Seite der Präsentation: Die AK hat die Weisung in 4 Lesungen behandelt. Zuerst hat die Parlamentsleitung die Vorlage im Überblick vorgestellt. Die Kommissionsmitglieder hatten dann die Möglichkeit, Fragen zu stellen. Die Antworten, zusammengestellt in einem umfassenden Fragenkatalog, hat dann die AK intensiv besprochen und letztlich ging es dann darum, in der Detailberatung die Anträge zur Weisung zu behandeln. Die Aufsichtskommission hat ihre Beratungen heute vor einer Woche, am 21. März, abgeschlossen.

Geht man die Antragssynopse zur heutigen Sitzung durch, so sieht man, dass es doch zahlreiche Anträge gibt. Eine Vielzahl betrifft allerdings formelle Bereinigungen. Inhaltlich haben vor allem die Vorprüfung von Vorstössen, das Kommissionssystem, die Redezeitbeschränkung, dann auch die Abstimmungsordnung beim Vorliegen von mehreren Anträgen und die Behandlungsfristen bei parlamentarischen Vorstössen zu reden geben. Wir kommen dann in der Detailberatung noch darauf zu sprechen. Die AK hat sich letztlich einstimmig mit 11 zu 0 für die Vorlage ausgesprochen, natürlich mit einigen Änderungen, und stimmt dem Weisungsantrag zu, also dem Erlass einer Organisationsverordnung mit diesen Änderungen, der Aufhebung der bisherigen Geschäftsordnung und des bereits erwähnten Reglements über das Verfahren der Untersuchungskommission zur Klärung besonderer Vorkommnisse in der Stadtverwaltung. Und drittens hat sie auch die Inkraftsetzung dieses Regelwerks auf Beginn der neuen Amtsdauer am 16. Mai 2022 zugestimmt.

An dieser Stelle möchte ich auch noch verschiedenen Personen danken. Die Behandlung dieses Geschäfts war nicht ganz einfach, es gab auch einen erheblichen Zeitdruck. Vielleicht hätte es doch ein paar Punkte gegeben, die wir vielleicht noch etwas vertieft hätten anschauen können. Insbesondere die ganzen Fragen mit dieser Abstimmungsordnung, die wir jetzt ganz am Schluss noch angeschaut haben. Die Verordnung zählt 104 Artikel. Es wurden etwa 75 Fragen eingereicht und beantwortet und es wurden gegen 60 Anträge zu dieser Verordnung gestellt. Ich danke zuerst meinen Kolleginnen und Kollegen in der AK für die disziplinierte und zügige Beratung. Mein Dank gilt auch der Parlamentsleitung für die Begleitung der Beratung in der AK, geführt durch die Parlamentspräsidentin Maria Sorgo. Insbesondere hat sich der Ratsschreiber oder jetzt Parlamentschreiber Marc Bernhard mit enormen Einsatz um alle diese Fragen und Anträge gekümmert, Synopsen erstellt und aktualisiert und auf Widersprüche hingewiesen. Ich denke, seine Arbeit hat eine wesentliche Basis dafür gebildet, dass wir die Kommissionsberatungen sachkundig, effizient und zeitgerecht abschliessen konnten. Und schliesslich hat der Stadtrat die Antragsbereinigung in der AK mitverfolgen können und ich danke dem Vertreter des Stadtrats, dem Stadtpräsidenten Mike Künzle, für das Einbringen des stadrätlichen Standpunkts zu diesem Geschäft.

Das wären mal vorerst meine einleitenden Bemerkungen und ich gebe das Wort an die Parlamentspräsidentin zurück.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank, Felix Helg, für das Vorstellen dieser Weisung und für den Überblick, warum die Totalrevision nötig ist, und dann natürlich vor allem auch für den Ablauf und die Behandlung in der Aufsichtskommission. Den Dank von Dir kann ich gleich zurückgeben: Es war uns von Seiten Parlamentsleitung bewusst, dass es eine relativ sportliche Anforderung war, auch an die Aufsichtskommission. Es war der Parlamentsleitung ein wichtiges Anliegen oder ist es immer noch, dass wir den neuen Organisationserlass oder die Organisationsverordnung mit der neuen Legislatur am 16. Mai in Kraft setzen können, und deshalb gab es dann doch auch ein bisschen Zeitdruck. Vielen Dank für das Entgegenkommen und dann wirklich auch für die ganze Arbeit, welche die gesamte Aufsichtskommission, aber auch Du als Präsident hineingesteckt hast. Und natürlich auch an Stadtpräsident Mike Künzle und seine Mitarbeitenden, die sich auch miteingebracht haben. Ein grosser

Dank von meiner Seite geht auch an meine 2 Kolleg/-innen im Präsidium, an den ersten Vizepräsidenten und die zweite Vizepräsidentin, aber auch an Marc Bernhard, der da wirklich sehr, sehr viel Arbeit hineingesteckt hat. Wir waren November/Dezember sehr beschäftigt und eigentlich bis jetzt, um Euch diese Totalrevision so vorlegen zu können.

Ich möchte jetzt inhaltlich gar nicht viel mehr sagen. Ich glaube, Felix Helg hat das sehr schön dargelegt. Der Grund, wieso sich die Parlamentsleitung doch für eine Totalrevision entschieden hat, war wirklich vor allem auch die Übersichtlichkeit. Aufgrund von verschiedenen Teilrevisionen hat im Ablauf nicht mehr alles miteinander übereingestimmt. Auch von den Kapiteln her war nicht mehr alles ganz sauber. Und das zu bereinigen, das ist nur in einer Totalrevision möglich.

Die Parlamentsleitung wird sich in vielen Punkten den Anträgen der Kommission anschliessen. Das werden wir nachher in der Detailberatung auch hören. Man sieht es auch jetzt schon in der Synopse. Wir werden jetzt, wie ich das schon gesagt habe, anhand von 5 Teilen die Anträge behandeln.

Vom Ablauf her wird jeweils zuerst jeder Teil am Anfang kurz von Felix Helg als Kommissionsreferent vorgestellt, er wird dort alle Änderungen noch einmal vorstellen sowie auch alle Anträge. Und in diesem Zug werden auch gleich alle unbestrittenen Anträge, das sind alle Kommissionsanträge, denen sich die Ratsleitung anschliessen wird, bereinigt. Da werden wir kurz Punkt für Punkt durchgehen. Alle anderen Artikel, wo Anträge vorliegen oder wo während der Debatte noch Anträge gestellt werden, werden wir im Nachhinein dann natürlich in einer Abstimmung noch bereinigen. Nach der Vorstellung von Felix Helg haben dann die weiteren Mitglieder der Aufsichtskommission das Wort für die Gesamtdiskussion dieses Teils. Und bei allen Artikeln und Anträgen, die dort hineinfallen, kann sich auch noch dazu äussern. Und die Parlamentsleitung wird auch noch ein paar inhaltliche Sachen sagen. Und dann kommen wir am Schluss zur Bereinigung von allen Anträgen, die jeweils in diesen Teil hineinfallen. Das tönt jetzt vielleicht ein bisschen kompliziert, aber ich glaube, wir werden das gut schaffen.

Damit kommen wir gleich zum ersten Teil, da geht es um die formellen Anpassungen und die Terminologie. Wie Felix Helg schon gesagt hat, sind das ziemlich viele dieser Anträge, die man in der Synopse findet. Ich gebe das Wort gleich Dir.

F. Helg (AK): Genau. Der erste Teil geht um die formellen Anpassungen, die wir jetzt gesamthaft besprechen, ich gehe jetzt nur summarisch darauf ein. Ich habe in meinen schriftlichen Notizen zu diesen einzelnen formellen Änderungen auch die Artikelbezeichnung noch aufgeführt, so dass man diese dann auch im schriftlichen Protokoll anhängen kann und dass das so auch entsprechend nachvollziehbar und dokumentiert ist. Es geht um verschiedene Bezeichnungen, die noch angepasst worden sind, also zum Beispiel "Stadtparlamentsorganisation" statt nur "Parlamentsorganisation". In vielen Artikel hat man sich dann darauf geeinigt, "Präsidium" zu schreiben statt "Präsidentin und/oder Präsident", das Gleiche auch für das "Vizepräsidium", dass man diesen Begriff nimmt statt "Vizepräsidentin oder Vizepräsident". Das Gleiche gilt auch für die "Kommissionspräsidien" statt "Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten" und für "Kommissionspräsidium" statt "Kommissionspräsident und Kommissionspräsidentin" in der Einzahl. Dann auch "Organisationsverordnung" statt "Organisationserlass", die Abkürzung PUK statt ein ausgeschriebener Begriff, dann der Begriff "Parlamentsleitung" statt "Ratsleitung", da ist noch die alte Terminologie mitgekommen, und "Parlamentsorgan" statt "Ratsorgan". Das wären Bezeichnungen, die angepasst werden.

In verschiedenen Artikel geht es auch darum, dass eine doppelte Regelung eliminiert worden ist und dass verschiedene Verschriebe noch angepasst worden sind. Wie gesagt, die einzelnen Artikel sind in meinen schriftlichen Notizen aufgeführt und sind auch zusätzlich dokumentiert in der vorliegenden Antragssynopse.

Die Normbezeichnungen richten sich nach der Nummerierung in der Weisung. Und es gibt am Schluss noch eine Anpassung der Nummerierung, weil es teilweise Artikel und Absätze gibt, die gestrichen werden oder umgekehrt welche dazukommen, sodass es eine schlanke,

durchgehende Nummerierung von 1 bis wahrscheinlich 104 oder 103 gibt. Das wäre es zu den formellen Punkten.

Aufführung zuhanden Protokoll:

Stadtparlamentsorganisation (statt Parlamentsorganisation) – Titel vor Art. 1.

Präsidium (statt Präsidentin oder Präsident) – Art. 2 Abs. 1 lit. a, Art. 3 Abs. 1, 2 und 3, Art. 5 Abs. 1, Art. 6 Abs. 1, Art. 14 Abs. 3, Art. 15 Abs. 1, Art. 17 Abs. 1, Art. 19 Abs. 2 lit. b, Abs. 3 und 11, Art. 25 Abs. 1, Art. 25 Abs. 2, Art. 33 Abs. 2, Art. 40 Abs. 1, Art. 43 Abs. 1, Art. 45 Abs. 3, Art. 52 Abs. 2, Art. 67 Abs. 1, Art. 74 Abs. 1 und 3, Art. 76 Abs. 2 und 5, Art. 79 Abs. 4, Art. 84 Abs. 2, Art. 85 Abs. 1, Art. 88 Abs. 3, Art. 91 Abs. 1, Art. 95 Abs. 1.

Vizepräsidium (statt Vizepräsidentin oder Vizepräsident) – Art. 3 Abs. 1 und 2, Art. 6 Abs. 1, Art. 19 Abs. 11, Art. 52 Abs. 2, Art. 76 Abs. 4.

Organisationsverordnung (statt Organisationserlass) – Art. 5 Abs. 1 lit. c, Art. 33 Abs. 1 lit. c.

PUK (= Abkürzung) (statt Untersuchungskommission [ausgeschriebener Begriff]) – Art. 13 Abs. 2, 3 und 4.

Kommissionspräsidien (statt Kommissionspräsidentinnen und Kommissionspräsidenten) – Art. 19 Abs. 2 lit. b.

Kommissionspräsidium (statt Kommissionspräsidentin und Kommissionspräsident) – Art. 53 Abs. 1, Art. 54 Abs. 1.

Parlamentsleitung (statt Ratsleitung) – Art. 25 Abs. 2.

Parlamentsorgan (statt Ratsorgan) – Art. 59 Abs. 4.

doppelte Regelung – Art. 26 Abs. 1 (im Verhältnis zu Abs. 2).

Verschiebe – Art. 37 Abs. 2, Art. 53 Abs. 2, Art. 74 Abs. 4, Art. 92 Abs. 1.

Hinweis: Die Normbezeichnungen richten sich nach der Nummerierung in der Weisung; Anpassung der Nummerierung nicht berücksichtigt.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Die Ratsleitung wird sich allen formellen Änderungsanträge, was Terminologie etc. betrifft, anschliessen und wird ihnen zustimmen. Gibt es Gegenanträge zu den formellen Anträgen? Wenn dem nicht der Fall ist, dann sind alle formellen Anträge in globo so genehmigt und wir können gleich weitergehen. Wir kommen also zum nächsten Teil, das betrifft die Parlamentsorganisation, das ist Artikel 1 bis 27. Felix Helg wird das jetzt inhaltlich kurz vorstellen, sowie die Diskussion in der Aufsichtskommission. Wir werden gleich alle unbestrittenen Anträge bereinigen. Nachher wird die Diskussion im Plenum stattfinden, wie vorher schon erklärt. Und dann werden wir die strittigen Punkte am Schluss in einer separaten Abstimmung noch bereinigen. Felix Helg, Du hast das Wort.

F. Helg (AK): Besten Dank. Genau, ich würde jetzt zuerst die unbestrittenen Anträge vorstellen, in der Reihenfolge, wie sie in den Artikeln kommen, und am Schluss dann die umstrittenen Punkte noch erwähnen, damit dort die Diskussion ansetzen kann. Ich gehe davon aus, dass wenn ich jetzt etwas vergessen würde, unser Ratsschreiber mit Argusaugen darauf schaut und dann das noch einflechten würde, wenn da etwas vergessen gehen würde. Zuerst kommen die Artikel 3 Absatz 4 (neu) und Artikel 19. Da ist die AK der Auffassung, dass der Parlamentsschreiber oder die Parlamentsschreiberin wie bis anhin für eine vierjährige Amtsdauer zu wählen ist. Der Vorschlag von der Parlamentsleitung sah dem gegenüber vor, dass ein Parlamentsschreiber oder eine Parlamentsschreiberin keine Wiederwahl braucht, wenn er oder sie einmal vom Parlament gewählt sei. Gemäss der Meinung der AK wird die Stellung dieser Funktion durch die periodische Wiederwahl gestärkt. Ausserdem wird so auch eine Angleichung an andere vom Parlament gewählte Funktionsträger und Funktionsträgerinnen geschaffen, wie zum Beispiel die Leitung der Finanzkontrolle, bei denen ebenfalls jeweils eine vierjährige Amtsdauer vorgesehen ist. Die Ergänzung in Absatz 4 wirkt sich auch auf die bisherige Regelung in Artikel 19 aus, wo Absatz 1 gestrichen werden muss. Die folgenden Absätze 2 bis 11 rücken dann nach zu Absatz 1 bis 10 und dort wird auch noch die beratende Stimme des Parlamentsschreibers oder

der Parlamentsschreiberin neu in Litera f von Absatz 2 verankert. Neu eingeführt ist als Folgeantrag auch die Regelung für die Wiederwahl – nicht nur für die erste Wahl – in Absatz 9 und 10. Die Antragstellung obliegt der Parlamentsleitung. Neu wird aber auch verankert (das hat die AK beschlossen und beantragt das dem Parlament), dass die Funktion in maximal 2 Teilzeitpensen aufgeteilt werden kann. Das ist nach den bisherigen Nummerierung Absatz 9. Das wäre es zu diesem Artikel.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Die Parlamentsleitung wird sich bei Artikel 3 Absatz 4 der AK nicht anschliessen und in dem Sinne natürlich auch nicht bei all diesen Punkten bei Artikel 19, die sozusagen Folgeanträge sind. Allen anderen Punkten im Artikel 19 würden wir uns anschliessen, aber das sind eigentlich vor allem formelle Fragen, darüber haben wir schon abgestimmt. Dann hast Du wieder das Wort.

F. Helg (AK): Müssen wir da noch abstimmen oder wie ist das später dann der Fall?

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Bei den bestrittenen gibt es nachher noch eine inhaltliche Diskussion. Und da werden wir am Schluss darüber abstimmen.

F. Helg (AK): Gut. Dann käme nun Artikel 4 Absatz 1 Litera f. Neu soll nach dem Beschluss der AK auch für die Parlamentsleitung für die Bewilligung von im Budget eingestellten Ausgaben eine betragsmässige Obergrenze eingeführt werden. Die Ansicht der Parlamentsleitung, wonach Ausgaben unter der Produktegruppe Stadtparlament selten seien, zumal bauliche Projekte unter der Produktegruppe Immobilien figurieren, konnte nicht überzeugen. In einem System von checks and balances sollte kein Organ, das unter dem Stadtparlament steht, über unbeschränkte Ausgabenkompetenzen verfügen.

Die Limiten liegen in Anlehnung an die Finanzkompetenzen des Stadtrats bei einer Million Franken für neue einmalige Ausgaben und bei 100'000 Franken für jährlich wiederkehrende Ausgaben.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dem schliesst sich die Parlamentsleitung an. Gibt es da einen Gegenantrag zum Kommissionsantrag? Wenn das nicht der Fall ist, dann ist der Antrag angenommen.

F. Helg (AK): Dann Artikel 7 Absatz 2. Nach Auffassung der AK soll es in jedem Fall weiterhin Stimmzählende geben und die sollten auch gewählt werden, unabhängig davon, ob dereinst durchgängig elektronische Wahlen und Abstimmungen durchgeführt werden. Noch lässt sich nicht absehen, ob es auch bei elektronischen Ergebnisermittlungen nicht auf einmal Fälle gibt, wo man auf die Handarbeit bei der Auszählung angewiesen ist. Auch ist denkbar, dass es einmal ein Versagen der Elektronik gibt und folglich ist die Möglichkeit, auf die Wahl von Stimmzählenden zu verzichten, in der Verordnung zu streichen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dem schliesst sich die Ratsleitung an. Gibt es einen Gegenantrag? Wenn dies nicht der Fall ist, dann ist auch dieser Antrag der Kommission einstimmig angenommen.

F. Helg (AK): Dann wäre Artikel 11 Absatz 2. Die umstrittenen Punkte zum Kommissionssystem, wie gesagt, die kommen dann am Schluss, die werde ich dort darstellen. Unbestritten in der AK war aber, dass bei der Einsetzung einer Spezialkommission dort das Minimum bei 7 statt wie bisher 5 Mitgliedern liegt. So steht im Regelfall jeder Fraktion ein Sitz in der Spezialkommission zu.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dem schliesst sich die Parlamentsleitung auch an. Gibt es da einen Gegenantrag? Ansonsten ist auch dieser Antrag genehmigt.

F. Helg (AK): Artikel 13 Absatz 1, und ich nehme nachher dazu Artikel 14 Absatz 6, aber zuerst 13 Absatz 1. Die AK hat die Bestimmungen zur parlamentarischen Untersuchungskommission PUK präzisiert und zwar so, dass sie festschreibt, wer einen Antrag auf eine PUK stellen kann, nämlich die Parlamentsleitung, eine Kommission oder eine Fraktion. Nicht antragsberechtigt ist aber ein einzelnes Mitglied, weil da die Meinung ist, dass es einen gewissen minimalen Sukkurs für die Initiierung des PUK-Verfahrens braucht.

Die Beschlussfassung über eine PUK obliegt dann dem Gesamtparlament. Ich nehme jetzt gleich noch den Artikel 14 Absatz 6 dazu, weil es etwa um das Gleiche geht. Das Gleiche gilt auch für die Abberufung von einem Kommissionsmitglied oder von einem Kommissionspräsidentium. Antragsberechtigt ist die Parlamentsleitung, eine Kommission oder eine Fraktion.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Die Ratsleitung schliesst sich den beiden Kommissionsanträgen an. Gibt es da Gegenanträge? Ansonsten ist da der Kommissionsantrag angenommen.

F. Helg (AK): Artikel 15 Absatz 2: Die Aufsichtskommission erachtet es als sinnvoll, das Instrument des Kommissionsmitberichtes zu umschreiben.

Im Minimum umfasst ein Mitbericht eine Stellungnahme und einen Antrag zu einer Vorlage. Das muss nicht zwingend ein separater schriftlicher Bericht sein. Es reicht, wenn die entsprechenden Mitberichtsberatungen im Kommissionsprotokoll dokumentiert sind. Nicht als Mitbericht gilt dagegen eine bloss Informationssitzung zu einem Geschäft.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dem schliesst sich die Parlamentsleitung ebenfalls an. Gibt es da einen Gegenantrag zum Kommissionsantrag? Wenn dies nicht der Fall ist, dann ist auch dieser Kommissionsantrag angenommen.

F. Helg (AK): Jetzt muss ich einfach zur Sicherheit, das kommt jetzt auch nicht vor auf der Folie. Das habe ich mir beim Artikel 19 notiert, beim Parlamentsschreiber, dass man einfach das nicht vergisst. Da wäre bei Artikel 19 Absatz 9 bisher oder neu 8 dort einfach noch die Änderung der Bezeichnung. Den Antrag würde, glaube ich, die Ratsleitung dann stellen, dass es dort heisst "Parlamentsorgan" statt "Kommission". Es ist vielleicht nicht ganz eine nur formelle Bereinigung, ich habe das hier sicherheitshalber noch nachgetragen.

Ich will jetzt schnell das Wort der Ratspräsidentin geben, damit es einfach nicht vergessen geht.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Wir werden den Antrag nachher noch stellen. Ich glaube, es macht Sinn, wenn wir das nachher machen, gleich bei der Bereinigung, weil es ja noch darauf ankommt, wie wir abstimmen Danke für den Hinweis.

F. Helg (AK): Doppelt genäht, umso besser. Dann wären das nächste in der Reihenfolge Artikel 27 Absatz 2 und 3, Beschlüsse des Stadtrats, die auf Notrecht basieren (wir haben das ja gesehen in der Corona-Pandemiezeit) oder sonst im Zusammenhang stehen mit dem Notrecht, sollen zur besseren Transparenz in jedem Fall der Parlamentsleitung und der AK zugestellt werden. Gemäss ursprünglichem Antrag von der Parlamentsleitung hätte die AK nur Notrechtsbeschlüsse mit finanziellen Auswirkungen bekommen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dem schliesst sich die Parlamentsleitung ebenfalls an, es gilt in diesem Fall der Kommissionsantrag. Gibt es da Gegenstimmen? Ansonsten gelten auch diese beiden Anträge als angenommen.

F. Helg (AK): Und jetzt kommen die Anträge, bei denen es dann sicher noch Diskussionen gibt. Es wäre Artikel 4 Absatz 1 Litera j. Da geht es um die Vorprüfung von Vorstössen. Die Parlamentsleitung beantragt eine fakultative Vorprüfung von Vorstössen durch die Parlamentsleitung nach der Einreichung.

Die AK hat mehrheitlich dieser Neuerung zugestimmt, weil man so klar unzulässige Vorstösse vermeiden kann. Der diesbzgl. Entscheid der Parlamentsleitung kann mit Einsprache an das Gesamtparlament weitergezogen werden. Der Nutzen dieser Interventionsmöglichkeit wird allerdings von einer Kommissionsminderheit angezweifelt. Unbestritten war allerdings für den Fall, dass es bei einer Vorprüfung bleiben sollte, dass es da noch eine kleine inhaltliche Präzisierung braucht: Der Entscheid des gesamten Parlaments über die Gültigkeit von Vorstössen ist entsprechend der Rechtsschutzbestimmungen vom Verwaltungsrechtspflegegesetz nicht endgültig, sondern könnte notfalls auch weitergezogen werden.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Diesem Teil, also dass er weitergezogen werden könnte, dort stimmt die Parlamentsleitung dem Kommissionsantrag zu. Es gibt dann aber noch ein SVP-Antrag, den wir nachher noch diskutieren werden, zur Streichung vom gesamten Litera j.

F. Helg (AK): Dann noch der letzte umstrittene Antrag in diesem Bereich, das betrifft Artikel 8 bis 10, Artikel 14 Absatz 2 und Absatz 5. Da geht es um das Kommissionssystem, wo wir doch längere Diskussionen hatten. Von der Parlamentsleitung ist beantragt worden, insbesondere zur Entlastung der Kommission Bau und Betriebe (BBK), dass es neu vier Sachkommissionen geben sollte, also eine mehr.

Hinsichtlich der Anzahl hat sich dann in der AK eine Mehrheit ebenfalls für 4 Sachkommissionen eingestellt. Die Weiterführung von 3 Sachkommissionen wie bisher ist abgelehnt worden. In einem weiteren Schritt ist es darum gegangen, die Sachgebiete der Kommissionen zu umschreiben. Neu soll es nach Auffassung der AK eine Kommission Umwelt und Betriebe geben, die den Umweltbereich aus dem Departement Sicherheit und Umwelt und das ganze Departement Technische Betriebe umfasst. Dem gegenüber beschränkt sich die bisherige BBK auf das Departement Bau. Der neue Name wäre dann Kommission Stadtbau (SBK). Die Kommission Soziales und Sicherheit (SSK) heisst weiterhin gleich, gibt aber wie gesagt, das Umweltdossier ab. Unverändert bleibt die Kommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK). Dann hat man auch die Mitgliederzahlen angeschaut. Da hat mehrheitlich die Auffassung ob-siegt, es bei der bisherigen Zahl von 9 Mitgliedern je Sachkommission zu bewenden zu lassen. Anträge auf Erhöhung von den Mitgliederzahlen von stark belasteten Kommissionen oder von allen Kommissionen haben keine Mehrheit gefunden. In diesem Zusammenhang stehen auch die weiteren Auseinandersetzungen um die Vertretung von den Fraktionen in den Kommissionen. So sollen gemäss Auffassung von der AK die Fraktionen in den Kommissionen weiterhin gemäss ihrer Stärke im Parlament vertreten sein. Ich glaube, das ist auf der nächsten Seite der Präsentation.

In den Sachkommissionen soll jeder Fraktion ein Sitz zustehen. Ein eigentlicher Sitzanspruch für eine Fraktion ist unverändert zur momentanen Regelung für die AK normiert. Nach wie vor ist auch der Grundsatz statuiert, dass ein Parlamentsmitglied gleichzeitig nur einer ständigen Kommission angehören darf. Davon ausgenommen sind in Folge vom Wechsel auf insgesamt 5 Kommissionen, also AK und 4 Sachkommissionen, nur diejenigen Fraktionen, die aufgrund ihrer Grösse nicht in jeder Kommission vertreten sein könnten. Betroffen sind also vierköpfige Fraktionen, die Mitglieder in 5 Kommissionen zu stellen haben. An den Minimumsgrössen von 4 Parlamentsmitgliedern für eine Fraktion hat es aber keine Änderung gegeben. Damit bin ich auch mit allen Ausführungen zu diesem ersten Teil Artikel 1 bis 27 durch. Und jetzt könnte man dann starten mit der Diskussion.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank für das Vorstellen. Jetzt werden wir mit der inhaltlichen Diskussion starten. Ich bitte jeweils die Fraktionsreferenten/-innen, auch gleich ihre Anträge zu stellen oder kurz zu begründen, die zu Artikel 1 bis 27 gehören. Als Erstes das Wort hat Dani Oswald (SVP).

D. Oswald (SVP): Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eingangs möchte ich doch auch noch kurz einen Dank aussprechen im Namen der

SVP-Fraktion: An die Parlamentsleitung und auch an den Kommissionspräsidenten für die gute Vorbereitung des Geschäfts und auch die gute Planung und die Beratung in der Kommission. Es hat wesentlich dazu beigetragen, dass wir jetzt die Beratungen im Parlament termingerecht anfangen und die neue Organisationsverordnung rechtzeitig in Kraft setzen können. Mit dieser Totalrevision beendet man eine grosse Arbeit an umfangreichen Revisionsarbeiten an unseren gesetzlichen Grundlagen. Und wir sind auch von der SVP-Fraktion der Meinung, dass wir alles in allem eine sehr gute Organisationsverordnung zustande gebracht haben.

Es gibt einzelne Punkte, die aus unserer Sicht hier etwas über das Ziel hinausschiessen. Als erstes möchte ich da die Anzahl Kommissionen erwähnen, wo wir grundsätzlich der Meinung sind, es würde mit der ursprünglichen 3 und 1-Variante funktionieren. Ein wichtiges Argument war auch bei der Abschaffung der BÜK, dass wir damit Einsparungen realisieren können. Und eben, wie ich es schon gesagt habe, haben wir jetzt viele grosse Brocken von Revisionen von einer neuen Gemeindeordnung bis zum Organisationsstatut jetzt erledigen können. Und von dem her sind wir der Meinung, dass man mit den bestehenden Kommissionen hätte weiterfahren können. Wenn es erforderlich war, haben wir ja jeweils auch Spezialkommission eingesetzt und das hat immer funktioniert.

Aus Sicht der SVP-Fraktion hätte es da keine Änderung gebraucht, aber noch weniger zielführend wären aus unserer Sicht Varianten, wenn wir am alten Kommissionssystem festhalten und einfach die Mitgliederzahl massiv erhöhen würden. In dem Sinne haben wir uns dazu durchgerungen und gesagt, wir stimmen dem Kommissionsantrag mit 4 und 1 Kommissionen, das heisst 4 Sachkommissionen und die Aufsichtskommission, zu.

Ich komme jetzt zu meinen konkreten Anträgen. Das hat dazu geführt, dass wir Diskussionen hatten um die Anzahl Mitglieder für eine Fraktion und die Thematik, wer in wie vielen Kommissionen sein darf. Es ist logisch, dass wenn wir die Fraktionsgrösse bei 4 belassen und 5 Kommissionen haben, und gleichzeitig sagen, es hat jede Fraktion Anspruch, in jeder Kommission zu sein, dass man dann die Möglichkeit schaffen muss, dass es Parlamentsmitglieder gibt, die in 2 Kommissionen sein können.

Aus unserer Sicht ist es aber nicht möglich und nicht sinnvoll, wenn man unterschiedliche Qualitäten von Parlamentsmitgliedern schafft.

Ich weiss nicht, wieso sich die SP und die Grünen so schwer damit tun, dass man in der aktuellen Organisationsverordnung klar festlegen kann, dass jedes Parlamentsmitglied in 2 Kommissionen sein kann. Es haben ja alle Fraktionen bestätigt, dass das grundsätzlich nicht das Ziel ist und dass man das vermeiden soll. Aber eben, wie schon gesagt: Aus unserer Sicht ist es nicht zulässig oder zumindest nicht sinnvoll, wenn wir unterschiedliche Rechte bei uns Parlamentsmitgliedern schaffen. Auch die laufende Diskussion zu diesem Thema hat uns ganz klar vor Augen geführt, zu welchen seltsamen Situationen wir kommen würden, wenn wir den Punkt nicht klar regeln würden.

Mit diesen Anträgen, welche da die SP und die Grünen gestellt haben, die uns wirklich etwas seltsam vorkommen, habt Ihr bei der SVP-Fraktion Vertrauen verspielt. Ich glaube, zu einer offenen, sachlichen Diskussion gehört auch, dass man diese Sachen offen regelt und nicht dem Zufall oder Schlaumeiereien überlässt. Wir von der SVP-Fraktion unterstützen somit dann der GLP-Antrag von Artikel 14 Absatz 5, der heisst, dass jedes Parlamentsmitglied gleichzeitig 2 Kommissionen angehören könnte. Und wenn dieser Antrag durchkommt, verzichten wir darauf, den Antrag zu stellen, dass die Fraktionsgrösse von 4 auf 5 erhöht werden sollte.

Zum zweiten und dann letzten Punkt ist noch der Artikel 4 Litera j, wo wir den Antrag stellen, diesen zu streichen. Die Einführung eines solchen Artikels zur Prüfung über formelle und materielle Gültigkeit von Vorstössen ist aus unserer Sicht aus folgenden 2 Gründen nicht erforderlich: Erstens ist mir in meiner Tätigkeit seit 2010 hier im Rat kein Fall bekannt, der eine solche Klausel erfordert hätte. Im Abstimmungskampf zum Beispiel um das Burkaverbot haben die Gegner vom Verbot ja argumentiert, dass es in der Schweiz keine Burkaträgerinnen gäbe und deshalb müsse man auch kein Verbot haben. Ich frage mich, wieso dann jetzt die gleichen politischen Kreise nicht nach dem gleichen Grundsatz handeln und sagen, wir haben

ja nie ein Problem gehabt mit Vorstössen, die wegen etwas nicht gegangen sind. Wieso wollen sie dann trotzdem dafür einen Artikel?

Zweitens hebt der Artikel aus unserer Sicht einen wesentlichen Teil der direkten Demokratie aus. Es ist dem schweizerischen direktdemokratischen Politverständnis fremd, dass es eine dem Souverän übergeordnete Instanz gibt, die entscheiden könnte, was zulässig ist und was nicht. Wer so etwas fordert, misstraut aus unserer Sicht einem Teil des Parlaments oder hält einen Teil des Parlaments nicht für fähig herauszufinden, auf welchem Weg seine politischen Forderungen nach geltenden Regeln vorangebracht werden sollen. Es besteht erhebliches Risiko, dass nicht mehr auf Augenhöhe diskutiert werden kann. Und die Variante einer versteckten Agenda schliessen wir vorderhand einmal noch aus.

Wir danken, wenn Ihr uns beim Antrag unterstützt, Artikel 4 Absatz 1 Litera j zu streichen. Erfahrungsgemäss konnten wir problemlos so arbeiten und ich erwarte auch in Zukunft keine Probleme und es freut uns auch, wenn Ihr den GLP-Antrag unterstützt, dass jedes Parlamentsmitglied in 2 Kommissionen sein kann, dann erübrigt sich auch der Antrag auf die Fraktionsgrösse. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin M. Sörgo: Vielen Dank. Das Wort hat Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): Besten Dank, ich werde nur über die umstrittenen Punkte reden. Ich möchte es aber trotzdem nicht lassen, auch meinerseits Felix Helg kurz zu danken. Ich glaube, nur dank Deiner Führung haben wir das Mammutprogramm durchbringen können, in der AK und dann auch heute im Rat. Es ist ein Mammutprogramm, wohl auch für die Zuhörer schwierig, denn wir reden über ganz verschiedene Themen und ziemlich konsolidiert. Aber ich probiere es mal.

Der erste umstrittene Punkt ist die Wahl des Parlamentsschreibers. Da ist mir ganz wichtig zu sagen, das hat wirklich nichts mit der aktuellen Besetzung zu tun, wirklich gar nichts, sondern wir haben uns überlegt, was würden wir machen, wenn wir auf der grünen Wiese so eine Regelung erlassen würden. Wir haben uns entschieden, eine Wahl für 4 Jahre ist besser. Wir kennen das von anderen Stellen: Auch bei der Ombudsstelle, Finanzkontrolle. Der Parlamentsschreiber ist Teil der Parlamentsleitung und damit auch Teil eines demokratisch gewählten Organs. Und es sind auch noch Fragen aufgetaucht, wer dann die Kündigungskompetenz hat, wie das genau laufen würde. Und da sind wir der Meinung, das Parlament ist einfach nicht geeignet, um öffentlich im Rat die Kündigungsthematik zu diskutieren. Und eine Wahl ist einfach das, was wir besser können hier im Parlament um solche Funktionen wahrzunehmen. Und wie gesagt, es geht wirklich überhaupt nicht um die aktuelle Besetzung. Also, das zu dem. Also wir sind für die Wahl wie von AK beantragt.

Vorprüfung von Vorstössen: Ganz ein anderes Thema. Da möchte ich wirklich auch nochmals betonen: Wenn man zurückblickt, hat es wirklich keine Relevanz gehabt. Es ist mir in der Vor-diskussion bloss ein Geschäft in den Sinn gekommen, das allenfalls potenziell hätte für ungültig erklärt werden können, wenn man die Bestimmung schon gehabt hätte. Und dieses Geschäft hatte im Rat aber ohnehin keine Mehrheit. Fazit: Wir haben wirklich kein Problem, das gelöst werden müsste, schaffen aber ein Instrument, das auch missbraucht werden kann. Denn es wird immer, wenn das einmal angewandt wird, sehr schwierige Diskussion geben. Was ist das Problem? Die Parlamentsleitungsmitglieder sind auch politische Vertreter und wenn diese irgendetwas für ungültig erklären, steht immer – zu Recht oder zu Unrecht – der Vorwurf im Raum, dass das eine politisch gefärbte Entscheidung ist, dass man jetzt gerade genau das ungültig erklärt hat oder eben auch etwas anderes nicht. Kurzum: Wir schaffen für ein fiktives Problem ein reales Problem und darum wirklich der Appell, dass wir das mit der Vorprüfung und der Ungültigkeit erklären doch bitte sein lassen. Denn wir haben kein Problem.

Zu den Sachkommissionen, wohl eigentlich materiell der grösste Punkt für uns im Rat. Wir hatten da ein Problem der ganz unterschiedlichen Interessen. Kleinfaktionen haben ein Interesse, ein berechtigtes: Einsitz in jeder Kommission. Und haben natürlich auch ein personelles Problem, wenn es mehr Kommissionen geben soll. Grössere Fraktionen haben eher das

Problem der gelangweilten Mitglieder und wollen mehr in die Kommissionen einbinden. Dann hat jedes Parlamentsmitglied wohl eigene Interessen, zum Beispiel die Beibehaltung vom Kommissionsmontag und nicht auf einmal am Dienstag arbeiten zu müssen oder umgekehrt. Und es stellt sich auch die Frage der Be- und Entlastung von einzelnen Kommissionen. Es ist durch die Zahlen feststellbar, dass die BBK sehr starke hohe Arbeitslast hatte, dass das nur gegangen ist mit vielen Einfachlesungen. Schwieriger ist die Frage: Wie kann man diese Kommission entlasten, denn der grosse Treiber ist der Bau und das muss irgendwie zusammenbleiben.

Der von der FDP eingebrachte AK-Lösungsvorschlag überzeugt in mehrerer Hinsicht. Grössere Fraktionen können mehr Leute einbinden. Klima/Umwelt gewinnt zu Recht an Gewicht, auch in der Kommissionsbesetzung. Diese Themen gehören aber mehrheitlich zusammen zum Thema Energie, weil der grösste Teil der Umsetzung wird bei Stadtwerk passieren und bei den Betrieben. Es macht also Sinn, diese 2 Themen zusammenzunehmen. Die BBK wird effektiv entlastet, auch wenn die Arbeitslast hoch bleiben wird, und die neue Kommission hat eine sinnvolle Aufgabe. Die SSK kann sich vermehrt um Sicherheit und Soziales kümmern, Themen, die sich thematisch näher stehen als – ich sage mal der Fremdkörper – Umwelt, der dort dann auch noch dabei war. Aber ja, der Koordinationsbedarf wird steigen.

Wir sind aber gleichzeitig klar gegen die Erhöhung der Fraktionsgrösse. Wir haben versprochen – denn sonst hätten wir ja die Kleinfraktion von Anfang an brüskiert – dass das für uns kein Thema ist und zu diesem Wort werden wir stehen. Aber trotzdem: Ja, ich bin dann auch vehement dagegen, wenn man Regelungen einführt wie die doppelte Entsendung, die nicht für alle gleich sind, sondern die nur einen Stand heute aufnehmen und nur für Gewisse gelten sollen. Wenn man Regeln macht in einer Geschäftsordnung, dann sollen diese gefälligst für alle gelten. Wir haben nicht vor, von dieser Gebrauch zu machen, aber es wäre wirklich stossend, da eine Sonderregelung nur für Einzelne einzuführen. Das würde ich wirklich auch nicht verstehen. Ich verstehe darum auch Dani Oswald.

Das zu diesen Punkten, ein Sammelsurium von verschiedenen Themen - wird wohl schwierig, dem folgen zu können. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Das Wort hat Samuel Kocher (GLP).

S. Kocher (GLP): Besten Dank. Grundsätzlich stehen wir hinter der Geschäftsordnung, so wie sie in der AK verabschiedet wurde, und das in der grossen Mehrheit von allen Punkten. Die vorliegende Geschäftsordnung ist sehr ausgewogen und widerspiegelt auch die Eigenheiten des Winterthurer Stadtparlaments. Trotz dieser Ausgeglichenheit hat die neue Geschäftsordnung auch deutliche Zeichen, vor allem bei den Sachkommissionen, gesetzt. So wird unser Milizsystem durch eine zusätzliche Kommission UBK entlastet. Gleichzeitig finden wir endlich den Begriff Umwelt in einer Kommission. Das zeigt einmal mehr, dass der Fokus für diesen Aspekt nicht nur wegen Netto Null 2040, aber sicher auch dank dieser klaren Vorgabe, in der neuen Geschäftsordnung Einzug gehalten hat. Entsprechend unterstützen wir alle diese Anträge mit einer zusätzlichen Sachkommission und auch die Beibehaltung der Fraktionsgrösse 4. Den SVP-Antrag zu Artikel 4 werden wir nicht unterstützen.

Jetzt noch zum GLP-Antrag Artikel 14: Dort haben ja Daniel Oswald und Urs Hofer schon vieles begründet, warum das Sinn macht, den Antrag so zu unterstützen. Auch die GLP ist der Meinung, dass man in einer Geschäftsordnung nicht zwischen kleinen und grossen Fraktionen unterscheiden und dann entsprechend unterschiedliche Rechte definieren soll. Es sollen alle die gleichen Rechte haben, es soll Symmetrie herrschen. Entsprechend stellen wir den Antrag, so wie er formuliert ist. Danke.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Das Wort hat Franziska Kramer-Schwob (EVP).

F. Kramer-Schwob (EVP): Geschätzte Anwesende. Zuerst zur Wahl auf Amtsdauer: Bei so einem guten Parlamentsschreiber, wie wir ihn im Moment haben, ist diese Frage nicht relevant. Solche Feinheiten kommen vor allem zum Tragen, wenn es Probleme gibt. Ob eine Beendigung vom Arbeitsverhältnis eher von der Parlamentsleitung oder von einer Kommission eingeleitet werden kann und soll, dazu ist guter Rat teuer. Sowohl die jährlich wechselnde Parlamentsleitung als auch die Kommissionen sind als Arbeitgeber in dieser Funktion nicht ideal. Aus unserer Sicht sollte der Schreiber ein normaler Angestellter sein, wie das in der Verwaltung üblich ist. Wir lehnen deshalb den Kommissionsantrag ab.

Zur Vorprüfung von Vorstössen: Vorstösse sollten nicht von vornherein an rechtlichen Mängel scheitern. Das ist schade um die Arbeit. Wir begrüssen deshalb die neue Regelung. Die Regelung im Detail finden wir aber noch nicht das Gelbe vom Ei. Wir hätten es begrüsst, über die Ausgestaltung nochmals in Ruhe nachzudenken. Wir hätten vorgeschlagen, dass der Parlamentsschreiber als juristische Fachmann zuständig ist und nicht die politisch gefärbte Parlamentsleitung. Damit sind wir aber unterlegen. Zudem hätte man aus unserer Sicht auch noch eine Frist einfügen müssen, wie lange eine solche Vorprüfung dauern darf, damit es nicht missbraucht wird. Auch das ist nicht durchgekommen. Jetzt werden wir die Regelung dann ausprobieren müssen – hoffentlich wird sie nicht zu oft zur Anwendung kommen – um sie dann, bei Bedarf, später wieder anzupassen.

Zur Anzahl Kommissionen: Das Anliegen, eine 4. Sachkommission zu bilden, hat vor allem auf 2 Grundanliegen beruht. Man wollte mehr Parlamentsmitglieder einbinden und die BBK entlasten. Diese Anliegen finden wir zum Teil berechtigt. Nur zum Teil, weil wir die BBK-Mitglieder gar nie jammern gehört haben über ihre Arbeitslast. Das Anliegen kommt nicht aus der BBK. Dass die Arbeitslast sehr hoch ist, ist aber sicher unbestritten. Wir finden es aber den falschen Weg, eine weitere Kommission zu bilden. Wir sind ein Milizparlament und müssen darum den Aufgabenkatalog und die aufgewendete Zeit schlank halten. Die Organisation wird mit einer 4. Kommission sehr viel komplizierter.

Wir hätten vorgeschlagen, dass wir die Sachkommissionen um je 2 Mitglieder erhöhen, und zwar nicht zusammen mit einer 4. Kommission, wie es jetzt vielleicht hätte verstanden werden können anhand von der Vorstellung, sondern dass man es bei 3 Sachkommissionen lässt. Und dann hätten trotzdem 6 Parlamentsmitglieder mehr miteinbezogen werden können in den Kommissionsbetrieb und die Arbeit der BBK hätte sich auf mehr Schultern verteilt. Die meisten Fraktionen waren aber in diesem Moment schon ein bisschen eingeschossen auf die Idee einer 4. Sachkommission und so beschliessen wir heute Abend voraussichtlich etwas, das wir aus unserer Sicht eleganter und schlanker hätten lösen können. Natürlich werden wir uns in den Mehrheitsentscheid einfügen. Wichtig ist uns als kleine Fraktion, dass wir weiterhin in allen Kommissionen dabei sein können, was der Kommissionsvorschlag so vorsieht und uns auch mündlich zugesichert worden ist in den Beratungen. Gerne halten wir das hier noch einmal ausdrücklich fest.

Den GLP-Antrag finden wir sinnvoll. Das Recht der gleichlangen Spiesse geht nach unserer Meinung dem Anliegen vor, Doppelmandate zu verhindern. Die Konsequenz von einer 4. Sachkommission ist, dass wir das so vorsehen müssen. Organisatorisch ist es machbar, wenn wir einen Willen dazu haben. Und wir sind überzeugt, dass die IFK dies sinnvoll gestalten und aushandeln können wird, wie man das im Konkreten dann handhaben will.

Noch ganz kurz zum SVP-Eventualantrag: Es dürfte nicht überraschen, dass wir als EVP für die Beibehaltung der Fraktionsstärke von 4 Personen sind. Dafür gibt es aber auch gute Gründe: Grosse Räte wie der Nationalrat mit 200 Mitgliedern, die Stadt Zürich mit 125 Mitgliedern und der Kanton Zürich mit 180 Mitgliedern können je mit 5 Mitgliedern eine Fraktion bilden. So erscheint es uns angemessen, mit einem deutlich kleineren Parlament von 60 Personen, bereits mit 4 Personen eine Fraktion bilden zu können. Man hat sich bei der Gemeindeordnung auch bewusst für die heutigen Grössenverhältnisse entschieden. Dabei sollte man bleiben – nur 3 Monate nach Inkrafttreten der neuen Gemeindeordnung. Wären die Parteien nicht in den Kommissionen vertreten, müssten sie die gesamte Politik in den grossen Parlamentssitzungen machen. Das erschwert den Parlamentsbetrieb massiv und macht alles noch

langsamer. Die Parteivielfalt ist auch sehr wichtig. Es geht um Diversität in der Parteienlandschaft und auch um Minderheitenschutz. Die Politik an der Polen erschwert das Finden von Lösungen. Gäbe es nur noch etwa 5 Fraktionen, wird es für rechts und links sehr viel schwieriger, Mehrheiten zu finden. Aus diesen Gründen lehnen wir den SVP-Eventualantrag ganz klar ab.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Das Wort hat Christian Griesser (Grüne/AL).

Ch. Griesser (Grüne): Geschätzte Anwesende. Schnell zur Einleitung vielleicht noch ein paar Worte zu dieser ganzen neuen Ordnung. Ja, wir waren wirklich dafür, dass wir die 4. Sachkommission machen. Es geht nicht, dass nur 39 Parlamentarierinnen und Parlamentarier in Kommissionen eingebunden sind und die BBK war seit Jahren überlastet. Diejenigen, die länger dabei sind, können sich zum Beispiel vielleicht noch daran erinnern, dass es eine Zeit gegeben hat, als die AK Umzonungen machte. Nämlich zum Beispiel von einem Teil, wo jetzt heute die neue Genossenschaftssiedlung Im Vogelsang darauf steht. Diese Umzonung hat die AK damals behandelt. Ich war nämlich Referent und weiss es darum noch ganz genau.

Zu den Anträgen, die jetzt diskutiert werden: Den Antrag der SVP lehnen wir ab. Es ist ganz einfach, man kann es in einem Satz sagen: Ich sehe das Problem, das Ihr mit einer fakultativen Vorprüfung habt, nicht. Es ist eine fakultative Vorprüfung. Punkt.

Den GLP-Antrag lehnen wir auch ab. Es ist meiner Ansicht nach organisatorisch wirklich nicht machbar. Wir gehen in dieser ganzen Diskussion irgendwie davon aus, dass dann die Personen, die in 2 Kommissionen sind, in der neuen UBK (Umwelt- und Betriebskommission) und in der Stadtbaukommission sind. Das ist aber so nirgends festgehalten. Meiner Ansicht nach sind alle Kombinationen möglich und wie Ihr das organisatorisch lösen wollt, wenn die einen in der AK und in der SSK sind, die anderen in der UBK und der SBK, die nächsten in der SBK und der BSCK – das weiss ich noch nicht. Aber wir lassen uns dann überraschen, falls das durchkommen sollte.

Der Antrag, die Fraktionsgrösse zu erhöhen, von der SVP, der da als Eventualantrag eingebracht wird, den werden wir sicher ablehnen, das ist klar. Wir haben, als wir in die ganze Diskussion gestartet sind, versprochen, dass die Fraktionsgrösse bei 4 bleibt – und daran halten wir uns auch.

Zur Wahl beziehungsweise eben nicht mehr Wiederwahl oder Kündigung vom Parlamentschreiber bin ich der Ansicht, dass man berücksichtigen muss, dass im öffentlichen Arbeitsrecht eine Kündigung mangels Leistung doch relativ komplex ist und eine ganze Anzahl Schritte durchzuführen sind. Und dazu kommt, dass der Parlamentschreiber meiner Ansicht nach eine ähnliche Stellung hat wie der Stadtschreiber. Und deshalb habe ich in der Kommission gegen den AK-Antrag, also gegen die AK-Mehrheit, gestimmt. Und wir sind nach wie vor dieser Ansicht, dass das richtig ist. Es ist aber klar, dass die Argumente, welche die Kommissionmehrheit hatte, nicht einfach wegzuwischen sind, sie haben auch etwas an sich und man kann in dem Sinne mit beiden Systemen leben. Ich hätte jetzt einfach den Antrag selbst nicht mehr gestellt. Die Parlamentsleitung hat ihn jetzt gestellt und dann bleiben wir dabei, dass wir auf eine Wiederwahl verzichten wollen.

Was mir aber wichtig ist - ich nehme an, die Parlamentsmehrheit wird nachher der AK-Mehrheit folgen: Wenn wir einmal wirklich in diese Situation hineinkommen, dann müssten wir uns doch bewusst sein, dass man die Regeln vom öffentlichen Arbeitsrecht irgendwie trotzdem sinngemäss mitberücksichtigt, das heisst also, einer Person, die wir nicht mehr wählen wollen, genügend Chancen geben.

Gut, das wären meine Ausführungen gewesen zu diesen verschiedenen Anträgen. Bei was ich jetzt nicht ganz nachgekommen bin, das ist das Votum von Dani Oswald, Also einen Antrag von uns zu diesem Teil habe ich jetzt noch nicht gesehen. Aber vielleicht kann er mir noch sagen, welchen Antrag ich noch stellen soll.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Er wird sich sicher melden, falls er da noch irgendwelche Aufträge hat. Ich würde jetzt aber weitermachen in der Redner/-innenliste. Als nächster das Wort hat Roli Kappeler (SP).

R. Kappeler (SP): Danke vielmals, geschätzte Präsidentin, Damen und Herren Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Auch die SP schliesst sich dem Dank an, einem riesigen Dank, der an die Parlamentsleitung geht, die da sensationelle Arbeit geleistet hat, insbesondere Marc Bernhard, und dem Dank an den Kommissionspräsidenten und Referenten. Felix hat das auch tiptopp geleitet und vorgestellt. Mit einer ganz kleinen Ausnahme - und damit komme ich zu den materiellen Punkten. Artikel 10, die neuen Kommissionen. Wir schliessen uns da dem AK-Antrag an. Und Urs Hofer hat begründet, warum die FDP dort noch eine etwas andere Zusammensetzung vorgeschlagen hat als im ersten Entwurf. Damit sind wir hundertprozentig einverstanden. Ich will aber festhalten: Felix Helg hat in seinem Referat gesagt, die Stadtbaukommission hat nur das Baudepartement. Das ist aus 2 Gründen nicht richtig. Erstens steht die genaue Produktgruppenzuteilung weder in der neuen Organisationsverordnung noch haben wir diese abschliessend diskutiert. Und zweitens steht in der allerersten Synopse mit altem Recht/neuem Recht unter Bemerkungen (damals bei der Kommission Stadtbau): Bau und Stadtgrün. Ich möchte das einfach festhalten, dass wir bis jetzt immer davon ausgegangen sind, dass Stadtgrün auch in dieser Kommission ist. Aber wie gesagt, ich bin offen, dass wir die produktgenaue Zuteilung heute nicht beschliessen und hier vielleicht auch noch ein bisschen Erfahrungen sammeln müssen.

Sonst, wie gesagt, schliessen wir uns in Artikel 10 der AK an und sind froh und danken auch den anderen Fraktionen für das Entgegenkommen für die zusätzliche Kommission, die wir einerseits aus Sicht Arbeitsbelastung richtig finden und wir andererseits tatsächlich als grosse Fraktion interessiert sind, mehr Leute - nicht einfach zu beschäftigen - sondern wirklich in die Kommissionsarbeit einbinden zu können. Es gibt ganz viele Parlamente, die ausdrücklich so viele Kommissionen und Kommissionssitze festhalten, dass jeder Parlamentarier, jede Parlamentarierin beschäftigt ist in einer Kommission - und wir sind nahe daran mit diesem Vorschlag.

Zu Artikel 4 Vorprüfung muss ich nicht viel sagen. Christian Griesser hat es deutlich gesagt: Es ist eine Kann-Formulierung und damit widerspreche ich Urs Hofer, der sagt, wir machen aus einem fiktiven Problem ein reales. Es ist eine Vorschrift, die sehr zurückhaltend angewendet werden soll. Franziska Kramer hat es schon gesagt, wahrscheinlich wäre es noch schlauer gewesen, sie noch etwas zu entpolitisieren und dem Parlamentsschreiber zu übergeben. Aber vielleicht machen wir das dann in der nächsten Revision. Wir unterstützen den AK-Vorschlag.

Artikel 3 Wahl und Wiederwahl des Parlamentsschreibers: Da schliessen wir uns auch dem AK-Antrag an, da sage ich inhaltlich nicht mehr dazu.

Und dann sind wir beim Artikel 14. Ich weiss auch nicht, was Dani Oswald da mit versteckter Agenda und weiss nicht was für Vorstössen von linker Seite gemeint hat, die über das Wochenende oder so gelaufen sein sollen. Von uns aus ist auch nichts Neues dort gekommen. Er ist der, der plötzlich gesagt hat, ja, wir wollen wieder Fraktionsgrösse diskutieren, obwohl das eigentlich nach der ersten Diskussion in der Kommission vom Tisch gewesen ist. Aber selbstverständlich darf man das hier drinnen wieder stellen.

Dass man das jetzt an diesem Artikel 14 aufhängt und mit einer lächerlichen Drohung, wenn man dem zustimmt, stellen wir dann keinen Antrag zum Artikel 16, verknüpft, leuchtet mir überhaupt nicht ein. Alle Begründungen, die ich jetzt gehört habe zum GLP-Antrag von Artikel 14, man solle generell 2 Leute zulassen, haben mich nicht überzeugt. Alle diese Leute haben die Literatur zur Rechtsgleichheit von Artikel 8 Bundesverfassung wohl nicht richtig gelesen. Dort heisst es ausdrücklich: Gleiches muss gleich behandelt werden. Ungleiches darf aber ungleich behandelt werden. Und es geht nicht, GLP, um eine unterschiedliche Behandlung von klein oder gross, sondern so wie es die Parlamentsleitung vorgeschlagen hat, gibt es ei-

nen Ausnahmeartikel: Wenn eine Fraktion die Mindestgrösse von 4 erfüllt, aber die Kommissionsgrösse von 5 gilt, dann hat sie die Ausnahme. Das ist eine ganz klipp und klar begründete Ausnahme. Und wir finden nach wie vor, das ist die vernünftige Lösung. Ich habe dann in dieser unsäglichen Mail-Diskussion eine halbe Stunde vor Redaktionsschluss unseren Eventualantrag eingereicht, dass man sagt, wenn schon eine generelle Ausnahme, soll das a) nur aus wichtigen Gründen sein und b) soll das Parlament diese bewilligen. Ich finde das aber ehrlich gesagt die schlechtere Lösung. Die beste Lösung ist tatsächlich die, welche die Parlamentsleitung vorgeschlagen hat und die jetzt Kommissionsantrag ist. Und wir werden ganz klar für diese stimmen. Auch wenn wir, so wie es jetzt tönt, unterliegen werden. Ich sehe das Gezeter, das Geschrei um Rechtsgleichheit oder Ungleichheit überhaupt nicht. Aber das wird, glaube ich, die einzige etwas emotionalere Abstimmung sein. Danke.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Noch eine kurze Rückfrage betreffend dem Eventualantrag zum Artikel 14 Absatz 5. Eventualantrag zu was?

R. Kappeler (SP): Ich habe geschrieben, Alternativ-Antrag zum GLP-Antrag. Das Abstimmungsverfahren liegt in Eurer Hand. Wir werden in erster Priorität dem AK-Antrag zustimmen, aber um den für mich schlecht formulierten GLP-Antrag allenfalls vorher schon zu kontern, haben wir diesen noch gestellt.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Danke. Dann hat das Wort Iris Kuster (Die Mitte/EDU).

I. Kuster (die Mitte): Guten Abend miteinander. Auch ich kann mich dem Dank meiner Vorredner und Vorrednerinnen anschliessen, dem Dank an die Parlamentsleitung und an Felix für die aufwändige Arbeit. Ich beginne mit unserer Bemerkung zu den Kommissionen. Die Organisationsverordnung ist für die Arbeit von uns als Stadtparlament ein wichtiges Grundsatzpapier. Leider musste das Geschäft durch die Kommissionsberatung gepeitscht werden, so dass für eine eingehende und fundierte Diskussion, wie viele und welche Sachkommission es braucht, zu wenig Zeit zur Verfügung stand. Die Mitte/EDU-Fraktion hat sich für den bewährten Status Quo mit der Aufsichtskommission und 3 Sachkommissionen eingesetzt. Die Argumente für eine zusätzliche Kommission haben uns nicht wirklich überzeugt und haben bei uns den Eindruck hinterlassen, es geht mehr um parteipolitisch motivierte Personalpolitik als um einen effizienten Ratsbetrieb.

Wir können uns aber diesen 4 Kommissionen anschliessen und damit leben. Aber wenn schon die Schaffung der neuen Kommission Betriebe und Umwelt befürwortet wird, verlangen wir auch, dass die Kommission richtig aufgestellt werden muss. Die Kommission Betriebe und Umwelt soll nach unserem Verständnis nicht nur für die Betriebe vom Departement Technische Betriebe zuständig sein, sondern auch für diejenigen Betriebe, die heute in die Zuständigkeit vom Departement Bau gehören. Ich denke da insbesondere an die KVA oder die Beteiligung an der Kompogas AG. Und wir haben ja bei der Produktgruppenverteilung Zeit und sicher Diskussionen um das noch zu präzisieren, wie es Roli vorher ausgeführt hat. Wenn man die Bildung der neuen Kommission Betriebe und Umwelt konsequent weiterdenkt, bräuchte es eventuell auch auf Stufe Stadtrat organisatorische Anpassungen. Das Thema Umwelt macht angesichts der verfügbaren Handlungsspielräume bei der Stadt, beim Departement Technische Betriebe oder dem Bau oder als einer Querschnittsaufgabe beim Präsidialdepartement deutlich mehr Sinn als die heutige Lösung Sicherheit und Umwelt. 2 Bereiche, die aus unserer Sicht wenige Synergien haben.

Zuletzt noch ein Hinweis: Sollte einmal eine kleine Fraktion Mühe haben, in allen Kommissionen vertreten zu sein, dann danken wir schon jetzt für das Verständnis, wenn dann Anträge halt statt in der Kommission allenfalls erst bei der Diskussion im Parlament gestellt werden können.

Ja, dann kann ich vielleicht gleich zur Fraktionsgrösse gehen, Artikel 16. Da hat es uns auch sehr befremdet, wie Roli, dass der Eventualantrag mit dem Ausgang vom Artikel 14 verbunden wird, denn das ist nicht unser Demokratieverständnis und macht es auch schwierig, die Beurteilung von Artikel 14 offen anzugehen. Die Fraktionsgrösse von 4 Mitgliedern bei 60 Parlamentsmitgliedern hat sich in Winterthur bewährt. Mit der neuen Gemeindeordnung ist die Anzahl der Parlamentsmitglieder nicht erhöht worden, weshalb es auch keine Gründe gibt, die Fraktionsgrösse zu ändern. Und die Bevölkerung steht hinter dem Modell. Denn als ich nämlich im Gemeinderat angefangen habe – eine andere historische Begebenheit – gab es noch die BÜK, die Einbürgerungskommission. Es hat also schon damals 5 Kommissionen gegeben und die Fraktionsgrösse war 4. Die Fraktionsgrösse soll sich nicht an der Anzahl der Kommissionen orientieren, sondern an der Vertretung der verschiedenen Parteien. Auch kleine Parteien sollen entsprechendes Gehör finden und Fraktionsgrösse erreichen können. Weil wir für gelebte Demokratie sind, lehnen wir den Eventualantrag der SVP ab. Danken aber allen anderen Vorrednern, die bereit sind, die bisherige Regelung zu unterstützen. Artikel 4 Abs. 1 Litera j, da sind schon viele Argumente angebracht worden. Wir finden auch, der Handlungs- und Interpretationsspielraum ist zu offen. Es ist uns aber auch klar, dass eine Überprüfung von allen Vorstössen zu aufwändig und nicht zielführend wäre. Darum befürworten wir die Streichung von diesem Artikel.

Artikel 14, da ist auch schon viel gesagt worden. Wir verstehen den Antrag auch nicht, denn wenn nämlich wirklich die Absicht ist, mehr Mitglieder einzubinden in der Fraktion, dann gilt es ja deshalb, möglichst wenige Doppelbesetzungen zu haben. Und an die SVP: Wenn Ihr jetzt schon Angst habt, nicht genügend Mitglieder für alle Kommissionen zu finden... Aber Ihr wart ja für 3 Kommissionen gewesen. Ich ziehe den Satz zurück. Also: Den SP-Antrag würden wir nicht unterstützen und wir bleiben beim Antrag der Ratsleitung.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Dann hat nochmals das Wort Daniel Oswald (SVP).

D. Oswald (SVP): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich bin absolut bei der EVP mit der Fraktionsgrösse, dass das Verhältnis zu den anderen Parlamenten ja durchaus dafür spricht, dass man mit 4 Mitgliedern eine Fraktion bilden kann. Das ist ja auch von uns grundsätzlich nicht bestritten.

Die Diskussion wegen dieser Fraktionsgrösse ist dann aufgekommen, als man sich über die Anzahl Kommissionen und die Kommissionsmitglieder und auch den Anspruch, wie Einsitz nehmen beugte, so dass jede Fraktion wirklich auch in jeder Kommission vertreten sein kann. Ich habe das nicht nachgeprüft, aber ich bin der Meinung, dort hat es noch einen kleinen Unterschied zu den Zeiten, als wir eine BÜK hatten, als wir 5 Kommissionen hatten und auch eine 4-er Fraktionsgrösse. Der Ansatz, dass jetzt mit dem neuen Organisationsstatut eben auch für die kleinen Fraktionen ein grösserer Anspruch besteht, in jeder Kommission zu sein, ist eben höher. Und deshalb haben wir an der letzten AK-Sitzung auf diese Inkonsistenz hingewiesen mit der Anzahl Kommissionen und mit den Fraktionsgrössen. Und das konnten wir erst dann machen, als wir wussten, wie es mit den Kommissionen herauskommt. Wenn das Euch jetzt emotional vorgekommen ist, dann erstaunt mich das oder tut mir leid. Für mich ist das völlig emotionslos, es ist eine rein mathematische Situation und das können wir ganz beruhigt angehen. Und ich habe das heute eingangs auch gesagt: Der GLP-Antrag zu Artikel 14 Absatz 5 schafft Klarheit. Selbst die Diskussion hier drinnen ist jetzt auch wieder... Jeder setzt die Grenze ein bisschen an einem anderen Ort, was denn gleich ist und was nicht gleich ist. Und insofern, da wir ja noch Mailverkehr hatten, wenn gerade Ihr als SP, die Ihr dann den Antrag noch gestellt habt, dass man so etwas kann und Ausnahmen bewilligen soll, die nicht definiert sind... Wenn Ihr vom Grundsätzlichen so überzeugt wärt, hättet Ihr ja nicht den Eventualantrag stellen müssen. Das ist genau das, was mich misstrauisch macht.

Wir sind auch froh, wenn wir die minimale Fraktionsgrösse bei 4 bleiben lassen können. Und wir haben es auch schon gesagt, es ist nicht das Ziel von uns, dass wir die gleichen Mitglie-

der in 2 Kommissionen schicken. Ihr könnt dem vertrauen. Aber es ist ganz klar, jedes Parlamentsmitglied soll die gleichen Möglichkeiten haben. Und wenn wir dem GLP-Antrag von Artikel 14 Absatz 5 nicht zustimmen, hat einfach nicht jedes Parlamentsmitglied die gleichen Möglichkeiten und die gleichen Rechte. Da staune ich über Eure Interpretationen. Ich freue mich, wenn der GLP-Antrag durchkommt und alles Restliche dann erledigt ist.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Das Wort hat Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Ja, doch nochmals kurz zu diesem GLP-Antrag, ich meine von der Gewichtung. Das grosse Entgegenkommen ist nicht, dass die Kleinen Doppelmandate haben können. Das grosse Entgegenkommen ist, dass die kleinen Fraktionen in jeder Kommission sein können. Das ist das Entgegenkommen, das wirklich – und das sieht man dann auch bei der Sitzverteilung – sehr, sehr gross ist.

Die logische Folge ist, dass wenn man nur 4 Mitglieder hat und es gibt 5 Kommissionen, ein Doppelmandat haben muss. Das ist nicht mehr das Entgegenkommen, das ist die Konsequenz. Und wenn man schon verordnen muss, als logische Folge, dann will ich – wenn es aus irgendeinem Grund, z.B. wir stellen den Ratspräsidenten, oder jemand fällt sonst irgendwie aus, ein Problem gibt, – das genau gleich lösen können wie die Kleinen und mir nicht irgendwelche Gründe entgegenhalten lassen. Und ich sehe auch das Problem nicht. Es hat ja niemand ein Interesse an einem Doppelmandat, das er sachlogisch nicht ausüben kann. Es ist auch klar, dass sich keine Kommission nach einem einzelnen Mitglied richten wird, wann sie tagt und wann sie nicht tagt. Das ist ein organisatorisches Problem, deshalb machen wir das nicht. Aber ich will keine Sonderrechte. Ganz einfach.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut. Weitere Wortmeldungen sind mir jetzt nicht bekannt. Stadtpräsident Michael Künzle, wünschst Du das Wort zu diesen Punkten?

Stadtpräsident M. Künzle: Ja sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Dann nutze ich halt die Gelegenheit, jetzt zu danken, dass wir überhaupt angehört worden sind. Ich meine, es ist eine Organisationsverordnung vom Parlament und wir haben doch die Möglichkeit gehabt, an den Kommissionssitzungen teilzunehmen und wir haben das auch wahrgenommen. Wir haben auch Anträge gestellt. Die Anträge sind nur in einem kleinen Teil von der Kommission übernommen worden. Es waren Themen wie Kompetenzen, natürlich, wie immer bei solchen Geschäften, und dann noch Fristen. Und zu den Fristen werde ich dann nachher noch etwas sagen.

Was ich eingebracht habe bei der Anzahl Kommissionen und wie viele Mitglieder: Dass man einfach auch daran denkt, am Schluss sind wir Stadträtinnen und Stadträte auch am Montagabend unterwegs. Und je mehr Kommissionen es gibt, desto schwieriger wird die Koordination mit diesen einzelnen Kommissionen. Auch bei den Doppelmandaten sieht es gleich aus, je mehr Leute in mehreren Kommissionen sind, desto schwieriger wird die Koordination. Und ich glaube, es sollte nicht sein, dass man dann über die nicht so gute Koordination, wenn man das nicht hinbringen würde, quasi Leute aus einer Kommission dann faktisch ausschliesst.

Das ist das gewesen, was ich eingebracht habe, aber die Diskussionen sind in der Kommission gelaufen. Wir werden heute Abend keine Anträge mehr stellen. Wir werden uns aber auch nicht den Kommissionsanträgen anschliessen. Bei den Fristen werde ich mich nochmals melden, danke.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Ich möchte von Seiten der Parlamentsleitung noch kurz zu ein paar Punkten Stellung nehmen, bei denen es aber mehr um die Überlegung der Parlamentsleitung geht.

Das eine betrifft Artikel 3 Absatz 4 Wiederwahl vom Parlamentsschreiber. Vieles hat da vor allem auch schon Christian Griesser gesagt. Aus Sicht der Parlamentsleitung entspricht das nicht dem Meccano, wenn man den Parlamentsschreiber oder Parlamentsschreiberin alle 4

Jahre wählen muss, das ist ja eine ordentlich angestellte Person anhand des Personalstatuts. Ich glaube, die Schwierigkeit ist, sollte man einmal eine Parlamentsschreiberin oder einen Parlamentsschreiber haben, den man entlassen möchte, diese Schwierigkeit stellt sich bei allen anderen Behörden auch ein Stück weit, die dem Parlament unterstellt sind. Es ist dort nicht ganz so einfach wie in anderen Anstellungsverhältnissen, jetzt rein vom Ablauf her. Aber, wie Christian Griesser das auch schon gesagt hat, da gilt das Personalstatut und da muss man auch die rechtlichen Punkte, die dort drin festgehalten sind, einhalten. Deshalb schliesst sich die Parlamentsleitung dem AK-Antrag nicht an.

Noch zu den Kommissionen vielleicht noch 2 oder 3 Punkte: Also das eine ist jetzt ab und zu auch wieder genannt worden, dass die Parlamentsleitung gesagt hätte, die BBK sei überlastet. Die Parlamentsleitung hat nie gesagt, die BBK ist überlastet, da hätte sie tatsächlich zuerst die BBK anhören müssen. Die Parlamentsleitung hat aber gesehen, dass die Arbeitsbelastung sehr unterschiedlich ist. Und es ist auch schon gesagt worden: Es gibt mehr als 1/3 der Parlamentsmitglieder, die im Moment in keiner Kommission sind. Gleichzeitig sind andere Kommissionen sehr gut ausgelastet. Da hat die Parlamentsleitung die Haltung, dass es sinnvoll ist, dass die Parlamentsmitglieder auch eingebunden sind im Parlamentsbetrieb, dazu gehört auch die Arbeit in Kommissionen. Und wenn die Arbeit so ungleich verteilt ist, macht es jetzt im Zug von dieser Revision doch Sinn, das zu überdenken und das dann auch anzupassen.

Jetzt zu der genauen Verteilung, was gehört jetzt dann zu welcher von diesen 2 neu gebildeten Kommissionen, da ist die Parlamentsleitung tatsächlich auch davon ausgegangen, dass in der Städtebaukommission Stadtgrün drin sein wird, und zwar einfach auch, weil die sehr viel mit dem Bau auch zusammenarbeiten müssen. Aber die ganz genaue Aushandlung, was jetzt wo hineingehört, muss vielleicht tatsächlich in gewissen Punkten auch noch einmal stattfinden.

Zur Fraktionszusammensetzung: Die Parlamentsleitung hat sich klar dagegen ausgesprochen, dass die Fraktionsgrösse erhöht werden soll. Auch, es ist jetzt schon mehrfach gesagt worden, weil auch in vergleichbaren Parlamenten die Fraktionsgrössen ähnlich sind beziehungsweise in grösseren Parlamenten diese nicht viel grösser sind. An dem wollten wir nicht rütteln. Wir sehen einfach auch die Gefahr, dass wenn man das jetzt aufmacht oder dass wenn jetzt sehr viele Leute ein Doppelmandat haben sollten, dass man dann zunehmend die Schwierigkeit hat von der Organisation, weil doch noch das Meiste am Montag stattfinden sollte. Das war eigentlich der Wunsch, den ich jetzt überall auch immer wieder gehört habe. Aber für die kleinen Fraktionen sehen wir es auch als sehr sinnvoll an, dass sie, soweit es möglich ist, in allen Kommissionen eingebunden sind, auch damit man dort eine saubere, vorbereitende Arbeit hat. Deshalb haben wir unseren Vorschlag so gebracht, wie er vorliegt. Und vielleicht noch zu den Vorprüfungen. Ich kann jetzt nur aus meiner Sicht sprechen, mich wird es dann nicht mehr betreffen als Ratspräsidentin oder Parlamentspräsidentin. Die Idee dahinter ist nicht, dass man plötzlich anfängt, alle Vorstösse zu kontrollieren, aber dass man die Möglichkeit hat, falls es einmal sinnvoll sein sollte, einen Vorstoss zu prüfen. Ich gehe aber davon aus oder wir sehen das auch so, dass es die Ausnahme bleiben sollte, dass man das wirklich nur in Ausnahmefälle machen sollte. Und ich kann allen auch garantieren: Man hat in der Parlamentsleitung sonst schon genug zu tun. Ich glaube nicht, dass man sich jetzt wirklich noch extra zusätzliche Arbeit mit einer Vorprüfung von allen Vorstössen machen möchte.

Das noch von Seiten von der Parlamentsleitung.

Jetzt würde ich noch die umstrittenen Anträge bereinigen und dann weitergehen.

Im Artikel 1 hat es keine zusätzlichen Anträge mehr, die nicht schon bereinigt worden sind, im Artikel 2 ebenso. Artikel 3 Absatz 1. 2 und 3 sind nur formale Anträge, über diese haben wir ja schon in globo abgestimmt und angenommen. Dann kämen wir zum Absatz 4, wo es eben um die Wahl/Wiederwahl der Parlamentsschreiberin oder des Parlamentsschreibers geht.

Wer dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, dass es einen zusätzlichen Absatz 4 gibt und dass die Parlamentsschreiberin oder der Parlamentsschreiber alle 4 Jahre wiedergewählt werden sollte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnen möchte?

Gut, dann ist der Kommissionsantrag mit einer klaren Mehrheit angenommen worden.

Im Artikel 4 Absatz 1 Litera f, darüber haben wir schon abgestimmt. Wir kommen zum Absatz 1 Litera j. Da geht es noch um den SVP-Antrag zur Streichung desselben.

Wer der Kommission weiterhin folgen möchte und Litera j beibehalten möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer Litera j streichen und der SVP folgen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Jetzt - wer enthält sich da? Ich glaube, wir müssen die Abstimmung wiederholen, ich habe es vielleicht ein bisschen kompliziert gesagt. Ich ändere es nochmals.

Also, wer dem SVP-Antrag zustimmen möchte, dass Litera j gestrichen wird, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer den SVP-Antrag ablehnen möchte, der soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gut, dann ist der SVP-Antrag abgelehnt worden, Litera j wird beibehalten.

Dann gehen wir weiter. Artikel 5 gibt es keine weiteren Anträge mehr. Artikel 6 gibt es keine weiteren Anträge mehr. Artikel 7, 8 und 9 gibt es keine weiteren Anträge mehr. Wir kommen zum Artikel 10 Absatz 1 Litera a.

Wer sich dem Kommissionsantrag anschliessen möchte, dem sich übrigens auch die Ratsleitung anschliesst, und die neue Kommission zusätzlich bilden möchte, soll dem jetzt mit Handerheben zustimmen.

Wer die Bildung der zusätzlichen Kommission ablehnt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Gut, dem ist mit einer sehr deutlichen Mehrheit zugestimmt worden.

Artikel 11 gibt es keine zusätzlichen Anträge mehr. Artikel 12 gibt es keine zusätzlichen Anträge mehr. Artikel 13 Absatz 1:

Wer da dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer den ablehnen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Enthaltungen?

Auch dem ist deutlich zugestimmt worden.

Die anderen Anträge in Artikel 13, da haben wir schon darüber abgestimmt. Dann kommen wir zum Artikel 14 Absatz 2.

Wer da dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Enthaltungen?

Dann ist auch diesem Antrag der AK mit grosser Mehrheit bei gewissen Enthaltungen zugestimmt worden.

Dann kommen wir zu Artikel 14 Absatz 5. Da liegt der Antrag der Parlamentsleitung vor, dass ein Parlamentsmitglied nur einer Kommission angehören kann, mit der Ausnahme der kleinsten Fraktionen. Dann gibt es den GLP-Antrag, der das grundsätzlich allen Mitgliedern offen behalten möchte. Und den SP-Antrag mit dieser Ausnahmeregelung aus wichtigen Gründen. Wir werden jetzt dem Abstimmungsverfahren, das ja im Moment gilt, folgen und zuerst die 3 Anträge sich gegenüberstellen. Das heisst, Ihr habt jetzt alle für einen von diesen 3 Anträgen eine Stimme. Man darf nicht doppelt abstimmen. Und es wird ausgezählt. Also, es gibt den Antrag der Parlamentsleitung, den Antrag der GLP und den Antrag der SP.

Wer dem Antrag der Parlamentsleitung die Stimme geben möchte und dem zustimmt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer dem GLP-Antrag zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer dem SP-Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Gut, das sind glaube ich ohne auszählen, Null.

Also, es hat jetzt 23 Stimmen für den Antrag der Parlamentsleitung gegeben und 30 Stimmen für den Antrag der GLP.

Jetzt müssen wir pro Forma nochmals abstimmen.

Also, wer dem Antrag der Parlamentsleitung zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dem Antrag der GLP zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. In dem Fall ist das genau gleich und der GLP-Antrag ist mit 30 zu 23 Stimmen angenommen worden. Das heisst, dass die SVP den Eventualantrag zurückzieht für den Artikel 16. Gut, dann hätten wir im Artikel 15 und im Artikel 16, 17, 18 keine weiteren Anträge mehr. Im Artikel 19, da vorher die Abstimmung klar ausgefallen ist bezüglich der Wiederwahl, würde sich die Parlamentsleitung da jetzt auch den AK-Anträgen anschliessen. Das würde ja sonst keinen Sinn mehr machen und wir müssen einzig noch über den Antrag der Parlamentsleitung zur Formulierung im Absatz 8 abstimmen. Da wird noch das Wort von "Kommission" zum "Parlamentsorgan" gewechselt.

Gibt es da Gegenstimmen zu diesem Antrag? Das ist ja vor allem ein formeller Antrag. Dann ist dieser Antrag genehmigt.

Im Artikel 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27 gibt es keine weiteren Anträge, über die wir nicht schon abgestimmt haben.

Wir kommen jetzt zum dritten Teil. Ich glaube, mit dem sind wir sicher schneller durch. Das betrifft jetzt Artikel 28 bis 38, Rechte und Pflichten der Parlamentsmitglieder. Da hat das Wort wieder der Kommissionsreferent Felix Helg.

F. Helg (AK): Jawohl, zu dem Teil der Organisationsverordnung gab es seitens der AK keine inhaltlichen Änderungen. So ist die bisherige Regelung zur Offenlegung von Interessenbindungen übernommen worden (Artikel 35). Bei der Ausstandsregelung, Artikel 36, hat die Parlamentsleitung ihren Vorschlag noch präzisiert, dass Parlamentsglieder, die vom Parlament als Delegierte in eine Organisation gewählt worden sind, nicht in den Ausstand zu treten haben, wenn Geschäfte mit Bezug zu dieser Organisation behandelt werden. Das gilt zum Beispiel für Parlamentsmitglieder, die in den Vorstand von "House of Winterthur" abgeordnet sind. Das ist dort im Absatz 2 von Artikel 36 verankert. Auch mit der Thematik Kommissionsgeheimnis, Amtsgeheimnis und Schweigepflicht hat sich die AK befasst. Letztlich hat sie der von der Parlamentsleitung vorgeschlagenen Regelung zugestimmt (Artikel 37), die sich an einer entsprechenden Bestimmung von der kantonalen Mustervorlage orientiert.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Da liegen mir jetzt auch keine Anträge mehr vor. Gibt es jemanden, der zu diesen Artikeln 28 bis 38 das Wort wünscht? Das scheint nicht der Fall. Auch die Parlamentsleitung hat da keine weiteren Anmerkungen und es gibt von Artikel 28 bis 38 keine zusätzlichen Anträge. Alles, was da drin ist, ist formell und ist schon hier in globo abgenommen worden. Das heisst, wir könnten weitergehen, zumindest noch anfangen vor der Pause, mit dem vierten Teil, das ist Artikel 39 bis 72 und betrifft die Sitzungen vom Parlament.

F. Helg (AK): Zuerst Artikel 39 Absatz 2 und 3: Die Öffentlichkeit von Parlamentssitzungen hat aus Transparenzgründen einen hohen Stellenwert. Deshalb sollte im Regelfall über einen Ausschluss der Öffentlichkeit nicht die Parlamentsleitung, so war es der Antrag, entscheiden, sondern das gesamte Parlament. Dieses hat dann die Interessensabwägung nach dem kantonalen Gesetz über die Information und den Datenschutz (IDG) vorzunehmen. Ausnahmsweise kann aber auch die Parlamentsleitung die Öffentlichkeit ausschliessen, wenn ausserordentliche Umstände, wie zum Beispiel ein aktuelles Sicherheitsrisiko, das erfordern würde. Ich gebe das Wort schnell an die Präsidentin.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Da schliesst sich die Parlamentsleitung dem Kommissionsantrag an. Gibt es einen Gegenantrag? Ansonsten sind diese Anträge angenommen.

F. Helg (AK): Artikel 43 Absatz 2 und 4. Also 4 ist neu. Beim Recht auf Einberufung einer Sitzung und die Traktandierung eines Geschäfts gibt es jetzt neu eine differenzierte Regelung. Das Quorum zur Einberufung einer eigenen Sitzung ist erhöht. Es beträgt neu 1/3 der Parlamentsmitglieder, das sind also 20, statt wie bisher 10.

Dagegen können nach wie vor 10 Mitglieder die Traktandierung eines Geschäfts an einer bereits vorgesehenen Sitzung verlangen. Ein solches Traktandierungsbegehren ist aber zeitlich so einzureichen, dass eine Traktandierung auch auf ordentlichem Weg noch möglich ist.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Mit dieser Präzisierung, die Felix Helg jetzt gerade gemacht hat, schliesst sich die Parlamentsleitung dem Antrag an. Gibt es da einen Gegenantrag? Ansonsten ist auch das einstimmig angenommen.

F. Helg (AK): Artikel 45 Absatz 2 und gleichzeitig dann Artikel 54 Absatz 1, das gehört zusammen. Die Zustellung der Traktandenliste für die Parlamentssitzungen soll – dringliche Fälle vorbehalten – 10 Tage vor der Sitzung erfolgen. Also nicht nur 5 Tage vor der Sitzung, wie von der Parlamentsleitung vorgesehen. Damit wird die jetzige Praxis mit der Publikation der Traktandenliste im Parlamentsversand am zweiten Freitag vor der Parlamentssitzung festgeschrieben.

Der Versand der Traktandenliste für die Kommissionssitzungen soll dagegen, unverändert gegenüber dem Vorschlag der Parlamentsleitung, 5 Tage vor der Kommissionssitzung vorgenommen werden, damit bei einem wöchentlichen Sitzungsrhythmus der Beratungsstand von einer Sitzung in die Traktandierung von der Folgesitzung die Woche darauf einfließen kann.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Bei Artikel 45 Absatz 2 schliesst sich die Ratsleitung dem Kommissionsantrag an. Bei Artikel 54 gibt es ja ausser der Formulierung keinen Kommissionsantrag. Gibt es einen Gegenantrag? Dann ist auch dieser angenommen.

F. Helg (AK): Artikel 49 Absatz 2. Hinsichtlich von Bild- und Tonaufnahmen von Parlaments-sitzungen wollte die Parlamentsleitung keine eigentliche Regelung mehr in der Organisationsverordnung. Damit wären solche Aufnahmen sowohl seitens von Parlamentsmitgliedern als auch seitens vom Publikum frei gewesen.

In der AK war man aber der Meinung, dass weiterhin bekannt sein soll, wer Bild- und Tonaufnahmen herstellt. Deshalb hat man sich dafür entschieden, die Übernahme von der aktuellen Regelung zu übernehmen und nach dieser müssen solche Aufnahmen vorgängig der Parlamentsleitung gemeldet werden.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dem schliesst sich die Parlamentsleitung nicht an, weil das aus Sicht der Parlamentsleitung nicht mehr zeitgemäss und auch nicht wirklich zu kontrollieren ist. Da würde ich dann nachher darüber abstimmen, am Schluss.

F. Helg (AK): Artikel 52 Absatz 4 und 5, sowie 58 Absatz 4 und 5: Momentan sind detaillierte Regelungen zur Entschädigung der Protokollführung sowohl im Parlament als in den Kommissionen in der Geschäftsordnung verankert.

Die AK erachtet das nicht stufengerecht und als Fremdkörper in einem Organisationserlass. Durch die Streichung dieser einschlägigen Bestimmungen gibt es aber kein Regelungsvakuum, weil der Parlamentsschreiber sich künftig um die Entschädigung kümmert und betragsmässig keine Änderungen im Entschädigungskonzept geplant sind.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Diesen Anträgen schliesst sich die Parlamentsleitung an. Gibt es da noch einen Gegenantrag? Ansonsten sind die 4 Anträge genehmigt.

F. Helg (AK): Artikel 54a, der käme jetzt neu noch dazu. Neu sollen die Kommissionsberatungen strukturierter ablaufen und es soll mehr zeitlichen Spielraum für die Fraktionen geben, sich mit dem Ergebnis der Kommissionsberatung auseinandersetzen zu können. Die AK schlägt darum vor, dass die Sachgeschäfte im Regelfall in 2 Lesungen zu beraten sind. Ausnahmsweise kann die Kommission auf den Antrag von einem Kommissions- oder Stadtratsmitglied beschliessen, es bei einer einzigen Lesung bewenden zu lassen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dem schliesst sich die Parlamentsleitung an. Gibt es da einen Gegenantrag? Ansonsten ist auch dieser Antrag der Kommission angenommen.

F. Helg (AK): Dann noch eine Bemerkung zu Protokoll zu Artikel 55 Absatz 1 und 2: Es gibt da nicht direkt eine Änderung, aber es ist doch von gewisser Wichtigkeit. Der Stadtrat und die von ihm beigezogenen Mitarbeitenden der Verwaltung haben das Recht, die eigenen Geschäfte in den Kommissionen zu vertreten. Die AK hat den Antrag der Parlamentsleitung unverändert übernommen. Hinzuweisen ist an dieser Stelle, dass entsprechend dem Wortlaut von Absatz 1 kein Recht vom Stadtrat auf die Teilnahme an sämtlichen Kommissionssitzung einhergeht. So ist es einer Kommission durchaus erlaubt, einmal zu einem Thema, losgelöst von einem konkreten Stadtratsgeschäft, sich selbstständig unterrichten zu lassen. Dann wäre Artikel 62 Absatz 1 Litera a, auf der nächsten Seite der Präsentation. Die AK schlägt ein neues Instrument vor, eine Kommissionserklärung im Parlamentsplenum. Das Mittel ist in der Mustervorlage vom Kanton enthalten und es spricht vieles dafür, das auch in Winterthur aufzunehmen. Für eine Kommissionserklärung braucht es eine einfache Mehrheit in der Kommission, damit sie beschlossen ist. Die Anwendungsfälle dafür dürften beschränkt sein, weil es sich jeweils um wichtige Punkte aus einem Kommissionsbereich handeln muss und die Aussage mehrheitsfähig sein muss. Zu denken ist etwa, wenn man da etwas zurückschaut, vielleicht auch die Abstimmungsspannen, die in der Vergangenheit vorgekommen sind. Bei dieser Beurteilung durch die AK damals hatten wir klar die Erwartung, dass da Verbesserungen nötig sind. Eine solche Aussage könnte man beispielsweise mit einer Kommissionserklärung im Plenum des Parlaments vorbringen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dem schliesst sich die Parlamentsleitung ebenfalls an. Gibt es da einen Gegenantrag? Ansonsten ist auch diese Änderung angenommen.

F. Helg (AK): Dann auch noch eine Bemerkung zu Protokoll zu Artikel 66: Da hat es auch keine Änderung gegeben, aber trotzdem doch noch einen Hinweis. Die AK folgt dem Vorschlag der Parlamentsleitung, die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner in der Organisationsverordnung zu bezeichnen. So wird die aktuelle Parlamentspraxis abgebildet. Am Ende der Beratung soll deshalb nach wie vor die Referentin oder der Referent der antragsstellenden Behörde, also in aller Regel ein Stadtratsmitglied, die Diskussion abschliessen können. Dann Artikel 68 Absatz 2 Litera b. Bei der nicht abschliessenden Aufzählung von möglichen Ordnungsanträgen soll nach dem Willen der AK präzisiert werden, dass ein Antrag auf Abbruch der Beratung zulässig ist und dabei, in Übereinstimmung mit Regelungen in anderen Geschäftsordnungen für Parlamente, diejenigen Wortmeldungen noch zu berücksichtigen sind, die bereits angemeldet sind.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dem schliesst sich die Parlamentsleitung an. Gibt es da einen Gegenantrag? Ansonsten ist er angenommen, der Kommissionsantrag.

F. Helg (AK): Also ich mache jetzt einfach weiter, bis die Ratspräsidentin mich dann abbricht.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Moment. Wahrscheinlich geht es jetzt noch einmal einen Moment mit der Redezeit?

F. Helg (AK): Jetzt kommt der Artikel 72. Also vielleicht mache ich genau bis zum nächsten, Artikel 72. Und dann kämen dann nachher die umstrittenen Anträge Redezeitbeschränkung und der Abstimmungsmodus. Gut, also vor der Pause noch Artikel 72. Einiges zu reden gegeben hat der Zeitpunkt, bis zu dem die antragstellende Behörde ihren Antrag zurückziehen kann. Mit anderen Worten handelt es sich darum, ab wann die Hoheit über einen Antrag ausschliesslich beim Parlament liegt. Unbestritten ist jedenfalls, dass mit Beginn der Beratung im Parlament ein Rückzug nicht mehr möglich ist. Davor wäre nach dem Vorschlag der Parlamentsleitung ein Rückzug zulässig gewesen, wenn das vorberatende

Parlamentsorgan den Rückzug genehmigt. Neu ist nach dem Antrag der AK ein Rückzug jedenfalls dann genehmigungspflichtig, wenn dieser nach Beginn der ersten Kommissionslesung geltend gemacht wird. Damit soll die antragstellende Behörde nach dem Vorliegen von Kommissionsmeinungen zu einem Geschäft nicht ohne weiteres ihr Geschäft zurückziehen dürfen, um ein missliebiges Ergebnis der Kommissionsberatungen abzuwenden.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dem schliesst sich die Parlamentsleitung ebenfalls an. Gibt es einen Gegenantrag? Dem ist nicht der Fall. In diesem Fall sind auch diese 2 Anträge der Kommission angenommen und ich schlage vor, wie das gerade abgemacht wurde, dass wir jetzt in die Nachtessenspause gehen. Die IFK hat jetzt gleich die Sitzung im Presse-Raum.

Alle anderen können hinüber ins L'arena gehen zum Essen. Ich wünsche "en Guete". Wir machen um 20 Uhr weiter.

Nachtessenspause.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut, wir würden weiterfahren. Ich begrüsse alle Anwesenden zur Abendsitzung, natürlich auch speziell alle, die jetzt neu dazugekommen sind. Wir sind mitten im Traktandum 2. Bevor wir da weiterfahren nochmals der Hinweis an alle, die noch nicht gewesen sind: Bitte noch die Vorstösse unterschreiben am Vorstosstisch bis um 22 Uhr. Dann würde ich das Wort gleich wieder Felix Helg übergeben. Wir sind ja noch in der Beratung von Artikel 39 bis 72, beziehungsweise in der Vorstellung. Felix Helg.

F. Helg (AK): Besten Dank. In dem Abschnitt, den wir da vor der Nachtessenspause behandelt haben, sind wir noch mitten drin, aber es geht jetzt tatsächlich dem Ende entgegen und es sind noch die beiden Artikel oder Artikelgruppen, die dann auch noch zu reden geben werden. Es geht jetzt um Artikel 69 und damit verbunden ja auch noch um weitere Artikel, nämlich die Redezeitbeschränkung.

In der AK war die Redezeitbeschränkung, wie sie die Parlamentsleitung - abgestuft je nach Funktion der Rednerin oder des Redners - beantragt hat, heftig umstritten. Nach der Mehrheitsauffassung in der AK haben sich in der Vergangenheit aber keine gravierenden Probleme mit langen Voten ergeben. Von Einzelfällen abgesehen, in denen meistens nachträglich eine gewisse parlamentarische soziale Kontrolle gewirkt hat, kann die Diskussionskultur im Winterthurer Parlament als gut bezeichnet werden. Änderungen drängen sich aus Sicht von der Mehrheit der AK deshalb nicht auf.

Die Streichung von der Redezeitbeschränkung in Artikel 69 hat auch Auswirkungen auf andere Bestimmungen. Im Gegenzug soll nämlich in Artikel 67 Absatz 4 der Grundsatz verankert werden, dass die Sprechenden gehalten sind, sich kurz zu fassen. Bei der Nennung von Ordnungsanträgen in Artikel 68 Absatz 2 Litera c entfällt folgerichtig ein Antrag auf Verlängerung oder Verkürzung der Redezeit, weil es diese eben dann nicht gibt. Weiter kann auch die Interventionsmöglichkeit von einem Ordnungsruf oder sogar von einem Wortentzug entfallen, wenn die Redezeit überschritten wird, weil es eben diese nicht gibt (Artikel 70 Absatz 1 Litera b).

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Die Parlamentsleitung schliesst sich da der Kommission nicht an, also bei all diesen Anträgen, die Redezeit betreffend. Wir werden nachher am Schluss darüber abstimmen.

F. Helg (AK): Der nächste noch umstrittene Punkt ist Artikel 75, dort die Absätze 3 bis 8. Das habe ich nicht ganz richtig geschrieben: 3 bis 8 statt 3 und 8. Moment, da bin ich zu weit gerutscht, das ist schon der nächste Abschnitt. Wir haben mit der Redezeitbeschränkung diesen Teil behandelt und ich glaube, jetzt könnte man mit der Antragsbereinigung anfangen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Genau, vielen Dank. Dann werden wir jetzt wieder weitermachen mit der Diskussion im Plenum. Und da bitte ich noch einmal alle Fraktionen, die einen Antrag stellen, auch wenn sie diesen schon einmal verschickt haben, dass sie diesen einfach nochmal stellen, so wie das bis jetzt auch der Fall gewesen ist. Bis jetzt hat sich noch niemand gemeldet. Christian Griesser.

Ch. Griesser (Grüne): Ja, geschätzte Anwesende, die Fraktion Grüne/AL stellt betreffend der Abstimmungsordnung den Antrag, ...

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Die Abstimmungsordnung kommt nachher, sorry. Gibt es weiteren Diskussionsbedarf zu diesen Punkten? Roland Kappeler?

R. Kappeler (SP): Guten Abend. Ich kann es kurz machen: Die SP stellt den gleichen Antrag, wie ihn offenbar die Parlamentsleitung auch stellen würde, nämlich die Redezeitbeschränkung beizubehalten. Genau in dieser Formulierung, die die Parlamentsleitung vorgelegt hat. Um jetzt da nicht unnötig Redezeit zu verbrauchen: Ich glaube, es braucht keine Ausführungen, warum. Wir haben einfach den Eindruck, das sei sinnvoll und die Zeiten, die vorgegeben sind, die seien angemessen und einhaltbar.

Ich muss zum Artikel 67 aber noch etwas sagen. Das ist die nächste Folie. Falls der Artikel 69 gestrichen wird, dann haben wir in der AK festgestellt, dass wir dann eigentlich sogar einen Rückschritt hätten gegenüber der heutigen Regelung. Und ich habe quasi den Auftrag gefasst, ich mache das jetzt als Fraktionsantrag, aber es war auch die Meinung in der AK, doch, es wäre noch gut, wir würden den alten Artikel 24 Absatz 3 der Geschäftsordnung beibehalten, wo es mindestens heisst, das Parlament oder ein Parlamentsorgan kann in einzelnen Fällen Redezeitbeschränkung beschliessen. Das wäre für den Fall, dass wir es streichen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Dann hat das Wort Franziska Kramer-Schwob (EVP).

F. Kramer-Schwob (EVP): Geschätzte Anwesende. Zuerst zu den Bild- und Tonaufnahmen: Im umgebauten Parlamentssaal werden wir über die technischen Möglichkeiten verfügen, nicht nur einen Livestream zu senden, sondern auch die gesamte Debatte aufzunehmen. Die Rahmenbedingungen werden wir noch rechtlich regeln müssen und datenschutzrechtliche Fragen sind auch noch offen. Grundsätzlich erscheint es uns aber nicht mehr zeitgemäss, jedes Foto beim Parlamentspräsidium anmelden zu müssen. Es könnte sogar im Interesse der Parteien sein, ab und zu ein Bild aus der Debatte schicken zu können. Da wäre es aus unserer Sicht wichtiger, sorgfältig abzuklären, wie das Recht am eigenen Bild bestmöglich gewahrt werden kann. Wir lehnen darum den AK-Antrag ab.

Und zur Redezeit möchten wir sagen, dass es die Parlamentsrede schon bei Aristoteles gegeben hat. Und er hat gelehrt, wie man eine gute Rede hält. Dabei hat er absolut nie gesagt, im Parlament gehe es um das "Parlare" und damit einfach um das viel reden - mitnichten. Die Vorbereitung ist alles. In der Kürze liegt die Würze. Wir als EVP haben keine Angst vor einer Redezeitbeschränkung. Wir sind für mehr Aristoteles und weniger Geschwafel und wir unterstützen deshalb die SP-Anträge.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Dann hat das Wort Iris Kuster (Die Mitte).

I. Kuster (die Mitte): Wenn ich die Ratspräsidentin richtig verstanden habe, dann sollen wir die Anträge jetzt stellen. Also wir werden am Antrag 54 Absatz 1 zur Einladung, der Kommissionstraktanden, die in der Regel 7 Tage vor der Sitzung sein soll, festhalten. Möchtest Du unsere Haltung zur Redezeit noch haben? Wir von der Mitte/EDU-Fraktion lehnen die Einführung der Redezeitbeschränkung ab. Und ja, auch wir wünschen uns manchmal

kürzere Voten, aber wir sind ein Parlament und darauf wurde bei der Gemeindeordnungsrevision bei der Namensgebung grossen Wert gelegt. Und im Parlament wird geredet. Vielleicht überlegt sich ja dann die Parlamentsleitung, wenn die neue Amtsdauer anfängt, einen Rhetorikkurs für alle anzubieten, so würden die Reden sicher kürzer und prägnanter ausfallen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Da bin ich dann gespannt. Das Wort hat Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): Besten Dank. Dann sehe ich das richtig, es gibt jetzt auch einen Antrag für 7 Tage vor der Sitzung die Kommission einzuladen. Da sind wir der Meinung, klar ist früher immer besser und wir sehen gute und schlechte Beispiele in der Praxis. Wir müssen aber auch sehen, es gibt die Momente, wo es nicht möglich ist, und in das Gesetz schreiben soll man das, was möglich ist. Und deshalb sind wir da bei 5. Aber dass man früher einladen kann, als es heute zum Teil der Fall ist, wofür es keinen sachlichen Grund gibt, das sehen wir auch so. Bild- und Tonaufnahmen sind ehrlich gesagt nicht matchentscheidend, aber es geht da weniger darum, ob man filmt (bei Livestream ist es ja ohnehin kein Thema), sondern wie, wer und zu welchem Zeitpunkt. Also wenn Marc sich selbst filmt für ein Propagandavideo, dann ist das eine andere Geschichte, als wenn mich irgendein anderer filmt oder ein anderer einen anderen filmt, quasi als Anti-Propagandavideo in besonders ungünstigen Momenten. Aber es geht ja nur um eine Anmeldung oder um grundsätzliche Bewilligung. Es ist beides nicht matchentscheidend.

Es ist nicht bestritten, aber ich möchte auch sagen, die Kommissionsberatung in grundsätzlich 2 Lesungen ist eine wichtige Verbesserung im Vergleich zu den aktuellen Kommissionsbetrieben und man kann Ausnahmen machen, aber die müssen angekündigt sein.

Und das letzte zur Redezeit: Als Vertreter der Schwafel-Fraktion möchte ich sagen, das Parlament sollte reden, wenn es einer Diskussion bedarf und die emotionalen Debatten sind die besten, die ich hier im Rat erlebt habe - im Gegensatz zu den vorbereiteten Statements. Unser Problem sehe ich aber eher darin, dass wir auch zu Sachen reden, wo es gar keiner Diskussion bedarf. Und ich glaube, dort können wir effizienter werden.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Jetzt sind mir keine weiteren Wortmeldungen... Christian Griesser.

Ch. Griesser (Grüne): Geschätzte Anwesende. Betreffend den Ton-, Video- und Bildaufnahmen schliessen wir uns dem Kommissionsantrag an.

Betreffend dem Antrag von der Mitte sind wir der Ansicht, dass man ja bei den Parlamentssitzungen richtigerweise eine längere Frist für die Einladung hat, dass aber bei Kommissionssitzungen 5 Tage wirklich reichen, weil es auch möglich sein muss, dass das Ergebnis der Beratung, die man am Montag zuvor gehabt hat, je nachdem dann auch einen Einfluss hat auf die Traktandenliste. Und deshalb ist eine weiter voraus zugestellte Einladung nicht immer möglich.

Zur Redezeit: Ja, der langen Rede kurzer Sinn, es ist immer ein bisschen eine Wetterlage, wie das hier drin gerade steht. Es ist halt einfach etwas schiefgelaufen mit gewissen Rücktritten, die jeweils zu lange geredet haben. Wenn die noch da wären, wäre das Stimmungsbild anders. Wir halten nach wie vor an der Redezeitbeschränkung fest.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut, dann sind mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr bekannt. So wie ich den Stadtpräsidenten verstanden habe, möchte er dann erst zu den Fristen wieder etwas sagen. Gut, ich werde auch nicht mehr allzu viel sagen. Ich glaube, das Meiste ist schon gesagt worden.

Artikel 49 Absatz 2 zum Thema Bild- und Tonaufnahmen: Da sieht die Ratsleitung die Schwierigkeit der Umsetzbarkeit schon jetzt. Aus eigener Erfahrung kann ich Euch sagen, dass es teilweise sehr schwierig ist zu sehen, ob jetzt im Publikum jemand ein Foto macht oder einen Film. Und ich denke auch, es ist nicht mehr ganz zeitgemäss. Zudem, wie gesagt,

wird es mit Livestream ohnehin nochmals anders aussehen. Deshalb schliessen wir uns da der Kommission nicht an.

Bezüglich der Redezeiten: Die Ratsleitung hat sich im gesamten Organisationserlass bemüht, eine gewisse Effizienz hineinzubringen. Selbstverständlich ist die Redezeit alleine nicht der Weisheit letzter Schluss. Trotzdem kann es eine gewisse Effizienzverbesserung geben. Ich glaube, es hat doch immer wieder auch sehr lange Voten gegeben. Im Moment ist der Handlungsspielraum da eher gering. Zudem kennen sehr viele Parlamente Redezeitbeschränkung, beispielsweise der Kantonsrat in Zürich. Und ich glaube, dort weiss man aus verschiedenen Videos, dass trotzdem sehr emotional diskutiert werden kann und die das auch schaffen in der vorgegebenen Zeit. Ich gehe aber davon aus, dass jetzt alle, die dagegen sind, sich nachher nicht mehr beschweren werden, dass das Parlament zu wenig effizient ist. Genau, das jetzt noch kurz dazu.

Jetzt würde ich zur Abstimmung gehen. Wir werden wieder wie vorher noch über die Punkte abstimmen, die noch offen sind. Artikel 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47 und 48 gibt es keine zusätzlichen Anträge, über die wir abstimmen müssten. Dann kommen wir zum Artikel 49. Dort geht es eben um das Thema Medien, Bild- und Tonaufnahmen. Da geht es noch um den Titel von Artikel 49.

Wer sich da dem Antrag der Kommission anschliessen möchte, dass Bild- und Tonaufnahmen auch in den Titel sollen, der soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Wer den Antrag ablehnt?

Gut, der ist mit klarem Mehr angenommen worden. Jetzt gehen wir noch zum Inhalt.

Wer den Absatz 2 drin behalten und dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer das ablehnt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Auch da ist dem Kommissionsantrag klar zugestimmt worden.

Artikel 50, 51, 52 gibt es keine weiteren Anträge mehr, über die wir noch abstimmen müssten. Jetzt beim Artikel 53 Absatz 2, das ist noch ein Bereinigungsantrag. Da war ein falscher Antrag der Ratsleitung drin. Da möchte ich einfach noch gerne darüber abstimmen.

Wer da dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Dann ist dieser einstimmig angenommen.

Dann kommen wir zum Artikel 54, zur Traktandenliste, Absatz 1. Da geht es um den Antrag von der Mitte/EDU. Die Mitte/EDU möchte neu, dass die Einladung für die Kommission oder die Traktandenliste für die Kommissionssitzungen 7 Tage vorher zugestellt wird. Der Kommissionsantrag schreibt 5 Tage vor.

Wer dem Kommissionsantrag folgen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer dem Mitte/EDU-Antrag folgt, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

In diesem Fall ist dem Kommissionsantrag klar zugestimmt worden, dass die Traktandenliste spätestens 5 Tage vor der nächsten Sitzung zugestellt werden soll.

Artikel 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66 – dort gibt es keine weiteren Anträge, die sind somit bereinigt. Jetzt kommen wir zum Artikel 67, 68 und 69. Da würde ich jetzt zuerst beim Artikel 69 anfangen, denn das andere sind Folgeanträge.

Wer den Artikel 69 zur Redezeitbeschränkung gelöscht haben möchte und damit dem Kommissionsantrag folgt, soll das jetzt mit Handerheben bezeugen.

Wer diese Streichung nicht befürwortet und den Artikel beibehalten möchte?

Ich glaube, da müsste man auszählen. Also noch einmal.

Wer da dem Kommissionsantrag zustimmt und den Artikel zur Redezeitbeschränkung streichen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer den Artikel beibehalten möchte und gegen die Streichung ist, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es noch Enthaltungen?

Ja gut, dann bringen mich die Enthaltungen um den nächsten Stichentscheid. Der Antrag zur Streichung, der Kommissionsantrag, ist mit 27 zu 25 Stimmen angenommen worden bei 2 Enthaltungen.

In diesem Fall wären wir jetzt beim Artikel 67. Da hätten wir den Eventualantrag von der SP, der jetzt zum Zug käme, dass das Stadtparlament oder das Parlamentsorgan auf Antrag vom Präsidium für einzelne Geschäfte eine Redezeitbeschränkung beschliessen kann.

Wer dem SP-Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer diesen Antrag ablehnen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

In diesem Fall ist mit deutlichem Mehr diesem Antrag der SP zugestimmt worden.

Der Eventualantrag im Artikel 68 der SP fällt in diesem Fall weg.

Und im Artikel 70 fällt der Eventualantrag der SP auch weg und der ist in diesem Fall auch bereinigt. Im Artikel 71 und 72 haben wir keine Anträge, die wir noch bereinigen müssten.

Dann kommen wir jetzt zu dem, das vorher schon kurz Thema geworden ist, zum Artikel 73 bis 76, Abstimmungen und Wahlen. Felix Helg.

F. Helg (AK): Im zweitletzten Abschnitt, der gerade mal 4 Artikel betrifft, ist der einzige umstrittene Punkt die Abstimmungsordnung.

Es geht darum, wie man über mehrere Anträge zu einem Thema abstimmt. Die Parlamentsleitung schlägt vor, dass gegenseitig sich ausschliessende Anträge nebeneinander zur Abstimmung gebracht werden. Das kann dazu führen, dass nebeneinander 3 oder mehr Anträge zur Auswahl stehen. Jedes Parlamentsmitglied hat dann eine Stimme und die Ausmarchung geht dann so vor sich, dass jeweils der Antrag mit den wenigsten Stimmen ausscheidet. Und Hauptantrag ist am Schluss der Antrag der vorbereitenden Kommission. Die Aufsichtskommission folgt aber in der Mehrheit einem anderen Prinzip.

Ein bisschen vereinfacht ausgedrückt: Liegen mehr als 2 Anträge zu einem Thema vor, so erfolgt grundsätzlich eine paarweise Bereinigung, sozusagen von unten nach oben. Es werden also zuerst die Anträge mit den kleinsten inhaltlichen Differenzen gegeneinander ausgemehrt, bis man am Schluss bei den Anträgen mit den grössten inhaltlichen Differenzen ankommt.

Am Schluss wird der favorisierte Änderungsantrag dem Kommissionsantrag gegenübergestellt. Dieses Abstimmungsmodell ist im eidgenössischen Parlament verankert, von dort ist auch die Formulierung übernommen. Würde man jetzt hier ins Detail gehen, würde die Diskussion rasch in ein juristisches oder sogar mathematiktheoretisches Kolloquium abdriften. Gerne überlasse ich da die Diskussion meinen AK-Kolleginnen und -Kollegen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Die Parlamentsleitung schliesst sich dort nicht. Zudem gibt es da ja auch einen Ablehnungsantrag von den Grünen/AL. Und ich gebe da gleich Christian Griesser das Wort.

Ch. Griesser (Grüne): Geschätzte Anwesende. Die Fraktion Grüne/AL stellt den Antrag, dass wir zurückkommen auf die ursprünglich von der Parlamentsleitung angedacht Abstimmungsordnung. Wir haben es gehört, der Antrag der AK, der auf Anregung der SP eingebracht worden ist, entspricht der Regelung im Bundesparlament. Der Antrag, den wir jetzt stellen, wurde von der Ratsleitung eingebracht und er entspricht dem Musterorganisationserlass für Parlamentsgemeinden des Kantons Zürich. Das wird also dort vorgeschlagen. Beide Systeme sind bekannt. Beide Systeme funktionieren. Es ist keine Katastrophe, wenn das eine oder das andere beschlossen wird. Es stellt sich lediglich die Frage, welches System passt besser für Winterthur. Der Unterschied liegt vor allem in den von der AK jetzt vorgeschlagenen Eventualabstimmungen. Zentral ist: Die inhaltliche Hierarchie ist massgebend für die Reihenfolge, in der die Anträge paarweise zur Abstimmung gebracht werden. Das heisst, die Ratspräsidentin oder der Ratspräsident hat die Pflicht, eine inhaltliche Prüfung vorzunehmen.

Dabei ist der Ermessensspielraum sehr gross. Die Festlegung der Abstimmungsreihenfolge verlangt viel Sensibilität, weil die Anträge, die zuletzt ausgemacht werden, die grösseren Chancen haben. Und genau das ist unsere Kritik.

Zum Vorschlag, den wir jetzt wieder ins Spiel bringen: Diese Bestimmungen orientieren sich am Verfahren, das bei Gemeindeversammlungen im Kanton Zürich zur Anwendung gelangt. Liegen mehr als 2 sich ausschliessende, gleichgeordnete Anträge vor, werden sie nacheinander zur Abstimmung gebracht. Vorzugehen ist nach dem Ausscheidungsverfahren: Jeder Parlamentarier, jede Parlamentarierin verfügt lediglich über eine Stimme. Der Antrag mit der niedrigsten Stimmenzahl scheidet aus. Das wird so lange gemacht, bis nur noch ein Antrag übrigbleibt. Das paarweise Ausmehrten ist bei Gemeindeversammlungen seit dem 1. Januar 2015 nicht mehr zulässig und es gibt durchaus auch Gründe, das bei Parlamentsgemeinden anzuwenden.

Eventualabstimmungen mit ihrer paarweisen Ausmehrung, wie sie eben jetzt von der AK vorgeschlagen werden, werden zu viel Diskussion führen. Ich gehe davon aus, dass wir im Stadtparlament inskünftig des Öfteren über die Abstimmungsreihenfolge streiten werden und das gilt es zu verhindern. Ich bin der Ansicht, dass wir uns in Winterthur bisher einig gewesen sind: Wir diskutieren über den Inhalt und versuchen, taktische Spiele und Streitereien über Formalitäten wenn möglich zu verhindern. Und genau das ist eben zu befürchten mit dem Vorschlag der AK-Mehrheit.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut, dann hat das Wort Roland Kappeler (SP).

R. Kappeler (SP): Danke vielmals. Christian Griesser hat mit seiner Begründung eigentlich schon ziemlich viel gesagt, weshalb eben der Antrag der AK inhaltlich sinnvoller ist. Es ist nämlich wirklich wichtig, dass die Regel, dass das in Gemeindeversammlungen nicht erlaubt ist, Sinn macht, denn dort haben wir ein Problem der Gewaltenteilung. Und die Variante mit 3, 4 Abstimmungen oder Varianten nebeneinander verhindert, dass dort der Gemeindevorstand oder die Exekutive bevorteilt wird gegenüber der Versammlung.

Im Parlament haben wir aber eine andere Situation. Wir arbeiten wochenweise in Kommissionen, schmieden dort Kompromisse, geben da ein bisschen nach, kommen dort ein bisschen entgegen und so weiter – und dieser Antrag soll doch am Schluss bei uns hier drinnen auch das grösste Gewicht haben. Das ist nämlich der Sinn der ganzen Kommissionsarbeit. Und wenn wir am Schluss sagen, die Gegenüberstellung vom Kommissionsantrag, der lange ausgehandelt worden ist, mit 2, 3 Spontananträgen, die heute Abend kommen, die sind alle gleichgestellt – dann nehmen wir unsere Kommissionsarbeit selbst nicht ernst.

Felix Helg hat es gesagt, ich mache jetzt auch kein juristisches oder spieltheoretisches Seminar daraus. Aber ein Satz ist wichtig: Warum ist das Bundesparlament zu dieser Regelung gekommen? Das Ziel ist ein Verfassungsauftrag, und das ist unverfälschte Äusserung vom Wählerwillen. Und wir haben vor der Nachtessenspause ein Beispiel durchgemacht und ich hätte dort unseren Eventualantrag zurückziehen können. Ich habe das extra nicht gemacht, um genau das zu zeigen. Wir wollten den Parlamentsleitungsantrag unterstützen, haben aber einen Eventualantrag gestellt gegenüber dem GLP-Antrag. Wir durften aber nicht für unseren Antrag stimmen, weil sonst der Antrag der Parlamentsleitung in der ersten Abstimmung am wenigsten Stimmen gehabt hätte und herausgefallen wäre. Das heisst wir mussten taktisch überlegen und eigentlich gegen unseren Willen und gegen unseren eigenen Antrag stimmen, damit der andere Antrag überhaupt eine Runde weiterkommt. Und das kann es nicht sein. Am Ergebnis hätte sich nichts geändert, da gebe ich auch Christian Recht. Es ist auch für mich keine Katastrophe, wenn jetzt da die andere Version gewinnt. Ich gehe einfach davon aus, sie ist logisch falsch.

Unser Antrag der AK sieht zwar kompliziert und lange aus, das kommt daher, dass wir halt wirklich die Regelung aus dem Parlamentsgesetz 1 zu 1 abgeschrieben haben in den Absätzen 3 bis 8. Und wir haben lange diskutiert, ob das nötig ist, ob es da etwas Überflüssiges hat, etwas zu wenig. Es hat tatsächlich 2 kleine Mängel in Absatz 5, das sagt auch die juristi-

sche Literatur. Da fehlt eine Definition vom Wort Eventualabstimmung. Ich habe diese Definition deshalb in der allerletzten Folie zuhanden des Protokolls nachgeliefert, dann ist sie mindestens in den Materialien vorhanden.

Und im Absatz 7 fehlt eine Definition von Kommissionsminderheit, wo ich zwar das Gefühl habe, dass sei allgemeiner Sprachgebrauch. Das ist der Grund für unseren kleinen Unter-Antrag, dass man das Wort "Kommissionsminderheit" in diesem Absatz 7 umschreibt.

Das ist jetzt wieder ein schönes Beispiel von einem klaren Fall, wo das ein Unter-Antrag ist, und darum muss dieser zuerst abgestimmt werden, bevor wir über das Ganze abstimmen. Das ist die Logik. Solche kleine, vielleicht sprachliche Finessen müssen zuerst bereinigt werden.

Jetzt aber zum Wesentlichen: Und der wesentliche Inhalt sind die Absätze 6 und 7. Und das ist ganz wichtig – und da bin ich ganz anderer Meinung als Christian - der Absatz 6 lässt Spielraum offen und könnte zu solchen Streitereien führen, denn er sagt, wenn es solche Unter-Anträge gibt, müssen diese zuerst bereinigt werden, und dann der letzte Antrag daraus dem Hauptantrag gegenübergestellt wird. Es sind sogar die Begriffe, die früher im Parlamentsgesetz gebraucht wurden. Man hat diese heute, auch aus Erfahrung, ersetzt. Deshalb haben wir die Formulierung, wie sie bei uns ist. Jetzt: Immer, wenn das bestritten ist, was Unter-Antrag ist oder was die kleinste inhaltliche Differenz ist, dann greift der Absatz 7. Und dieser ist viel wichtiger. Und im Zweifel muss die Parlamentsleitung überhaupt nicht lange hin- und hermachen, sondern sagen: Inhaltliche Differenz ist nicht ersichtlich, dass sie klar kleiner oder grösser ist, deshalb greifen wir zum Absatz 7. Und dann haben wir die gewollte Hierarchie: Die stärkste Stellung und damit die Schlussabstimmung hat der Kommissionsantrag. Und eines vorher ist der Stadtratsantrag und noch eines vorher sind Anträge, die in der Kommission bereits gestellt wurden und zuallererst kommen Spontananträge aus dem Rat. Und diese haben dann die kleinste Chance, weil sie etwa 4 Abstimmungshürden durchlaufen müssten, bis sie überhaupt durchkommen. Also die Logik von Absatz 6 und 7 greift ineinander und ist zusammen eben wirklich fundamental und ist zur Anwendung relativ einfach, wie das Bundesparlament auch beweist, und das ist auch bei uns einfach handhabbar.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Das Wort hat Franziska Kramer (EVP).

F. Kramer-Schwob (EVP): Geschätzte Anwesende, wir haben hier eine gewisse Tradition von paarweiser Ausmehrung. Ich muss da Christian deshalb auch widersprechen, dass das immer wieder Streit gegeben hätte, denn aus meiner Erfahrung ist das tiptopp gegangen. Wir finden die Argumente überzeugend, das System so aufrechtzuerhalten, und das bedingt eben eine andere Regelung als die Parlamentsleitung vorgeschlagen hat. Bis jetzt haben Praxis und Recht oft auseinandergeklafft. Das ist in Einklang zu bringen. Das paarweise Ausmehren hilft, schlüssige Abstimmungen durchzuführen. Es ist aus unserer Sicht einfacher, verständlicher und damit demokratischer.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dann hat das Wort Reto Diener (Grüne).

R. Diener (Grüne): Danke für das Wort. Von meiner Seite auch noch einmal eine Ergänzung dazu. Ich bin nicht dieser Meinung, wie sie Du jetzt geäussert hast, Roli. Das Verfahren, das jetzt vom Bundesparlament auf die Stadt Winterthur übertragen werden soll, dieses Verfahren ist aus verschiedenen Gründen abzulehnen. Erster Grund: Es ist kompliziert und schwerfällig. Man sieht das nur schon daran, dass der Gesetzestext unnötig aufgeblasen wird; statt einem Absatz sind es jetzt mindestens 5. Zudem riskieren wir, das ist erwähnt worden folgendes: Die Diskussionen darüber, ob wir jetzt die Distanzklausel anwenden können oder nicht, können lange laufen. Wenn man das so interpretiert, wie es Roli jetzt gemacht hat, frage ich mich: Wieso habt Ihr diese überhaupt dringelassen? Dann könnte man sie nämlich gleich ganz weglassen. Dann wäre es mindestens wieder ein bisschen schlanker geworden. Und

dann wären wir wieder, ehrlicherweise, bei dem, was Franziska gesagt hat: Wir machen einfach eine paarweise Abstimmung, so wie wir es in den vergangenen Jahren immer mal wieder gemacht haben.

Aber was ich nicht verstehe, ist, dass man das jetzt in dieser Komplexität vom Bundesparlament bei uns auf ein Milizparlament übertragen will. Wir sind wirklich eine kleine Nummer und auch deshalb, da bin ich überzeugt, hat das Gemeindeamt den Vorschlag eben auch wieder so gemacht, dass es einfach wird. Nämlich: Wir haben die Mittel und Ressourcen gar nicht und würden uns in endlose Diskussionen verzetteln, um das genau zu definieren. Dieses Verfahren ist aus meiner Sicht nicht miliztauglich und es ist deshalb für unser Parlament unverhältnismässig.

Und zuletzt bin ich gar nicht der Meinung, das sei demokratischer, im Gegenteil. Es wird mit dem zweiten Verfahren, das dann mehrheitlich zum Zug kommen wird, nämlich das klassische paarweise Ausmehren, das wir jetzt in der Vergangenheit immer wieder gemacht haben, damit werden Gewichtungen eingeführt. Natürlich ist das so, dass die Kommissionsbeschlüsse ein höheres Gewicht haben sollen. Das bekommen sie automatisch, weil sie Mehrheiten generieren. Dazu brauchen wir kein Verfahren, welches das noch einmal irgendwie zusätzlich zementiert. Wenn wir eine Gegenüberstellung machen von 3 oder 4 Anträgen, wovon einer der Kommissionsmehrheitsantrag ist, dann passiert genau das, was heute im ersten Teil passiert ist. Es wird sich jeder sehr genau überlegen, wo er seine Stimme geben wird, weil er natürlich dann auch weiss, was passiert. Roli hat es sehr schön geschildert. Es ist völlig unnötig. Es läuft genauso auf das hinaus. Mehrheitsanträge sind deshalb dann eben auch in dieser Ausmarchung immer im Vorteil, weil sie rein aufgrund der strategischen und politischen Überlegungen bevorzugt werden. Insofern ist das Verfahren weder speziell undemokratisch noch ist es demokratischer. Es setzt eigentlich auf eine sehr einfache und schlanke Art die reine Demokratie um.

Und schliesslich die Effizienz vom Verfahren: Die Kompliziertheit der Abklärungen, die wir brauchen, die sind völlig unnötig. Wir können das Verfahren beliebig verschlanken und effizienter werden. Danke für die Aufmerksamkeit.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Das Wort hat Andreas Geering (Die Mitte/EDU).

A. Geering (die Mitte): Ja, geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren Stadträte, geschätzte Kolleginnen und Kolleginnen, Besucherinnen und Besucher. Ich habe ja, sowohl damals noch als Gemeinderatspräsident wie als Präsident der Spezialkommissionen, Abstimmungen leiten dürfen in diesem Rat und in der Spezialkommission. Und Franziska Kramer hat das richtig gesagt: Wir haben früher häufig nach dem Cupsystem abgestimmt. Ich bin der Meinung, das war nicht gegen die eigene Geschäftsordnung, sondern es hat eben beiden Verfahren in der Geschäftsordnung drin gehabt, zum einen das Cupsystem und zum anderen das tagesaktuelle Beispiel, das wir heute gehabt haben und das Roli Kappeler kritisiert hat, wo 3 nebeneinander stehen.

Ja, wenn man 2 gegenüberstellt und dann wieder 2 und dann wieder 2 – was ist in der Vergangenheit passiert? Es sind zuerst die individuellen Fraktionsanträge herausgefallen und dann ist am Schluss der Kommissionsantrag gegen den Stadtratsantrag verblieben und am Schluss ist dann häufig auch noch der Kommissionsantrag herausgefallen und der Stadtratsantrag verblieben. Mit dem vorgeschlagenen System der SP würden wir das jetzt einfach kehren, weil am Schluss dann der Kommissionsantrag der Letzte ist und der Stadtratsantrag der Zweitletzte, das heisst im Cupsystem, in dem vorgeschlagenen System der SP, würden alle anderen Anträge zuerst herausfallen, die individuellen, und am Schluss wäre es noch die Kommission gegen den Stadtrat.

Das verhindert aber, dass man zwischen der Kommissionssitzung und der Gemeinderatssitzung nochmals dazulernt und allenfalls auch noch etwas ändern kann. Und wenn man, wie das jetzt die Parlamentsleitung vorschlägt, wenn man das alles gegeneinander stellt – was man ja auch bisher eigentlich schon konnte, aber höchst selten gemacht hat im Parlament.

Der Grund, wieso man das höchst selten gemacht hat, war: Wenn wir von Hand abstimmen, aufstrecken und auszählen, ist es sehr schwierig zu kontrollieren, dass jeder wirklich nur einmal abstimmt. Deshalb hat man das höchst selten gemacht. Aber eigentlich: Wenn man alle nebeneinander stellt, dann stimmt wirklich jede Fraktion und jedes Mitglied für den Antrag, der ihm am wichtigsten ist. Die Konsequenz ist, dass auch einmal ein Kommissionsantrag oder ein Fraktionsantrag oder auch ein Stadtratsantrag herausfallen kann und auf einmal ein anderer Antrag eine Mehrheit bekommt. Roli Kappeler hat das vorher als tagesaktuelles Beispiel gebracht, die Dreiergegenüberstellung.

Ich habe ein Beispiel aus der Spezialkommission, wo man anders abgestimmt hat, wo man zuerst die Anträge gegeneinander ausgemehrt hat, immer 2 und 2, und am Schluss dann den obsiegenden Antrag gegen den Stadtratsantrag. Und dort hat dann der Stadtratsantrag gewonnen, weil am Schluss alle gefunden haben, das ist das kleinere Übel als das, was übrig bleibt. Aber eigentlich wollte niemand den Stadtratsantrag, aber weil der am Schluss einfach noch übrig gewesen ist, ist es dann der gewesen, der gewonnen hat. Es ist in dem Sinne nicht wirklich ein Abbild von dem, was man wollte, sondern es ist einfach vom Wahlsystem her das, was es dann noch gegeben hat.

In dem Sinne: Wir gehen auf eine elektronische Abstimmungsanlage zu, dort wird man sehen, dass jeder nur ein Mal abstimmt. Es wird möglich sein, das einander gegenüber zu stellen. Und ja, natürlich ist es so, wenn ich immer 2 gegeneinander ausmehren musste, dann habe ich natürlich eine Gewichtung gemacht. Ich habe versucht, das neutral zu machen und nicht politisch, aber jeder Vorsitzende und jede Vorsitzende ist nur ein Mensch und hat seine politische Grundstruktur und es wird eine Gewichtung der Vorsitzenden sein bei diesem System, das die SP vorschlägt.

Und einfach noch: Das nationale Parlament gehe nach diesem System vor. Das mag sein, das mag stimmen. Bei den Wahlen macht es das nicht. Bei den Wahlen macht es das andere System (Beispiel Bundesratswahlen).

In dem Sinn schliesst sich die Mitte/EDU bei diesem Antrag mit einer gewissen Vehemenz der Parlamentsleitung an.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Dann hat das Wort Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): Gut, ich habe 2 Sachen gelernt: Dass es durchaus gewisse Vorteile hat, dass Grüne und SP in der Regel das Gleiche abstimmen. Und bei Andreas war ich mir jetzt nie ganz sicher, für was er plädiert. Ich möchte es deshalb kurz machen.

Ich stimme Roli zu, dass der AK-Antrag, so wie er vorliegt, weniger taktische Spielereien erlaubt, und wir schliessen uns dem an. Und ja, die Regelung ist relativ komplex, aber ich glaube, gerade das müssen wir jetzt machen. Wenn wir uns an einem prominenten Vorbild anlehnen, dann müssen wir es auch ähnlich gestalten, damit wir auch auf diese Praxis zugreifen können. Wenn wir mit eigenen Worten eine eigene Lösung machen, dann müssen wir wieder eine eigene Interpretation davon finden und das wäre nicht die Idee. Denn was ist der grosse Vorteil, egal ob es jetzt der Parlamentsleitungsantrag ist oder der AK-Antrag: Es soll einfach nur noch eine Lösung geben und es soll im Voraus klar sein, nach was abgestimmt wird und es soll nicht im Gusto der Parlamentsleitung sein, komplett das Abstimmungssystem zu kehren.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Das Wort hat nochmals Andreas Geering (Die Mitte/EDU).

A. Geering (die Mitte): Ich bin diesmal kurz: Dass wir mit dem vorgeschlagenen System der SP nicht taktisch abstimmen könnten, würde ich bestreiten. Ich hatte in der Kommission, entgegen der Tradition, das andere Verfahren vorgeschlagen und die Reaktion der Mitglieder war: Dann können wir nicht mehr taktisch abstimmen, das wollen wir nicht.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Roland Kappeler.

R. Kappeler (SP): Nur ein Wort, Andreas: Es ist nicht ein Antrag der SP, es ist ein AK-Antrag. Ich glaube, Du hast die Hierarchie vom Kommissionsbeschluss immer noch nicht gecheckt.

A. Geering (die Mitte): Nehme ich zur Kenntnis, danke für die Korrektur.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Jetzt sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Noch kurz von Seiten der Ratsleitung, es ist vieles schon gesagt worden. Reto Diener, Christian Grieser und Andreas Geering haben da vieles auch schon von der Haltung der Ratsleitung wiedergegeben.

Es ist so, die Ratsleitung hat sich für diesen Vorschlag entschieden, den sie jetzt auch vorgelegt hat, weil das andere, das Cupsystem, eigentlich auf kantonaler Ebene nicht mehr zulässig ist. Deshalb haben wir uns für das Gegenüberstellen entschieden, dass wir das nehmen. Das andere, was jetzt die Kommission vorschlägt, das kommt aus dem nationalen Parlamentsgesetz, das ist dann wieder ein anderer Bereich. Ich glaube einfach: Was ich jetzt immer wieder höre, ist die Idee, dass man mit dem Antrag der AK keine taktischen Spiele mehr zulassen kann. Es ist aber so, dass der Absatz 7 nur dann gilt, wenn der Absatz 6 nicht zur Anwendung kommt, das heisst, wenn man nicht sagen kann, wo die kleinste und wo die grösste Differenz ist. Das liegt dann aber sehr stark in der Auslegeordnung und im Abschätzen der Ratsleitung, ob sie finden, dass alle Anträge die gleiche Differenz haben. Und dann kommt es nämlich überhaupt nicht darauf an, ob zuerst die Kommissionsanträge oder welche sich dann zuerst gegenübergestellt werden, denn dann kann das die Ratsleitung so ausgestalten, wie sie das möchte. Also es wird in Zukunft sehr viel in der Hand der Ratsleitung liegen. Wir haben das in der Vorbereitungssitzung dieser Sitzung einmal ausprobiert und ich kann einfach sagen: Wir sind zu dritt gewesen in dieser Vorbereitungssitzung und wir hatten 3 verschiedene Meinungen, wie man das auslegen kann. Also ich glaube, es ist nicht ganz so einfach und nicht ganz so klar. Und der zweite Punkt ist, dass dann wegen Absatz 8 auch nicht die Möglichkeit ist, die Abstimmungsreihenfolge durch einen Eventualantrag im Rat selbst noch einmal verändern zu können. Das zum Schluss noch die Sicht der Parlamentsleitung.

Ich glaube, jetzt haben alle genug dazu geredet und wir machen die Abstimmung beziehungsweise Bereinigung. Bei Artikel 73 und im Artikel 74 gibt es ja keine zusätzlichen Anträge mehr, die wir nicht schon bereinigt haben. Wir kommen zum Artikel 75 und da möchte ich jetzt zuerst beim Absatz 7 den SP-Antrag dem Kommissionsantrag gegenüberstellen, um dort den ganzen Artikel bereinigen zu können.

Wer beim Absatz 7 dem SP-Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Gibt es jemand, der dem Kommissionsantrag zustimmen möchte?

Oder Enthaltungen?

Gut, dann ist der SP-Antrag mit einer Enthaltung angenommen.

Jetzt kommen wir zur Gesamtabstimmung.

Wer dem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Wer dem Parlamentsleitungsantrag zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gut, das ist eine klare Mehrheit für den Kommissionsantrag.

Zu Artikel 76 gibt es keine weiteren Anträge mehr. Wir kommen jetzt zum letzten Teil der Detailberatung, zu Artikel 77 bis 104. Ja, Roland Kappeler?

R. Kappeler (SP): Entschuldigung. Ich bitte einfach Jürg, noch kurz die letzte Folie zu zeigen, damit die Definition Eventualantrag ins Protokoll übernommen werden kann.

Definition zuhanden Protokoll:

Definition Eventualabstimmung: Der Begriff «Eventualabstimmung» definiert ein Verfahren, mit welchem mehrere Anträge zu einem Abstimmungsgegenstand vorab provisorisch ausgemehrt werden, bevor die definitive Entscheidung gefällt wird. (Graf / Theler / von Wyss, 2014, Kommentar zum ParlG, S. 615, N 3).

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Super, vielen Dank. Dann kommen wir jetzt zu Artikel 77 bis 104: Vorstösse, Fragestunde und Legislaturplanung. Felix Helg.

F. Helg (AK): Das ist auch noch ein Themenbereich, der dann am Schluss noch zu reden gibt: die Behandlungsfristen. Zuerst aber ein paar Anträge, die vielleicht ein bisschen weniger Fleisch am Knochen haben. Artikel 77 Absatz 2: Die Vorstösse, die an einer Parlamentssitzung aufgelegt werden sollten, müssen nach dem Willen der AK am Vortag der Sitzung in elektronischer Form beim Parlamentsdienst eintreffen. Das heisst bei einer Montagssitzung wäre das am Sonntagabend. Die Parlamentsleitung wollte ursprünglich den Termin auf Freitagmittag festlegen, was aber der AK doch als ein zu früher Zeitpunkt erschien.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Da schliesst sich die Parlamentsleitung dem AK-Antrag an. Gibt es da einen Gegenantrag? Sonst ist der Kommissionsantrag so angenommen.

F. Helg (AK): Dann Artikel 83 Absatz 1: Bereits Artikel 79 Absatz 4 statuiert, dass eingereichte Vorstösse, die einer Überweisung bedürfen, auf die Traktandenliste einer folgenden Sitzung gesetzt werden. Dementsprechend braucht es eine analoge Norm bei der Vorstossform der Motion nicht mehr. Es ist sozusagen eine doppelte Regelung, die aber nicht nötig ist. Der Antrag der Kommission ist deshalb, diesen Absatz zu löschen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Die Parlamentsleitung schliesst sich da der Kommission an. Gibt es einen Gegenantrag? Sonst ist dieser Antrag angenommen.

F. Helg (AK): Artikel 84 Absatz 4: Nach wie vor, also wie bisher, soll es möglich sein, dass der Stadtrat mit dem Bericht zur Erheblicherklärung einer Motion bereits einen ausformulierten Beschlussantrag vorlegt, wenn er mit der Forderung der Motion einverstanden ist. Das ist jetzt auch neu in der Organisationsverordnung präzisiert.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Da wird sich die Parlamentsleitung ebenfalls der AK anschliessen, da wird es ja dann aber noch einen Antrag von Seiten der SVP geben. Nein, das ist dann der Absatz 5. Entschuldigung. Also die Parlamentsleitung schliesst sich an. Gibt es da einen Gegenantrag? Gut, dann ist der so auch angenommen.

F. Helg (AK): Dann kann ich 2 Artikel zusammennehmen, Artikel 85 Absatz 2 und Artikel 91 Absatz 2, weil es um das gleiche Problem geht: Bei der dringlichen Motion und beim dringlichen Postulat wird präzisiert, dass bei Nichterreicherung des Zweidrittels-Quorum für die Dringlichkeit, der Vorstoss als sofort abgeschrieben gilt. Das entspricht auch der momentan Praxis.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Die Parlamentsleitung schliesst sich beiden Anträgen der Kommission an. Gibt es einen Gegenantrag? Sonst sind auch diese 2 Anträge angenommen.

F. Helg (AK): Artikel 95 Absatz 3: Wird eine dringliche Interpellation nicht sofort mündlich, sondern später schriftlich beantwortet, so soll die schriftliche Beantwortung auf die Traktandenliste der nächstfolgenden Sitzung gesetzt werden. Es liegt im Wesen einer dringlichen Interpellation, dass eine politische Diskussion dazu im Parlament rasch zu erfolgen hat. Das ist jetzt auch schon so, nur neu präzisiert.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Die Parlamentsleitung schliesst sich da dem AK-Antrag an. Gibt es einen Gegenantrag? Sonst ist auch dieser so angenommen.

F. Helg (AK): Artikel 96 Absatz 2: Beim Beschlussantrag ist zu ergänzen, dass diese Vorstossform nicht zur Verfügung steht, wenn die Einsetzung einer PUK oder die Abberufung eines Kommissionsmitglieds oder eines Kommissionspräsidiums gefordert wird. Bei beiden Ansinnen, PUK und Abberufung, soll nämlich, wie wir das früher in der Diskussion behandelt haben, ein einzelnes Mitglied nicht reichen, um eine solche Forderung zu deponieren.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Die Parlamentsleitung schliesst sich auch da der AK an. Gibt es einen Gegenantrag? Dann ist auch dieser Antrag der Kommission so angenommen.

F. Helg (AK): Dann Artikel 103, die Fragestunde. Die AK ist der ein wenig formalisierteren Gestaltung der Fragestunde gefolgt, wie sie die Parlamentsleitung vorgeschlagen hat. So sind Fragen schriftlich einzureichen. Mündliche Fragen an der Fragestunde selbst sind nicht mehr möglich. Die Kürze der Frage wird mit 1000 Zeichen definiert, die einzuhalten ist. Eine kleine Präzisierung hat die AK beim Durchführungsmodus in Absatz 1 vorgenommen. Während die Parlamentsleitung eine Fragestunde mindestens einmal jährlich vorschreibt, heisst es jetzt nach dem Antrag der AK, dass sie in der Regel zweimal jährlich durchgeführt wird. Im Endeffekt war man sich einig, wenn möglich, soll im Grundsatz an 2 Fragestunden pro Jahr festgehalten werden.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Die Parlamentsleitung schliesst sich hier dem Antrag der AK an. Gibt es einen Gegenantrag? Dann ist auch dieser Antrag so angenommen.

F. Helg (AK): Und jetzt wäre noch der letzte Punkt, wo es auch noch eine Diskussion gibt, der betrifft verschiedene Artikel. Es geht um die Behandlungsfristen von parlamentarischen Vorstössen. Die Parlamentsleitung hat in ihrem Antrag in vielen Fällen die Fristen für die Behandlung von parlamentarischen Vorstössen stark reduziert, um so zu erreichen, dass Vorstösse schneller und näher am auslösenden Ereignis beantwortet werden. Die AK hat das eingehend diskutiert und mehrheitlich einen Mittelweg beschritten. Anzufügen ist aber, dass in den meisten Fällen die Möglichkeit besteht, dass der Stadtrat eine Fristerstreckung beantragen kann. Auf der folgenden Seite sind jetzt die einzelnen Fristen aufnotiert. Ich glaube, wir gehen hier am besten gleich durch. Es sind jetzt nur jene Fristen notiert, bei denen es eine Änderung gibt gegenüber jetzt oder wo es eben auch Diskussionsbedarf infolge von Anträgen gibt.

Wir haben einmal die Motion. Da ist der Bericht zur Erheblicherklärung, übereinstimmend zw. Parlamentsleitung und AK: 4 Monate. Bis jetzt waren das 6 Monate. Dann für die Umsetzungsvorlage, wenn die Motionen erheblich erklärt werden: 12 Monate nach AK. Und bis jetzt waren das 18 Monate. Die Parlamentsleitung hat dazu abweichend 9 Monate beantragt.

Dann haben wir die dringliche Motion. Da ist der Bericht für die Erheblicherklärung innerhalb von 2 Monaten nach Einreichung abzuliefern, übereinstimmend zw. Parlamentsleitung und AK. Das waren bisher 4 Monate. Und eine Umsetzungsvorlage, eben bei einer dringlichen Motion, ist spät. nach 6 Monaten zu erstellen, übereinstimmend zw. Parlamentsleitung und AK. Bis jetzt waren das 10 Monate.

Dann zum Postulat, das wir doch häufiger haben. Der Postulatsbericht, der hier gefordert wird vom Stadtrat, ist neu innerhalb von 9 Monaten abzuliefern. Auch da übereinstimmend zwischen Parlamentsleitung und AK. Bis jetzt war das eine Frist von 12 Monaten, also von einem Jahr.

Dann haben wir die nächste Seite, das dringliche Postulat. Da ist der Bericht nach der Überweisung innerhalb von 4 Monaten abzuliefern, übereinstimmend zw. Parlamentsleitung und AK. Bis jetzt waren das 8 Monate.

Und für die Interpellation, da hat die AK einen Mittelweg beschritten. Das wäre die Beantwortung innerhalb von 5 Monaten (bis jetzt waren es 6 Monate) und die Parlamentsleitung hat 4 Monate beantragt.

Bei der schriftlichen Anfrage, ist von der AK her unverändert die Frist von 3 Monaten. Die Parlamentsleitung hat hier eine Frist von nur 2 Monaten vorgesehen.

Ich glaube, ich habe alles gesagt. Dann wäre ich jetzt tatsächlich am Ende meiner Ausführungen und kann das Wort der Präsidentin – ich glaube, das letzte Mal – zurückgeben und dann gibt es noch einmal Diskussion um Anträge und Abstimmungen. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank, auch nochmals für diese Ausführungen. Einfach noch für die Diskussion: Die Parlamentsleitung wird sich hinsichtlich der Fristen überall der AK anschliessen. Es gibt aber teilweise noch angekündigte Fraktionsanträge. Da bitte ich wieder, diese zu begründen. Dani Oswald, Du hast gleich das Wort.

D. Oswald (SVP): Ihr habt die Zusammenstellung von meinen Anträgen auch auf dem Beamer oder nicht?

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Nein, aber sie sind im Drehbuch. Wir haben sie nicht auf dem Beamer.

D. Oswald (SVP): Geschätzter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Aus Sicht der SVP ist es nicht erforderlich, die Fristen der Vorstösse grundsätzlich zu verkürzen. Erstens ist unsere Arbeit mittel- und langfristiger Natur und wir haben uns ja nicht in die operativen Details des Alltags der Verwaltung hineinzusetzen und sich primär mit diesen auseinandersetzen. Ausserdem gibt es bei diesen Vorstössen jeweils die Form der Dringlichkeit, wenn wir bei etwas der Meinung sind, es müsse schneller gehen als üblich.

Wir gehen auch davon aus, dass wenn wir die Fristen so verkürzen, dass es zu zusätzlichen Kosten führen wird, dass die Verwaltung beim nächsten Budget sagen wird, dann müssen wir mehr Leute haben, wenn wir die Vorstösse in kürzerer Zeit durchbringen müssen.

Aktuell Entschleunigung ein wichtiges Thema und das wäre durchaus ein Punkt, liebe SP, liebe linke Seite, bei dem auch die SVP einer Entschleunigung beipflichten würde. Oder sagen wir es so: Wir entschleunigen nicht, wir machen ja die Fristen nicht noch länger als sie waren. Wir lassen sie einfach dort, wo sie sind. Also beschleunigen wir an einem Ort mal nicht.

Wir danken für die Unterstützung der Beibehaltung der Vorstossfristen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gibt es weitere Voten aus dem Plenum? Christian Griesser.

Ch. Griesser (Grüne): Geschätzte Anwesende. Wir beantragen, dass wir bei den Fristen bleiben, auf die sich die AK geeinigt hat. Die Ausgangslage war relativ komplex. Wir waren bisher am obersten Rahmen der Musterordnung und die Ratsleitung hat sich nachher am untersten Rahmen orientiert. Der Stadtrat hat sich dann in der Kommission beklagt und gesagt, das gehe nicht.

Und dann sind wir hingegangen und haben es als Aufsichtskommission sehr detailliert angeschaut, haben zusammen einen Weg gefunden, haben die kurzen Fristen (zum Beispiel die Beantwortung der schriftlichen Anfrage, wo man vorgeschlagen hat noch 2 Monate) wieder auf die bisherige Frist gesetzt. Wir haben die langen Fristen eher heruntergeholt, die kürzeren eher lang gelassen und haben ein austariertes System gewählt. Und ich glaube, jetzt gilt es, dass wir hier zur Kommissionsarbeit Farbe bekennen und dem so zustimmen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Dann Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): Unser wichtigstes Instrument ist die Motion. Meine letzten 9 Jahre im Parlament haben gezeigt, dass die Motionen weder leicht noch einfach Mehrheiten finden. Wie oft habe ich gehört oder selbst gesagt: Mach doch ein Postulat daraus und dann unterstützen

wir. Das Gleiche beim Postulat: Mach eine IP. Wenn aber jemand im Rat eine Motion einreicht und dafür sogar eine Mehrheit findet, dann soll er – wie auch das gesamte Parlament im übrigen – noch in seiner Amtsdauer eine Umsetzung erleben.

Bei einer schriftlichen Anfrage am anderen Ende der Wichtigkeitsskalen spielt es hingegen keine Rolle, ob diese in 2 oder 3 Monaten beantwortet wird. In diesem Sinn haben wir die Fristen als Kompromiss zwischen dem Parlament und dem Stadtrat – auch wenn es der Stadtrat nicht als Kompromiss sehen wird – anpasst. Wir haben bei den wichtigeren Instrumenten die Fristen erheblich verkürzt (je nach Bedeutung), bei den weniger wichtigen Vorstössen weniger oder gar nicht.

Hinter dem Kompromiss steht die FDP-Fraktion immer noch und im übrigen danke ich der gesamten AK für den gelungenen, überparteilichen Kompromiss.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Das Wort hat Iris Kuster (Die Mitte/EDU).

I. Kuster (die Mitte): Guten Abend. Ich kann es kurz machen: Wir von der Mitte/EDU-Fraktion haben schon in der Kommission bei den Fristen für die Erstellung vom Bericht bei der Motion und beim Postulat die Beibehaltung der bisherigen Fristen beantragt. Und zwar mit der Begründung, weil wir die Hoffnung haben, es sei qualitativ dann besser und weil das dann die Entscheidungsgrundlage ist für das weitere Vorgehen.

Deshalb werden wir bei den SVP-Anträgen jene unterstützen, die wir selbst in der Kommission gestellt hatten, und alle anderen Fristen lehnen wir ab.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Jetzt sind mir keine weiteren Wortmeldungen aus dem Parlament bekannt. Dann hat das Wort der Stadtpräsident Mike Künzle.

Stadtpräsident M. Künzle: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich habe es in der ersten Hälfte schon kurz angetönt: Wir haben mit Schreiben vom 19. Januar 2022 unsere stadträtliche Haltung kundgetan.

Christian, wir haben uns nicht beklagt, sondern wir haben sachliche Anträge gestellt und diese begründet, haben das auch in der Kommission so gemacht. Und das mit den Fristen ist uns ein ganz wichtiges Anliegen gewesen.

Wir haben darauf hingewiesen – und wir wissen ja, wie die Vorstösse sich entwickeln, wie man diese bearbeitet, welche Zeit sie brauchen. Wir weisen einfach auf das Risiko von einem Qualitätsverlust hin, wenn die Fristen gekürzt werden. Sie müssen sich vorstellen, so wie wir die Vorstösse bearbeiten, die kommen selten einfach so bei uns Stadträten auf den Tisch, wie sie von der Verwaltung geschrieben worden sind, sondern es gibt ein Pingpong. Dann gibt man sie wieder zurück, dann korrigiert man etwas, dann geht es zwischen verschiedenen Stellen hin und her. Wir haben den Mitbericht und wir haben dann die Stadtratssitzung, wo auch wieder die Möglichkeit ist, dass man es nochmals zurückgibt. Ein Vorstoss mit einer hohen Qualität, das braucht einfach seine Zeit. Und deshalb hat der Stadtrat sehr grosse Sympathien für die Anträge der SVP: Die Fristen so zu lassen, wie sie sind. Mit denen konnten wir arbeiten und haben eigentlich selten Fristverlängerungen gebraucht. Danke vielmals.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Ich möchte jetzt gar nicht mehr viel dazu sagen, ich glaube, es ist sehr gut zusammengefasst worden von der Diskussion aus der AK. Ich werde gleich zur Bereinigung gehen. Bei Artikel 77, Artikel 78, Artikel 79, Artikel 80, Artikel 81, Artikel 82 und Artikel 83 gibt es keine Anträge mehr, die wir bereinigen und darüber abstimmen müssten. Wir kommen zu Artikel 84 Absatz 1. Da gibt es einen SVP-Antrag, der den Parlamentsleitungsantrag von 4 wieder auf 6 Monate erhöhen möchte. Da geht es um den Bericht zur Motion.

Wer dem SVP-Antrag zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Wer dem Ratsleitungsantrag folgen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Damit ist der Ratsleitungsantrag klar angenommen worden.

Dann haben wir noch einen Antrag der SVP jetzt neu zum Absatz 5. Gegenüber dem Ratsleitungsantrag möchte die SVP die Vorlage zum erheblich erklärten Bericht von 9 Monaten Ratsleitungsantrag wieder auf 12 Monate erhöhen.

Wer dem SVP-Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Ja, auf 18 Monate, Entschuldigung.

Also, wer dem SVP-Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer da der Parlamentsleitung folgt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Damit haben wir eine klare Mehrheit für den Parlamentsleitungsantrag.

Beim Artikel 85 Absatz 4 geht es um den Bericht zur überwiesenen dringlichen Motion. Da möchte der SVP-Antrag wieder von 2 auf 4 Monate gehen.

Wer dem SVP-Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dem Parlamentsleitungsantrag folgt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Auch da ist klar dem Parlamentsleitungsantrag zugestimmt worden.

Bei Absatz 6 geht es im SVP-Antrag darum, die Frist von 6 auf 10 Monaten zu erhöhen.

Wer dem SVP-Antrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dem Parlamentsleitungsantrag zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Auch da ist der Parlamentsleitungsantrag klar angenommen worden.

Zu Artikel 87 gibt es keine weiteren Anträge, 88 ebenfalls nicht, 89 auch nicht. Im Artikel 90 Absatz 3 geht es um das Postulat. Da ist der Parlamentsleitungsantrag 9 Monate, die SVP beantragt 12 Monate.

Wer dem SVP-Antrag folgen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dem Parlamentsleitungsantrag folgen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gut. Gibt es Enthaltungen?

Damit ist dem Parlamentsleitungsantrag wieder klar zugestimmt worden.

Beim Absatz 4 geht es um den Ergänzungsbericht. Die Parlamentsleitung beantragt 4 Monate. Die SVP beantragt 6 Monate.

Wer dem SVP-Antrag folgen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer dem Parlamentsleitungsantrag folgen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Auch da ist klar der Parlamentsleitungsantrag angenommen worden.

Dann beim Artikel 91 Absatz 4 geht es wieder um die Fristen des dringlichen Postulats. Die Ratsleitung beantragt 4 Monate, die SVP beantragt 8 Monate.

Wer dem SVP-Antrag folgen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer den Parlamentsleitungsantrag folgen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Auch da ist klar der Parlamentsleitungsantrag angenommen worden.

Artikel 92 und 93 gibt es keine Anträge mehr. Beim Artikel 94, da gibt es den AK-Antrag, der 5 Monate für die Beantwortung der Interpellation beantragt, und den SVP-Antrag, der 6 Monate beantragt.

Wer dem SVP-Antrag folgen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Wer den AK-Antrag bevorzugt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Auch da ist klar dem AK-Antrag zugestimmt worden.

Dann haben wir Artikel 95, da gibt es nichts mehr. Artikel 96 auch nicht, Artikel 97 auch nicht. Artikel 98 haben wir noch nicht bereinigt. Da gilt einstimmig der AK-Antrag für die Beantwortung der schriftlichen Anfrage von 3 Monaten. Gibt es da einen Gegenantrag? Ansonsten ist der Antrag der AK angenommen worden. Dann haben wir, glaube ich, keine Abstimmungen mehr. Für die Bereinigung von Art. 99 gibt es nichts mehr, Artikel 100, Artikel 101, 102, 103 und 104 sind alle schon bereinigt.

In dem Fall haben wir die Detailberatung geschafft, jetzt kommen wir zur Schlussabstimmung. Da ist auch keine Diskussion mehr geplant. Felix Helg, möchtest Du dazu noch etwas sagen?

F. Helg (AK): Nein, ich glaube, man muss nichts mehr sagen. Ich bin froh, dass man das Geschäft jetzt doch geordnet und auch mit klaren Mehrheitsverhältnissen verabschieden konnte. Besten Dank nochmals allen Beteiligten.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. In diesem Fall kommen wir zur Schlussabstimmung. Ich würde über alle 3 Ziffern gleichzeitig abstimmen lassen. In der Ziffer 1 geht es darum, dass die Organisationsverordnung so angenommen wird, wie sie jetzt vorliegt. Natürlich mit allen Änderungen, die heute beschlossen worden sind. Dann werden die 2 folgenden Erlasse aufgehoben: Geschäftsordnung des Stadtparlaments vom 1. März 2010 und das Reglement zur PUK, das neu integriert ist in der Organisationsverordnung. Alle Änderungen werden am 16. Mai 2022 in Kraft treten.

Wer diesen 3 Ziffern zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen?

Enthaltungen?

In dem Fall ist diese Weisung einstimmig angenommen worden. Vielen Dank für die engagierte Beratung und für das lange Durchhalten.

3. Traktandum

Parl-Nr. 2022.16: Auffrischung Stadtparlamentssaal: Nachtrags- und Zusatzkredit von Fr. 947'000 für die Neuinstallation digitaler Medien (AV-Technik) (Projekt-Nr. 13358)

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Wir kommen zum Traktandum 3. Da geht es noch einmal um etwas, das vor allem uns als Parlament betrifft, und zwar um die Auffrischung vom Stadtparlamentssaal, um den Nachtrags- und Zusatzkredit von 947'200 Franken. Da wird zuerst Christian Griesser als Kommissionsreferent das Geschäft vorstellen.

Ch. Griesser (AK): Geschätzte Anwesende, die Vorgeschichte ist bekannt: Am 20. September 2021 hat der Grosse Gemeinderat, das heutige Stadtparlament, über einen Kreditantrag von 371'000 abgestimmt und damit grünes Licht für eine verhältnismässig einfache audiovisuelle Technik im Ratssaal gegeben. Im damaligen Paket ist folgendes drin gewesen: Ersatz des Beamers und der Leinwand, eine neue Beschallungsanlage im Saal und im Foyer, Stützmonitoren im Foyer inklusive Beschallung, ein Hörbehindertensystem. 2 Body-Packs mit Kopfbügel-Mikrofon, Präsentationen hätte man vom Rednerpult oder vom Bock aus steuern können. Dann hätte es für alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier eine einfache Abstimmungsanlage mit 3 Knöpfen und einem Mikrofon gegeben. Selbstverständlich hätten auch die Stadträtinnen und Stadträte ein Mikrofon gehabt. Das Wort hätte man weiterhin per Hand aufstrecken verlangt und es hätte insgesamt 3 Touch Panels gegeben, 2 festinstallierte bei der Ratsleitung und ein mobiles. Weiter vorgesehen wäre eine Videoaufzeichnung per Livestream gewesen.

Die Parlamentsleitung, die IFK, Vertreter der Immobilien der Stadt Winterthur und die Architekten haben dann den umgebauten Landratssaal in Glarus besucht. Dort haben wir eine ganz andere Welt vorgefunden. Der Landratssaal hat eine audiovisuelle Anlage, die einfach nicht vergleichbar ist mit dem, das wir im September 2021 beschlossen haben. Dieser Besuch hat dann dazu geführt, dass man sich die Frage gestellt hat, ob man da nicht doch einen Schritt mehr machen müsste und sich an diesem System in Glarus orientieren sollte. Das heisst nicht nur ein Mikrofon und eine Abstimmungsanlage mit 3 Knöpfen, sondern Touch Panels für alle.

Die Diskussion, die dort gestartet hat, hat dann zur Weisung geführt, die wir jetzt heute hier drinnen behandeln. Das ist ein Nachtrags- und Zusatzkredit über 947'200 Franken. Die neue

Weisung beinhaltet, wie erwähnt, Touch Panels für alle Parlamentarierinnen und Parlamentarier und das würde zu einer wesentlichen Veränderung des Ratsbetriebs führen. Das Wort würde man dann über das Touch Panel verlangen und es würde beim Ratspräsidium vorne angezeigt. Präsentationen könnte man über das eigene Touch Panel steuern, also die Zwischenrufe "Jürg, bitte die nächste Seite" könnte man sich dann in Zukunft sparen. Die Abstimmungen wären faktisch immer Abstimmungen mit Namensaufruf, weil nachher auf der Beamer-Präsentation gesehen würde, wer wie abgestimmt hat. Die Traktanden sind automatisch mit allfälligen Beilagen verlinkt. Das wäre es zu den Touch Panels.

Auch die Arbeit der Ratsleitung würde sich wesentlich ändern. Die würden nämlich die Sitzung via diese Touch Panels steuern. Das heisst auch, zum Beispiel die Traktanden, die weggenommen werden von der Traktandenliste, müsste man dort ausbuchen. Das würde aber auch garantieren, dass wir immer alles nachvollziehen können. Und die Ratsleitung würde dann auch via die Touch Panels das Mikrofon freigeben, beziehungsweise die Präsentationsfreigabe erteilen. Auch die Medien hätten dann Screens, natürlich ohne Mikrofon und ohne Abstimmungsknöpfe. Und weiter wäre eine Videoaufzeichnung im grösseren Umfang geplant. Die Kamera würde automatisch dorthin fokussieren, wo das Mikrofon freigegeben wird und automatisch starten. Man würde dann sehen, wer zu welchem Traktandum spricht und im Anschluss der Sitzung würde aus diesem Video-Protokoll ein Wortprotokoll erstellt, inklusive Übersetzung von Mundart in Schriftdeutsch. Das funktioniert in Glarus anscheinend sehr gut. Die Videoaufzeichnung würde dann auch mit dem Protokoll verlinkt, was ermöglichen würde, dass man mittels Stichwortsuche auch die Videos wieder finden könnte, und man könnte auch sitzungsübergreifend nach Stichworten suchen.

Das Ganze hat seinen Preis: Wie erwähnt rund 950'000 Franken. Investitionsfolgekosten wären vor allem in den Jahren 1 bis 4 höher. Das wären dann 436'000 pro Jahr statt wie von der erste Weisung 173'000. In den Jahren 5 bis 33 würde es gleichbleiben. Auch die interne Miete würde vor allem in den Jahren 1 bis 4 natürlich massiv steigen, weil die Anlage jährlich mit 25% Prozent abgeschrieben wird. Zuständig ist nach wie vor, auch bei der Gesamtkreditsumme von 1,369 Millionen, das Stadtparlament.

Termin: Wenn wir heute Ja sagen, dann gehen die Vorbereitungsarbeiten weiter bis etwa im Mai, ab dann ist die Umsetzung bis im August. Gleichzeitig sollte auch im August die Schulung für die Parlamentsleitung stattfinden und wenn alles gut kommt, könnten wir im September damit starten.

Die Diskussion in der AK ist folgendermassen verlaufen: Man hat zusammenfassend vor allem über die Kosten diskutiert. Die Frage, die man sich gestellt hat, war: Wollen wir uns das leisten? Der Standpunkt: Wollen wir die zusätzlichen Funktionen grundsätzlich überhaupt (wenn sie zum Beispiel gratis wären) ist gar nie diskutiert worden. Es ging also wirklich nur um die Kosten und infolgedessen haben wir dann auch länger darüber diskutiert, was man weglassen könnte. Zum Beispiel wurden die Touch Panels vorgeschlagen oder ob man eine Art Etappierung vornehmen kann, das heisst, die Rohre jetzt verlegen, aber Kabel und den Endausbau noch aufschieben und dann vielleicht in 10 Jahren durchführen.

Die Ergebnisse haben allerdings ergeben, dass wenn man zum Beispiel die Touch Panels weglassen würde, würde es gerade einmal 120'000 Franken weniger kosten. Das heisst die Einsparung ist einfach im Verhältnis zur Minderfunktion, also den Funktionen, die man dann nicht hätte, relativ gering. Es ist auch so, dass wenn man jetzt die Vorbereitungsarbeiten machen würde und nur den Endausbau weglassen würde, würde es trotzdem sehr viel kosten. Das hat dann auch dazu geführt, dass keine Anträge gestellt wurden, dass man einzelne Sachen herausnimmt.

Das Fazit aus der Beratung der AK: Entweder stimmen wir Ja oder Nein. Ja heisst, wir würden jetzt zusätzlich noch einmal 950'000 Franken sprechen für eine erweiterte audiovisuelle Anlage. Nein würde heissen, wir lassen es bei dem bewenden, was man im September 2021 bewilligt hat. Das Ergebnis in der AK war ein Ja, knapp mit 6 zu 5.

Soll ich die Fraktionsmeinung gleich anhängen?

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gerne.

Ch. Griesser (Grüne): Die Fraktion Grüne/AL wird dem Zusatz- beziehungsweise Nachtragskredit zustimmen. Erstens: Die audiovisuelle Technik führt zu einem demokratischeren Ratsbetrieb. Der Namensaufruf, den wir jetzt jeweils erleben, wenn in einer Vorlage das Wort "Parkplatz" vorkommt, wird zum Standard, weil nachvollziehbar ist, wer wie abgestimmt hat. Die Suche von Voten wird endgültig vernünftig. Heute finden selbst Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihre eigenen Voten, die sie vielleicht vor 3, 4 Jahren einmal gehalten haben, nur mit Fleissarbeit. Ich gebe zu, mit der neuen Homepage ist es besser, aber für Aussenstehende ist es nach wie vor eine Überforderung.

Und dann würden auch die Spielchen wegfallen, bei denen man jeweils sieht, dass alle ein bisschen rüberschielen, hat jetzt jemand schon aufgestreckt, um das Wort zu verlangen oder nicht. Man sieht ja nicht, wer wann wie gedrückt hat.

Die beantragte audiovisuelle Technik ist sinnvoll. Die Debatte in der AK hat klar ergeben, dass das Projekt nicht umstritten ist. Umstritten sind die Kosten. Und die sind zugegebenermassen hoch, aber wir verlumpen deswegen nicht und die Demokratie hat ihren Preis. Drittens müssen wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier einen tollen Ratssaal den zukünftigen Parlamentarierinnen und Parlamentarier hinterlassen. Einen Ratssaal, der technisch gut organisiert ist, damit ein moderner Ratsbetrieb möglich ist. Nehmen wir diese Chance jetzt wahr und stimmen zu.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Dann hat das Wort Maria Wegelin (SVP).

M. Wegelin (SVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Stadtrat. Die SVP lehnt den Nachtrags- beziehungsweise Zusatzkredit in der Höhe von 947'200 Franken ab. Am 20. September 2021 haben wir, das Stadtparlament, einen Kredit von 371'600 Franken für eine neue, moderne AV-Anlage bewilligt. Beanstandet am alten Saal wird die Akustik, weshalb neue Mikrofone installiert und eine moderne Beschallung angebracht werden sollen. Weiter wird der nicht mehr lichtstarke Beamer beanstandet und neu soll es zudem eine Schwerhörigenschleife für Menschen mit Hörbehinderungen geben. Mit dem bereits gesprochenen Kredit kann man die Beanstandungen also beheben.

Blöderweise machten wir, die Projektgruppe, den grossen Fehler, ein hochmodernes Referenzobjekt in Glarus zu besichtigen, aufgrund dessen man auf die Idee kam, dass die technischen Anforderungen an einen modernen Parlamentssaal durchaus höher liegen können als bisher gedacht, weshalb das Projekt jetzt neu definiert wurde. Die berechtigte Frage stellt sich aber: Brauchen wir das wirklich? Oder ist es einmal mehr nice to have? Die Parlamentsleitung hat sich entschieden, das "System Glarus" weitestgehend zu übernehmen. Sie ist zwar alles andere als erfreut über die deutlich höheren Kosten dieser Variante, aber es ist ja nicht ihr Geld, das da ausgegeben werden soll. Deshalb stimmen wir nun über diesen horrenden Zusatzkredit ab, welchen der Stadtrat beantragt, da es aus seiner Sicht angezeigt ist, dass das Stadtparlament einen adäquat ausgerüsteten Parlamentssaal mit modernster Technik bekommen soll, der in jeder Hinsicht den heutigen gesetzlichen und praktischen Anforderungen entspricht. Dieses Gesetz würde ich gerne sehen, welches diesen Kredit legitimiert. Der Kredit soll zu 100% gedeckt sein durch Steuereinnahmen. Konkret, der Steuerzahler wird einmal mehr zur Kasse gebeten für ein Luxusobjekt, das sich private Firmen nicht leisten könnten. Da darf man aber nicht unterlassen zu erwähnen, dass im Gegensatz zu Privaten, die täglich auf die neusten Technologien angewiesen sind, wir den Ratssaal inklusive der neuen AV-Technik einmal im Monat für knapp fünf Stunden brauchen werden.

Man verspricht sich, dass die Bevölkerung, Medienschaffende oder Schulklassen die Sitzungen von zuhause oder extern mitverfolgen oder zu einem späteren Zeitpunkt als Aufzeichnung anschauen können. Was bringt es den Medienschaffenden, wenn sie die Aufzeichnungen anschauen, wenn der Landbote bereits gedruckt sein sollte? Und ist es nicht lehrreicher, wenn Schulklassen vor Ort unsere Diskussionen mitverfolgen? Sollte sich nämlich einer der Schüler dazu entschliessen, in die Politik einzusteigen, wird man die Ratssitzungen nach wie vor am Nachmittag und abends abhalten und nicht plötzlich dann, wenn man gerade Lust und

Zeit dazu hat. Und nur wegen den gleichen drei Zuschauern einen Livestream mit Aufzeichnung zu installieren, damit wir gar keine Zuschauer mehr haben – wofür brauchen wir dann eine Zuschauertribüne?

Dem Argument, dass das Glarner Modell demokratischer sei, können wir zudem nichts abgewinnen. Der Winterthurer und die Winterthurerin werden sich nicht plötzlich mehr für Demokratie begeistern, nur weil sie anstatt eines Krimis nun auch noch unsere Debatte online mitverfolgen können – manchmal zwar durchaus amüsant, aber einem guten Krimi läuft unsere Debatte bestimmt nicht den Rang ab. Ist es überhaupt rechtens, wenn während eines Votums gefilmt und auf youtube gestellt wird? Das ist sehr fragwürdig. Was ist mit den Persönlichkeitsrechten? Ich habe es am eigenen Leib erfahren müssen, was es heisst, wenn aus zwei verschiedenen Interviews Aussagen aus dem Zusammenhang gerissen zusammengeschnitten werden und dadurch verfälscht, ja teilweise ins Gegenteil verdreht und auf youtube hochgeladen werden, nur um einen zu verunglimpfen. Niemand von uns hat Lust, dass solche Filme bis in alle Ewigkeit - auch von möglichen zukünftigen Arbeitgebern – angeschaut werden können. Der eine oder andere von meiner Fraktion wird sich in diesem Fall überlegen, ob er unter solchen Voraussetzungen dieses Amt überhaupt noch ausüben will, wenn man bei jedem Votum jedes Wort zuerst auf die Goldwaage legen muss. Solche Livestream-Aufzeichnungen sind de facto in erster Linie für einen Missbrauch interessant. Wir sind schliesslich „nur“ Stadtparlamentarier.

Diese Argumente allein sollten eigentlich ausreichen, diesem Kredit nicht zuzustimmen. Während andere Menschen an Leib und Leben bedroht werden, leisten wir uns ein Luxusobjekt mit Geld, das wir noch nicht einmal haben. Falls wir also nicht vorhandenes Geld ausgeben wollen, sollten wir uns da nicht ernsthaft überlegen, das Geld für Kriegsflüchtlinge einzusetzen? Damit wäre den Menschen offensichtlich mehr gedient, anstatt eine Friedensdemo zu veranstalten. Wenn Sie diesem Kredit zustimmen, sollten Sie sich wirklich schämen. Wie können Sie sich mit gutem Gewissen ein solches Luxusobjekt leisten, während andere Menschen ihre ganze Existenz verlieren?

Wenn wir schon beim Thema Kosten sind, möchte ich es nicht unterlassen zu erwähnen, dass auch die Stühle, die Sie alle probesitzen konnten, ihren Preis haben. Wir werden für die Neuanschaffung der Stühle wahrscheinlich mit circa 60'000 Franken rechnen müssen. Zwar begrüssen wir, dass eine Schweizer Firma berücksichtigt wird, doch sind wir der Meinung, dass die alten Stühle durchaus noch mehrere Jahre halten werden, schliesslich waren auch sie damals wahrscheinlich Qualitätsprodukte und hatten ihren Preis – Gott sei Dank, denn so werden sie uns noch ein paar Jahre gute Dienste erweisen. Hier sind es nicht einmal die Kosten, obwohl auch 60'000 Franken sehr viel Geld ist, hier ist es viel mehr die so oft von Linksrün gepredigte Nachhaltigkeit beziehungsweise Klimafreundlichkeit. Einmal mehr zeigt sich eben, dass fremdes Geld leicht auszugeben ist und man aufs Klima nur Rücksicht nimmt, wenn man anderen etwas vorschreiben und verbieten kann.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut, das Wort hat Regula Keller (SP).

R. Keller (SP): Geschätzte Anwesende, ich glaube, mein Votum wird nicht ganz so emotional. Zugegeben, es ist wirklich nicht so schön, dass wir über den Nachtragskredit jetzt reden müssen und über die Höhe, also über einen substanziellen Betrag in dem Nachtragskredit, weil man eben erst im Lauf vom Prozess gemerkt hat, dass es auch Möglichkeiten gibt, einen Parlamentsaal auszurüsten, die wir bis jetzt noch nicht gekannt haben. Und weil man auf das berühmte Glarus gereist ist und dort erstaunt festgestellt hat, dass es heutzutage andere technische Möglichkeiten gibt. Und zugegeben, die Investitionskosten für die Gesamtanierung des Parlamentsaals sind tatsächlich substanziell, das wollen wir nicht in Abrede stellen. Und ich finde auch, von "Auffrischung", wie das in der Traktandenliste steht, würde ich jetzt nicht mehr unbedingt reden. Es ist schon ein bisschen mehr als eine Auffrischung, die wir da planen.

Aber wir entscheiden hier über eine Investition, die Lösungen für die heutigen und vor allem auch für die zukünftigen Anforderungen an einen modernen Parlamentsbetrieb bietet und wir reden hier nicht einfach davon, einen ein bisschen besseren oder schlechteren Beamer zu kaufen oder ein Mikrofon oder ein iPad mehr oder weniger, sondern wir reden über eine Lösung, die auch über eine gewisse Zeit – vielleicht nicht 50 Jahre, aber vielleicht die nächsten 20 Jahre – halten wird.

Wir erhalten im Gegenzug für den doch substanziellen Betrag oder Kredit eine solide und gute Technik, die uns attraktive, digitale und kommunikative Möglichkeiten bietet.

Es ist vor allem teuer – und das hat Christian ja auch schon gesagt – nur schon mal die Basis für die moderne Technik zu legen. Und es macht schlicht aus unserer Sicht keinen Sinn, jetzt eine halbpatzige Lösung zu machen. Wir müssen irgendwie entscheiden, dass wir halt entweder fast gar nichts machen oder dann eben wirklich die Leitungen und alle die Vorbereitungen so legen, dass wir tatsächlich die Technik installieren können, die dann uns und vielleicht auch dem Publikum etwas bringt.

Die Fraktion der SP ist überzeugt, dass es richtig und sinnvoll ist, jetzt den grossen Schritt zu machen und stimmt darum dem Nachtragskredit zu.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Das Wort hat Franziska Kramer-Schwob (EVP).

F. Kramer-Schwob (EVP): Geschätzte Anwesende, etwas einbauen, das schon beim Bezug veraltet erscheint, das ist nicht unser Ding. Das Anliegen zu sparen teilen wir. Aber nach einer intensiven Auseinandersetzung mit dem Thema und den Möglichkeiten sind wir zum Schluss gekommen: Entweder ganz oder gar nicht.

Wir hätten ein "gar nicht" ja gerne in Erwägung gezogen. Mitten in der unsicheren Zeit über den weiteren Pandemieverlauf einen Saal zu planen, wo man weiterhin wie die Sardine in der Dose sitzt, erscheint uns nicht weise. Der Saal wird mit dem Umbau ja nicht breiter. Aber in einer Demokratie hat die Mehrheit recht und so fügen wir uns den Umbauplänen und sagen: Dann aber richtig, Die Technik soll auf dem aktuellen Stand sein.

Wir unterstützen den Kreditantrag. Und übrigens: Darunter müssen ganz sicher nicht die ukrainischen Flüchtlinge leiden. Die haben bei uns immer noch Priorität.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Das Wort hat Samuel Kocher (GLP).

S. Kocher (GLP): Besten Dank. Ja, die GLP unterstützt den Nachtragskredit. Der ganze Umbau des Parlamentsaals dient dem Zweck der Modernisierung. Das ist beim damaligen Kredit für alle ganz okay gewesen. Aus diesem Grund macht es auch Sinn, dass man dabei die gesamte IT-Infrastruktur an die Gegenwart und einen modernen Ratsbetrieb anpasst – und nicht nur die Stühle und Bänke.

Zudem sind das alles Anpassungen, welche die Arbeit, die Kommunikation und die Dokumentation der Parlamentsarbeit erleichtern und es ist absolut legitim, dass man die modernen Mittel zur Erleichterung der Arbeit auch nutzt. Schliesslich geht es nicht nur um die 60 Parlamentarier/-innen, es geht auch um die Ratsleitung, Protokollschreiber und schliesslich auch um das Publikum.

Wenn man dann in die Details geht, so sieht man, dass viele von den baulichen Aufwendungen auch bei einer späteren Aufrüstung der IT-Modernisierung gemacht werden müssen. Nur mit einem grossen Unterschied: Die Aufwendungen werden dann um ein Vielfaches komplizierter und aufwändiger und somit deutlich teurer. Gerade deshalb macht es Sinn, das Projekt in das aktuelle Umbauprojekt zu integrieren. Der einzige Wermutstropfen ist – und das geben wir zu – dass man nicht von Anfang an diese Möglichkeit im Projekt berücksichtigt hat und somit schon damals die inhaltliche Diskussion hätte führen können. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): Besten Dank. Wir sehen es im Ergebnis gleich wie die SVP, wenn auch in der Begründung deutlich gemässiger. Es geht heute, wie beim Kauf von einem neuen PC oder von einem neuen Handy für den Privatgebrauch, nicht um die Frage, ob wir Freude hätten an den neusten technischen Geräten mit den bestmöglichen Gadgets. Es geht ausschliesslich um die Frage vom Kosten/Nutzen-Verhältnis, anders formuliert: Brauchen wir das iPhone 13 Pro Max wirklich oder tut es auch das iPhone SE Mini? Geschweige denn günstigere Produkte als die, die ich da gerade subventioniere. Der Vergleich kommt nicht von ungefähr, sondern ist aus 2 Gründen sehr passend. Erstens: Kostentreiber für den Nachtragskredit ist die Technik, namentlich die Möglichkeit von einer state of the art-Videoaufzeichnung und Konferenzmöglichkeit. Wenn wir von Technik reden, müssen wir aber immer 3 Sachen im Hinterkopf haben: Teurere Technik kommt einher mit teurerem Unterhalt - ist einfach so. Auch neue Technik veraltet relativ schnell. Was wir heute einbauen, bauen wir somit nicht für die Ewigkeit, nicht für die nächste Generation und auch nicht für die nächsten 20 Jahre, sondern wohl nur für die nächsten 5 bis maximal 10 Jahre. Regula Keller hat uns sicherlich auch nicht aus ihrem 20-jährigen iPad vorgelesen.

Technik in dieser Professionalität muss bewirtschaftet werden. Jemand muss die technischen Geräte bedienen, das kann ein Laie einfach nicht mehr. Die Transkribierungssoftware muss kalibriert, geschult und eingeführt werden. Das passiert auch nicht von alleine. Und das Protokoll, da höre ich es eben anders aus Glarus, muss trotzdem mit viel Aufwand nachbearbeitet werden. Sprich, es gibt noch zusätzliche Kosten, die nicht in der Weisung enthalten sind. Der Vergleich zum Kauf von einem iPhone 13 Pro Max ist zweitens auch deshalb angezeigt, weil es sich jeder, der sich so ein neues technisches Gerät anschafft, ernsthaft und ehrlich überlegen sollte, was er für ein Nutzer ist und ob sich für ihn die technisch bessere Variante auch wirklich lohnt in Anbetracht von seiner Nutzungsart. Sind wir Vieltelefonierer? Nein, wir telefonieren 12 bis 13 Mal im Jahr und das auch nicht den ganzen Tag, sondern dann nur für 5 Stunden. Sind wir anspruchsvolle Nutzer? Nein, bisher hat es geklappt, sogar im alten Ratssaal, mit Handerheben und ohne Mikrofon. Sind unsere Kunden anspruchsvoll? Nein, die durchschnittliche Besucherzahl von Sitzungen beträgt nach meiner Schätzung circa 2 Nasen. Die Münzkabinettkraktion ist auch gegangen... Wir dürfen uns darum keine Illusionen machen, dass das mit einer Videoübertragung ändert. Wenn ich mich richtig erinnere, waren es etwa 15 Nasen, die die Wahlkampfshow der progressiven Allianz mitverfolgt haben. Darunter etwa 10 bürgerliche Neugierige.

Im Fazit stellt sich die folgende Frage: Wollen wir 1 Million mehr ausgeben? Wollen wir Investitionsfolgekosten von mindestens 450'000 in den ersten Jahren – es sind unseres Erachtens mehr, weil die Techniker und so nicht in der Weisung sind – in Kauf nehmen für keinen ersichtlichen Mehrwert, der das nur ansatzweise rechtfertigt. Unsere Antwort ist Nein.

Übrigens: Wenn man von einer Nutzungsdauer dieser Technik von 10 Jahren ausgeht – und das ist eine grosszügige Annahme – entspricht das immer noch Kosten von rund 25'000 pro Sitzung. Wir würden darum einem Parlamentarier rund 30 Franken pro Stunde zahlen für seine Arbeit. Dann aber pro Parlamentarier rund 400 Franken ausgeben für circa 2 Nasen, die diese Arbeit live mitverfolgen können. Für mich stimmt da etwas nicht im Verhältnis. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Das Wort hat Iris Kuster (Die Mitte/EDU).

I. Kuster (die Mitte): Guten Abend. Danke, Urs, für Deine klaren Worte. Wir können uns mehrheitlich anschliessen. Ich probiere es vielleicht nochmals in ein paar anderen Worten. Dass der Parlamentssaal renoviert werden soll, dahinter könnten wir ja noch stehen. Die Technik für jährlich etwa 12 Sitzungen soll jetzt massiv erhöht und fast vergoldet werden. Was uns von der Mitte/EDU-Fraktion erstaunt: Dass für einmal die rot-grüne Seite nach einem Rolls Royce schreit – denn darum handelt sich bei den vorgeschlagenen und beantragten Technikvariante.

Sonst wollt Ihr uns immer alle zum Velofahren motivieren – und da ist nur die Luxusvariante gut genug. Und wir wissen alle, wie schnell die Technik veraltet und Urs hat auch darauf hingewiesen. Also wir von der Mitte/EDU-Fraktion sind mit dem ursprünglich vorgeschlagenen Weg (sinnbildlich vielleicht mit dem Opel) absolut zufrieden. Und, Christian, das sind wir immer gewesen und haben immer darauf hingewiesen. Wir sehen den Mehrwert von den rund 60 Touch screens nicht, ist doch der Saal nicht so gross, als dass die Präsentation vorne nicht mehr gesehen werden könnte. Auch das Streaming-Bedürfnis der Bevölkerung betrachten wir als marginal. Alles Gründe, die nie im Leben Mehrkosten von 950'000 Franken rechtfertigen. Da nehmen sich doch ein paar Parlamentsmitglieder als viel zu wichtig oder auch ihre Voten, als dass sich viele Winterthurer/-innen das antun würden und ihre Zeit dafür opfern. Ich frage jetzt nicht, wer sich einmal einen Livestream vom Kantonsrat angeschaut hat – und wer hat ihn sich länger als 10 Minuten angeschaut?

Demokratie muss gelebt, gehört und gespürt werden. Das geht ganz schlecht per Stream und das haben wir alle zur Genüge in den verschiedenen Lockdowns miterlebt. Zoom versus physische Sitzung. Und auch Schulen, auch Klassen, die uns besuchen, wollen den Parlamentsbetrieb live erleben und die wollen die demokratisch gewählten Personen in echt sehen. Und darum lehnen wir den Zusatzkredit ab.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Das Wort hat Dani Oswald (SVP).

D. Oswald (SVP): Frau Präsidentin, geschätzter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nur auf 2 Punkte noch hinweisen. Es ist jetzt gesagt worden, wir hätten beim ersten Beschluss eine veraltete Lösung beschlossen. Ich glaube das nicht und wenn es so wäre, müssten wir uns ja dann mehrfach selbst an der Nase nehmen, dann hätten wir eine Vorlage, eine schlecht vorbereitete Vorlage, zum Beschluss überreicht bekommen. Wir hätten es nicht gemerkt, dass sie schlecht vorbereitet ist. Und wir hätten selbst eine veraltete Lösung beschlossen. Ich glaube nicht, dass es schlecht vorbereitet war. Die Lösung, die wir damals beschlossen haben, das ist eine, die reicht. Und jetzt hat man sich einfach verführen lassen. Einen weiteren Aspekt - und dann bin ich am Schluss – möchte ich noch sagen: Streamen ist ja auch nicht unbedingt umweltfreundlich. Ich habe Informationen, die sagen, eine halbe Stunde Streaming sei etwa gleich wie 6,2 Kilometer Autofahren. Ich weiss ja nicht, was die Klimajugend dazu sagt oder Netto Null CO₂. Also da müsste man schon aus Umweltgründen diese Lösung ablehnen, wenn Ihr konsequent sein wollt.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut. Mir sind keine weiteren Wortmeldungen mehr bekannt. Das Wort hat der zuständige Stadtrat Kaspar Bopp.

Stadtrat K. Bopp: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende. Der Stadtrat befindet sich da in einer Sandwich-Position in diesem Geschäft. Wir schlugen ursprünglich eine deutlich schlankere Variante vor. Es ist jetzt am Parlament zu entscheiden, ob man da eine zugegebenermassen modernere Anlage bauen lassen will. Der Stadtrat wird sich deshalb inhaltlich nicht in diese Diskussion einmischen. Auf Wunsch der Parlamentsleitung ist in der letzten Zeit die erweiterte Variante Glarus verfolgt worden. Wenn Sie heute entscheiden, dass Sie wieder auf die kleinere Variante zurück wollen, dann heisst das für uns, dass wir gewisse Planerschritte wohl wiederholen müssen, aber das machen wir natürlich gerne. Wie gesagt, wir sind einer Sandwich-Position und verstehen uns da primär als Auftragnehmer. Vielen Dank.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Gut, dann würden wir zur Abstimmung gehen. Und ich würde da dann gerne auszählen. Wer dem Zusatzkredit oder Nachtrags- und Zusatzkredit zustimmen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben. Wer diese Weisung für den Nachtragskredit ablehnen möchte, soll das jetzt bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

Dann ist diesem Nachtragskredit mit 33 zu 21 Stimmen bei 0 Enthaltungen zugestimmt worden.

4. Traktandum

Parl-Nr. 2022.13: Begründung der Motion M. Della Vedova (GLP), I. Kuster (Die Mitte), U. Hofer (FDP) und D. Oswald (SVP) betr. Überführung des Münzkabinetts in eine gemeinnützige Trägerschaft

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut, wir gehen noch weiter zum Traktandum 4, die Begründung der Motion betreffend Überführung vom Münzkabinett in eine gemeinnützige Trägerschaft. Da hat am Anfang gleich Benedikt Zäch ganz kurz das Wort.

B. Zäch (SP): Ich trete in Ausstand bei diesem Geschäft.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank, dann hat die Erstmotionärin Monica della Vedova das Wort.

M. Della Vedova Mumenthaler (GLP): Geschätzte Anwesende. "Griechen 3.0", so heisst die aktuelle Ausstellung vom Münzkabinett, die ich im November 2020 besucht habe. Verschiedene Hörstationen führen durch die Ausstellung. Sie erzählen Geschichten, machen Münzbilder lebendig und lassen die antike Welt auferstehen. Für uns sind vor allem die Fund- respektive Ursprungsorte der Münzen interessant gewesen, liegen die doch unter anderem in der heutigen West- und Südtürkei. Orte, die wir als Fans von den römischen Antiken und archäologischen Ausgrabungsstätten unbedingt sehen wollten.

Ein sehr interessanter Vortrag über den Begründer der Münzsammlung, Friedrich Imhof-Blumer, hat unseren Besuch abgerundet. Ich bin somit eine von diesen 1'563 Besuchern im 2020 gewesen. Das Münzkabinett ist, trotz seiner anerkannten Bedeutung – und daran wird nicht gezweifelt – eine Institution, die verglichen mit anderen Museen und Sammlungen in Winterthur, auf ein sehr kleines Publikumsinteresse stösst. Im Jahr 2016 haben 3'991 Personen das Museum besucht. Seither sinkt die Anzahl stetig. In 2019, also noch vor der Pandemie, sind es fast 2'000 Personen weniger gewesen. Was sind denn die Gründe für das? Veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse und Entwicklungen? Wie auch immer: Die Sammlung der Münzen, sowie deren öffentliche Präsentation, ist vor allem für ein beschränktes, spezifisches, nationales und internationales, oft Expertenpublikum von Interesse. Sogar unser Stadtpräsident hat einmal gesagt: "Das Münzkabinett geniesst in der Szene einen hervorragenden Ruf, aber darüber hinaus ist seine Strahlkraft begrenzt." Gemäss Artikel 95 Kantonsverfassung prüfen die Kantone und die Gemeinden regelmässig, ob die einzelnen öffentlichen Aufgaben notwendig sind und ob sie von den geeigneten Trägerschaften erfüllt werden. Von verschiedenen Seiten wird geltend gemacht, dass Münzen ein nationales Kulturgut seien. Das ist unbestritten. Aber ist es die Aufgabe der Stadt Winterthur, ein eigenes Münzkabinett zu betreiben und alleine zu finanzieren? Wir reden hier von einem nationalen Kulturgut und Interessen. Wo bleibt die Finanzierung vom Bund? Erfüllt das Münzkabinett die Förder Voraussetzungen für Betriebsbeiträge für Museen und Sammlungen gemäss Artikel 4 der Verordnung vom EDI nicht? Was ist mit dem Kanton? Der Kanton Zürich führt keine eigenen Museen, sondern zahlt nur Betriebsbeiträge. Wieso nicht für das Münzkabinett?

1994 hat die SP eine Motion betreffend Abtretung des Münzkabinetts eingereicht, die in der Folge im Rat abgelehnt worden ist. Bereits damals hat der damalige Stadtpräsident Martin Haas verlauten lassen, ein Statutenentwurf liege vor und wenn die Motion abgelehnt sei, könne der Stadtrat konkret verhandeln. Passiert ist nichts. Mit welcher Beharrlichkeit anlässlich des Sparprogramms effort14+ nach einer neuen Trägerschaft gesucht worden ist und welche Optionen ausgelotet worden sind, ist nicht klar. Bekannt ist, dass die Variante Verkauf

aufgrund des Veräusserungsverbots von Schenkungen nicht weiter geprüft worden ist. Ist denn damals die Möglichkeit von Dauerleihgaben in Betracht gezogen worden?

Auch wenn ich das der Journalistin vom Landboten nicht mit diesen Worten gesagt habe, hat sie das dennoch treffend formuliert. Das Thema ist von Seiten Stadtrat mit zu wenig Engagement bearbeitet worden. Die Tauglichkeit von Trägerschaften und die Wirksamkeit des Mitteleinsatzes sind regelmässig zu überprüfen. Synergien sind zu nutzen. Wie bereits gesagt, ist der Betrieb vom Münzkabinett eine überkommunale Aufgabe und sollte nicht mehr durch die Stadt getragen werden. Die Stadt ist in der Pflicht, die hauptsächliche Finanzierung von einer solchen Institution mit überregionaler Ausstrahlung durch die Trägerschaft von Bund und Kanton und eventuell Privaten zu sichern. Für die ausgewiesene wertvolle Sammlung sowie für die wissenschaftliche Forschungsarbeit braucht es deshalb eine passende, gemeinnützige, ausserstädtische Trägerschaft. Wir danken für die Unterstützung und die Überweisung der Motion.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut. Dann liegt mir da ein Ablehnungsantrag vor von Seiten der SP, Cristina Bozzi.

C. Bozzi-Brunel (SP): Guten Abend, geschätzte Anwesende. Die SP stellt den Ablehnungsantrag, das aus den folgenden 3 Gründen: Eine Motion ist für das gestellte Thema das falsche Instrument. Die Abklärung, ob eine andere Trägerschaft möglich oder sinnvoll ist, kann besser mit einem Postulat passieren.

Zweitens: Unseres Erachtens ist der Vorstoss schlecht vorbereitet und enthält sachliche Fehler, die auf mangelnde Recherche hinweisen. Damit ist vor allem der letzte Absatz der Begründung gemeint: Sammlungen von nationaler Bedeutung wie diejenige vom Münzkabinett können nicht ins Ausland gegeben werden.

Der dritte Grund: Mitten in der allgemeinen Debatte über die gesetzlichen Grundlagen der Kulturförderung, die wir zurzeit mit der Verordnung zur Kulturförderung führen, ist es politisch der falsche Ansatz, eine einzelne Kulturinstitution herauszugreifen und in Frage zu stellen.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Vielen Dank. Das Wort hat Michael Bänninger (EVP).

M. Bänninger (EVP): Geschätzte Präsidentin, werter Stadtrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir von der EVP unterstützen den Auftrag an den Stadtrat, für das angesehene Winterthurer Münzkabinett einen Antrag auszuarbeiten, um das Münzkabinett in eine gemeinnützige Trägerschaft zu überführen. Das Münzkabinett hat in Winterthurer Tradition und hat auch schon schon die eine oder andere Schenkung bekommen, das mit der Auflage – wir haben es gehört – dass diese der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Wir finden es wichtig, dass die Sammlung – gerade wegen ihrer Bedeutung und auch internationaler Beachtung – von einer breiten Trägerschaft gestützt wird. Ideell wie auch finanziell.

Schauen wir also in einigermaßen guten Zeiten, wie wir die Trägerschaft ausbauen können und dieses Kulturgut auch weiterhin einer interessierten und auch breiten Öffentlichkeit im In- und Ausland zukommen lassen können. Wir sind sicher, dass sich durch die gute Vernetzung - sehr gute Vernetzung - von unserem Stadtpräsidenten und auch vom fachlich kompetenten Leiter des Münzkabinetts eine breite Trägerschaft für die wertvolle Sammlung finden lässt. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Danke. Das Wort hat Roman Hugentobler (AL).

R. Hugentobler (AL): Es ist wieder einmal etwas bezeichnend: Im Wahlkampf haben noch alle nach der Kulturstadt Winterthur geschrien und kaum sind die Wahlen vorbei, will man wieder dort und da Filetstücke weggeben. Und das Münzkabinett ist ein Filetstück. Es ist ein Leuchtturm, weit über Winterthur hinaus, und dementsprechend sollten wir das auch behalten. Zudem kann man sagen, schon beim Sparprogramm effort14+ ist abgeklärt worden, ob wir das Münzkabinett veräussern oder in eine neue Trägerschaft überführen können. Und

schon dort hat es geheissen, es gäbe rechtliche Probleme, nämlich: Schenkungen sind unveräusserlich und können auch nicht weiterverschenkt werden. Und Michael Künzle ist damals im Landboten zitiert worden: "Das Risiko eines Rechtsstreits und eines Imageschadens wäre zu gross". Wer will der Stadt schon Schenkungen machen, wenn diese nachher einfach weitergereicht werden? Und somit unterstützen wir als Grüne/AL-Fraktion den Ablehnungsantrag der SP.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dann hat das Wort Iris Kuster.

I. Kuster (die Mitte): Guten Abend miteinander. Wir von der Mitte/EDU-Fraktion stehen zum Museumskonzept der Winterthurer Kunstmuseen. Kunstmuseum, Museum am Stadtgarten sowie der Villa Flora. Und ich stehe auch zu meiner Video-Aussage bei der Kulturlobby im Rahmen vom Wahlkampf. Es gilt, die Leuchttürme in Winterthur zu stärken und zu ihnen zu stehen. Das Münzkabinett ist aber ausserhalb von einem kleinen Kreis von Experten von alten Münzen und ein paar wenigen Besuchenden kaum bekannt. Aber nicht nur die Besucherzahlen könnten höher sein – auch meine Suche auf Google Scholar zu wissenschaftlichen Beiträgen ist nicht sehr erfolgreich gewesen. Vor allem bezüglich den letzten Jahren. Mit der Überführung in eine gemeinnützige Trägerschaft ergeben sich viele Vorteile. Es entstehen grössere unternehmerische Freiheiten. Es könnten Crowdfundings gestartet werden. Wenn die alten Münzen wirklich so einem grossen Bedürfnis und einer Herzensangelegenheit Winterthurs entsprechen, lassen sich sicher Gelder finden. Eine andere Winterthurer kulturelle Institution hat es bewiesen und sie ist in ihren Erwartungen übertroffen worden: Der Albani Musikclub, der auch mir eine Herzensangelegenheit ist. Und wenn der Winterthurer Stadtrat am Münzkabinett hängt, kann er mit der Trägerschaft einen Subventionsvertrag abschliessen, mit klar definierten Leistungskatalog, auch der Anzahl wichtiger wissenschaftlichen Beiträge und der Anzahl Besuchenden und Ausstellungen. Dieses Modell wendet die Stadt ja bereits bei den anderen Museen erfolgreich an und sollte bei Bedarf auch Anwendung für das Münzkabinett finden. Wir lehnen den SP-Ablehnungsantrag ab.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Das Wort hat Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): Die Motion spaltet, obwohl es meines Erachtens im Kern eigentlich nur um 2 bis 3 absolut berechnete Fragen geht. Nämlich: Ist die überkommunal bedeutende, wissenschaftliche Arbeit des Münzkabinetts eine städtische Aufgabe? Die Antwort lautet aus unserer Sicht klar Nein. Ist es im Interesse der Stadt Winterthur, das Münzkabinett als alleinstehende Ergänzung der lokalen Museumslandschaft zu behalten? Die Antwort ist wohl, auch FDP-intern, weniger klar. Fakt ist aber, und das haben viele erwähnt, dass das Publikumsinteresse mit 2'500 Besucher pro Jahr (davon viele Schüler) sehr überschaubar ist. Beantwortet man nur eine von diesen Fragen mit Nein oder auch nur mit einem Vielleicht, ist doch sonnenklar, dass man sich Gedanken machen muss über die zukünftige Organisation vom Münzkabinett. Genau das ist der Fall und genau das fordert die Motion, nicht mehr und nicht weniger. Und ja, eine andere Trägerschaft muss zuerst noch gefunden werden und ja, es kann sein, dass man offene Türen einrennt. So offen können die Türen aber nicht sein, sonst wäre das Münzkabinett nicht schon seit 10 Jahren in dieser Form, wie es sich heute präsentiert. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Besten Dank. Das Wort hat Daniel Oswald (SVP).

D. Oswald (SVP): Frau Präsidentin, geschätzter Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Auch wir von der SVP sind für diese Motion. Ich möchte das in Abrede stellen, das jetzt hier gesagt worden ist, dass man nicht hinter dem Münzkabinett steht. Klar hat man, gerade in unseren Kreisen, schon vieles diskutiert und gesagt: Lohnt sich das für uns? Aber gerade unser

Mitgehen in dieser Motion, bei der es nicht darum geht, das Münzkabinett abzuschaffen, sondern wo es darum geht, das auch anders finanzieren zu können, das also eine finanzielle Entlastung der Stadt Winterthur ist, mit dem Ziel, das Münzkabinett als solches, als Museum erhalten zu können, ist sicher auch ein Entgegenkommen an die Kulturstadt Winterthur. Und ich möchte Euch bitten, das zur Kenntnis zu nehmen und die Motion zu unterstützen, damit man da die Stadt Winterthur finanziell entlasten kann, ohne dass wir etwas verlieren.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut, dann hat das Wort nochmals Cristina Bozzi.

C. Bozzi-Brunel (SP): Guten Abend zum zweiten. Ich mache jetzt noch das Votum für die SP-Fraktion. Wie Roman schon vorher erwähnt hat, haben sich viele von uns im Wahlkampf intensiv engagiert und dort gab es viele Bekenntnisse zur Kultur in Winterthur. Mit einem gewissen Stolz ist immer wieder Winterthur als Kulturstadt genannt worden. Das ist alles schön. Wenn es aber darum geht, diese Kultur in all ihrer Vielfalt zu fördern und zu pflegen, dann sind scheinbar all die Bekenntnisse schon wieder vergessen.

Es ist ja schon ein ziemlich spezieller Zeitpunkt, eine solche Motion genau dann einzureichen, wenn wir mit der Verordnung zur Kulturförderung eine Debatte darüber führen, was die Kultur in Winterthur bedeutet und wie sie gefördert werden soll. Ich kann mich aber da direkt darauf beziehen. So ist in der Verordnung unter Artikel 3 Absatz 1 Litera c, wo es um den Zweck der Kulturförderung geht, zu lesen, dass eine wichtige Aufgabe "der Erhalt, die Pflege, Erschliessung und Vermittlung des der Stadt anvertrauten Kulturerbes und der Sammlung" ist. Um das geht es jetzt da und das stellt die GLP mutwillig in Frage. In der Verordnung ist gleich am Anfang auch die kulturelle Vielfalt, welche die Stadt für ihre Bewohnerinnen und Bewohner bietet, erwähnt. Die Vielfalt widerspiegelt doch die verschiedenen Sparten der Kultur und auch die unterschiedlichen Interessen der Menschen. Bekanntlich sind ja Geschmäcker verschieden. Der eine besucht gerne das Musikkollegium. Die andere hat die Musikfestwochen fix in ihrer Agenda eingetragen. Wer hat denn das Recht, die Grenze zu ziehen, welcher Betrieb, welcher Anlass eine Daseinsberechtigung hat? Für die SP macht die Vielfalt die Qualität der Winterthurer Kultur aus und wir sind nicht bereit, Kultursparten gegeneinander auszuspielen.

Der GLP-Vorstoss argumentiert nur mit den Besucherzahlen und blendet die übrigen Leistungen vom Museum, zum Beispiel die Vermittlung oder die Dienstleistungen, völlig aus. Es ist sehr einseitig. Wir finden es sehr fragwürdig, die Berechtigung der Kultur nur an die Besucherzahlen zu knüpfen. Die kulturelle Ausstrahlung gehört auch dazu und – wie auch schon erwähnt – das Münzkabinett hat einen internationalen Ruf. Und was die Leistungen angeht, kann man doch daran erinnern, dass das Münzkabinett nicht nur ein sehr aktives Museum ist, sondern unter den städtischen Museen den höchsten Kostendeckungsgrad aufweist.

Wie ich bereits im Ablehnungsantrag gesagt habe: Wir finden, die Frage nach einer anderen Trägerschaft kann gestellt werden. Ein Postulat wäre für uns das richtige Instrument gewesen. Im Zuge des Sparprogramms effort14 hat der Stadtrat aber diese Frage bereits behandelt und Abklärungen gemacht. Das öffentlich gemachte Resultat war die Erkenntnis, dass eine Weitergabe von Sammlungen, darunter sehr altes städtisches Eigentum, rechtlich nicht möglich ist, weil zum Beispiel Schenkungen an die Stadt unveräusserlich sind.

Die Sammlung ist im Kulturgüterinventar ausserdem als von nationaler Bedeutung eingestuft. Das bedeutet, dass eine Sammlung nicht ins Ausland gegeben werden kann. Da hat die Motionärin einfach schlecht recherchiert.

Beim Vorbereiten von diesem Votum ist mir ein Bild in den Sinn gekommen, nämlich das von einem Hund, der sich in einen Knochen verbissen hat. Mir scheint, dass seit einiger Zeit die GLP und Monica Della Vedova sich in den Knochen verbissen haben, das Münzkabinett loszuwerden. Mit Kulturpolitik hat das nichts zu tun. Die SP-Fraktion lehnt diese Motion ab.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut, dann hat das Wort Annetta Steiner (GLP).

A. Steiner (GLP): Ja, besten Dank. Das ist jetzt doch gerade ein bisschen sehr dicke Post und entsprechend muss ich da Stellung nehmen.

Die 3 Argumente, welche die SP aufführt, sind einmal primär gar nicht sachlich. Es sei das falsche Instrument. Genau mit dem gleichen Instrument haben wir das Stadttheater in eine eigene Trägerschaft überführt. Es sei schlecht recherchiert, das ist dicke Post. Es gibt selten einen Vorstoss, der so intensiv recherchiert worden ist, wie dieser Vorstoss. Ich will an dieser Stelle betonen, auch Benedikt Zäch ist kontaktiert worden. Es ist mit sehr offenen, fairen Karten gespielt worden. Der falsche Zeitpunkt: Wie widersprüchlich hat jetzt Cristina da argumentiert? Oups. Jetzt geht gerade das Licht aus.

Auf der einen Seite behauptet sie, es sei Wahlkampf und auf der anderen Seite sagt sie, man habe sich darin verbissen und seit Jahren sei man an diesem Thema dran. Was gilt jetzt? Es ist ein Thema, bei dem wir schon lange gesagt haben, wir wollen hier Verbesserungen haben. Und Monica Della Vedova hat es gesagt, der Stadtrat ist bis jetzt halbherzig an das Projekt herangegangen.

Es wird immer wieder gesagt, wie bedeutend die Ausstellung ist, wie international bedeutend diese Ausstellung ist. Ja eben genau deshalb ist es eben keine städtische Aufgabe, sondern wenn das so etwas Bedeutendes ist, dann wird man ganz sicher auch Finanzgeber finden, die das eben auch wichtig finden. Und wenn man findet, man sollte das den Leuten zugänglich machen, dann muss man vielleicht auch schauen, dass das nicht nur in Winterthur zugänglich gemacht wird, sondern vielleicht an Orten, wo vielleicht noch ein paar Leute mehr schauen könnten, mit Gastbeiträgen in anderen Museen und so weiter. Wir erwarten einen Strauss. Wir erwarten eine neue Trägerschaft, Möglichkeiten von neuen Trägerschaften, eine oder mehrere, damit wir dem Münzkabinett eben dazu verhelfen, dass es mehr Ausstrahlungskraft hat als was es jetzt hat.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Danke. Das Wort hat Monica Della Vedova.

M. Della Vedova Mumenthaler (GLP): Ich mache es kurz. Annetta hat schon praktisch alles gesagt. Nur für Cristina: Wenn Du richtig lesen würdest, Cristina, dann wirst Du im letzten Abschnitt sehen, dass ich von einer Dauerleihgabe spreche. Ich spreche nicht von Schenkungen, verschenken oder irgendwelche Schenkungen ins Ausland machen – so viel juristisches Fachwissen solltest Du mir, glaube ich, schon noch anerkennen. Danke.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Dann hat das Wort Urs Hofer (FDP).

U. Hofer (FDP): Ja, Bilder scheinen in den Voten eine gewisse Bedeutung zu haben, deshalb sage ich es jetzt doch: Man spricht von einem Leuchtturm. Und ich anerkenne sogar den Leuchtturm, aber den Leuchtturm sollte man doch bitte nicht an den Greifensee stellen und man sollte doch bitte zur Kenntnis nehmen, dass man mittlerweile auch mit GPS navigieren kann. Und ich meine es wirklich nicht so kritisch, aber wir müssen über eine bessere Organisationsform sprechen können, ohne dass man das Institut an sich angreift. Besten Dank.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut. Jetzt sind mir keine weiteren Wortmeldungen mehr bekannt, dann hat das Wort der Stadtpräsident, Mike Künzle.

Stadtpräsident M. Künzle: Der Satz "steter Tropfen höhlt den Stein". Das war mein Eindruck, als ich zum ersten Mal diesen Vorstosstext gelesen habe. Seit mehr als 30 Jahren ist das Münzkabinett immer wieder unter Druck. Man hat immer argumentiert, viel zu wenige Besuchende. Obwohl – Klammer auf – Besucherzahlen sind nicht alles – Klammer geschlossen. Es gab immer wieder Nadelstiche aus dem Parlament. Und was man wirklich sagen darf: Das Münzkabinett ist ein geschichtliches Museum, denn es werden nicht einfach Münzen gezeigt, sondern es werden Geschichten erzählt und es wird Geschichte weitergeben. Und von daher

hat das Münzkabinett eine ganz hohe Bedeutung. Es hat eine sehr hohe Qualität, das attestieren Ihnen alle Fachleute im In- und Ausland, sehr hohe Kompetenzen, die dort drin vereinigt sind.

Auch wir haben uns verwaltungsintern ab und zu mit dem Münzkabinett befasst. Wir haben in den letzten Jahren die finanzielle Situation verbessert. Wir haben in den letzten 30 Jahren mehrere Studien erstellt, erstellen lassen, die aufgezeigt haben, was mit dem Münzkabinett möglich ist und was nicht. Ich glaube, so jeder von den letzten 3, 4 Stadtpräsidenten musste eine solche Studie in Auftrag geben. Und es ist eigentlich immer wieder etwa das Gleiche dabei herausgekommen. Die Idee, eine neue Trägerschaft zu suchen, ob jemand anderer die Sammlung übernehmen würde, das haben wir alles auch schon abgeklärt.

Und zwar nicht nur halbherzig. Das ist die dicke Post gewesen, auch das. Wir gehen jeweils seriös an die Aufträge heran und haben diese sicherlich sehr intensiv verfolgt. Wir haben mit dem Kanton Zürich geredet. Wir haben mit dem Landesmuseum (heutiges schweizerisches Nationalmuseum) geredet. Und alle haben attestiert: Jawohl, super Sammlung, aber wir möchten sie nicht übernehmen.

Insofern können wir uns diese Übung eigentlich sparen. Wir haben die Arbeit gemacht – und zwar seriös. Ich gehe nicht so weit, dass ich sage, das Münzkabinett ist ein Leuchtturm. Abgesehen davon ist die Diskussion über kulturelle Leuchttürme eine sehr heikle. Ich sage jetzt einmal bescheidener: Es ist eine Perle – oder eben eine Münze – in dieser Kulturstadt Winterthur. Und sie rundet die vielfältige Kulturszene, die wir haben, ab.

Nochmals: Wir haben die finanzielle Situation verbessert und stabilisiert. Wir haben eine hohe Qualität und hohe fachliche Kompetenzen. Und deshalb sollte eigentlich das Münzkabinett dort bleiben, wo es jetzt ist.

Jetzt kann man sagen, gut, so eine Loslösung aus der Stadtverwaltung hinaus, das haben wir ja schon einmal gemacht mit dem Theater, das ist wirklich gut gegangen. Aber günstiger ist es nicht geworden, jedenfalls bis jetzt nicht. Wir haben die gleichen Mittel, die fließen müssen, damit das Theater überhaupt funktioniert, weil es natürlich auch gerade in die 2 Jahre Pandemie hineingekommen ist. Es braucht also auch nachher einen Leistungs- und Subventionsvertrag, Geld fließt weiter.

Überweisen Sie doch diesen Vorstoss nicht. Wir werden weiterhin an der Optimierung arbeiten, nicht halbherzig, sondern so, wie wir es mit jedem Budget machen: Nämlich intensiv.

Auch wir haben ein Interesse daran, dass wir uns stetig verbessern können. Danke vielmals.

Parlamentspräsidentin M. Sorgo: Gut, dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer der Überweisung dieser Motion zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Wer dieser Überweisung nicht zustimmen will, sie ablehnt, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Enthaltungen?

In diesem Fall ist diese Motion überwiesen worden. Vielen Dank.

Wir sind am Ende von der heutigen Sitzung. Wo die nächste Sitzung am 9. Mai stattfinden wird, wird noch bekanntgeben, da müssen wir noch ein paar Sachen abklären. Wir wünschen oder ich wünsche Euch jetzt einen guten Abend und eine gute Woche.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

M. Sorgo (SP)

R. Diener (Grüne)

B. Huizinga (EVP)